



Qualität und Vielfalt

Die Werkstätten-Messe in Nürnberg begeistert auch heuer mit einem vielfältigen Angebot an Produkten, Dienstleistungen und Informationen. **S. 3**



Kinderträume ...

Über Naturerlebnisse, Spiel- und Erfahrungswelten am Wasser und im Wald für Groß und Klein und über wilde Drachen berichten wir auf... **S. 5**



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Für die bayerischen Gemeinden standen Geschäftsführer Dr. Jürgen Busse, Präsident Dr. Uwe Brandl und Direktor Dr. Johann Keller den Journalisten Rede und Antwort (v.l.). Bild: DK

Pressekonferenz des Bayerischen Gemeindetags:

Klotzen statt kleckern

Konjunkturpaket II – Bildung - Breitband

Die Umsetzung des Konjunkturpakets in Bayern war in der Staatskanzlei Thema einer großen Runde mit den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände. Wie der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, kurz darauf im Rahmen einer Pressekonferenz hervorhob, sind die bayerischen Kommunen als größter öffentlicher Auftraggeber gefordert, gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung das Konjunkturprogramm II umzusetzen. Es gelte „Arbeitsplätze zu sichern und in Bildung und Infrastruktur zu investieren“.

Präsident Brandl begrüßte es, dass sich Bund und Länder darauf geeinigt haben, bei den Fördermitteln zu 70 Prozent kommunale Vorhaben zu berücksichtigen. Er forderte, dass eine angemessene Verteilung der Mittel zwischen Stadt und Land erfolgt und die finanzschwachen Gemeinden bei den Fördersätzen besonders berücksichtigt werden. Jetzt gelte es, „aus Fehlern zu lernen und Chancen zu nutzen“.

Handlungsfelder

Für die Kommunen sei wichtig, zu erkennen, wo es Handlungsfelder gibt und die Sinnhaftigkeit der Maßnahme einer

„pflichtbewussten Prüfung“ zu unterziehen.

Bayerns Anteil

Laut Brandl beträgt der Anteil Bayerns am Konjunkturprogramm 1,9 Milliarden Euro (davon 476,5 Millionen Euro Kofinanzierungsmittel für zwei Jahre), die zu 65 Prozent in Bildung und zu 35 Prozent in Infrastruktur aufgeteilt werden sollen. Im Bildungsbereich soll die energiegeliche Sanierung von Schulen finanziert werden; insofern diene dieser Topf auch dem Sonderprogramm für Ganztagschulen. Im Bereich Infrastruktur werde

(Fortsetzung auf Seite 4)

Tagung des Deutschen Städtetags in Nürnberg:

Konjunktur ankurbeln

Umweltgesetzbuch in der Diskussion

Die Botschaft war eindeutig: Bei einer Präsidiums- und Hauptausschusssitzung des Deutschen Städtetags in Nürnberg hat der kommunale Spitzenverband an die Länder appelliert, mit den Kommunen jetzt rasch zu vereinbaren, wie die Mittel aus dem Konjunkturpaket II schnell vor Ort ankommen und in kommunale Investitionen umgesetzt werden können. Dabei sollten die Länder unbedingt auch finanzschwachen Kommunen den Zugang zu den Geldern ermöglichen.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetags, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, feststellte, unterstützen die Städte das kommunale Investitionsprogramm im Konjunkturpaket und wollten aktiv dazu beitragen, dass es ein Erfolg wird. Damit dies gelinge, sollten die Länder ihren Kommunen jetzt die Mittel so unbürokratisch wie möglich zur Verfügung stellen. „Wenn die Städte das Geld als Pauschale überwiesen bekommen, zum Beispiel nach Schülerzahl berechnet für die Projekte im Bildungsbereich, dann können wir schnell loslegen und Schulen und Kindergärten sanieren.“

Dies sei wesentlich unkomplizierter als ein zeitraubendes Antragsverfahren, bei dem sich Kommunen erst Projekte einzeln

bewilligen lassen müssen, so Ude. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel gebe es bereits eine Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden über die pauschale Weitergabe der Mittel, so dass die Städte dort rasch handeln und geeignete Investitionsvorhaben bestimmen könnten.

Richtiger Schwerpunkt

Präsident Ude begrüßte, dass die Bundesregierung mit dem kommunalen Investitionsprogramm einen richtigen Schwerpunkt gesetzt habe, um wirtschaftlichen Abschwung und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Kommunale Investitionen in Bildung und Infrastruktur seien

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Alles was Rang und Namen hat“ erschien am vergangenen Montag zum Empfang des Bayerischen Landkreistags anlässlich des 60. Geburtstags seines Präsidenten Theo Zellner. Ministerpräsident Horst Seehofer gratulierte dem Jubilar namens der Staatsregierung und würdigte ihn als „herausragenden Landrat, kraftvolle Stimme für die Landkreise und große persönliche Autorität des politischen Bayern“. Der Präsident genieße bayernweit ungewöhnliches Ansehen und Vertrauen bei den Menschen. Er sei **Anwalt der Bürger** und zerreiße sich wie kein zweiter für seine Heimat und für die Landkreise in Bayern. „Dafür spreche ich ihm ganz persönlich meinen Dank aus“, so Seehofer. Dass der Landkreis Cham die Aufsteigerregion in Bayern ist, ist nach den Worten des Ministerpräsidenten eindrucksvoller Beweis für die erfolgreiche Arbeit von Theo Zellner. Er lebe vor, was seinen Landkreis und ganz Bayern so erfolgreich macht: „Ärmel hochkrepeln, anstatt zu jammern, an sich selbst glauben, anstatt auf die Globalisierung zu schimpfen und anpacken, anstatt über Konkurrenz zu klagen!“ Als Präsident des Bayerischen Landkreistags ist Zellner laut Seehofer ein Vorkämpfer für kommunale Selbstverwaltung und Subsidiarität. Seehofer: „Starke Landkreise, Bezirke und Kommunen sind das Lebenselixier des modernen, kreativen und bürgernahen Bayern. Dafür steht Theo Zellner und das ist auch mir ein persönliches Anliegen. Ich wünsche Theo Zellner weiterhin Gesundheit und Schaffenskraft zum Wohle der Menschen in unserer Heimat.“ Unser Bild zeigt (v.l.): Landrat Dr. Günther Denzler, GZ-Herausgeber Landrat Stefan Rößle, Landrat Franz Meyer, Ministerpräsident Horst Seehofer und den Jubilar Landrat Theo Zellner. Foto: Firsching

FW-Landesdelegiertenversammlung in Auerbach:

Kandidatur für Europa

Die Freien Wähler Bayern haben sich in einer außerordentlichen Landesdelegiertenversammlung im oberpfälzischen Auerbach für eine Teilnahme an der Europawahl am 7. Juni 2009 ausgesprochen. Über 70 Prozent der Delegierten des FW-Landesverbandes Bayern und der FW-Wählergruppe stimmten für die Teilnahme.

Auf der Delegiertenversammlung hatten zunächst der FW-Bundesvorsitzende Armin Grein und Landesvorsitzender Hubert Aiwanger für eine Teilnahme an der Europawahl geworben. „Bayern, Deutschland und Europa brauchen politische Entscheidungen, die den Bürger wieder in den Mittelpunkt stellen“, erklärte Grein. Er zeigte sich nach dem klaren Votum erleichtert. „Ich glaube, dass die Beiträge Pro-Europawahl inhaltlich überzeugender waren“, nannte er einen Grund für die über 70 Pro-

zent Ja-Stimmen. Ähnlich äußerte sich Landtagsabgeordnete Gabriele Pauli: „Die Diskussion hat schon noch einiges bewegt, viele kamen unentschlossen hierher.“

Bundesweite FW-Liste

In den nächsten Wochen wird nun eine bundesweite FW-Liste mit 99 Kandidaten aufgestellt, außerdem sind bundesweit noch 4.000 Unterstützerunterschriften zu sammeln, um zur Wahl zugelassen zu werden.

Hubert Aiwanger sieht in dem Votum für die Teilnahme an der Europawahl eine gute Möglichkeit, „sich an der Meinungsbildung bei Themen zu beteiligen, die in Brüssel entschieden werden.“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Die öffentliche Bedürfnisanstalt ist immer eine innerstädtische Problemzone. Grund genug für den Bürgermeister, das Thema Toilettenbenutzung auf die Agenda seines Jahresgesprächs mit dem örtlichen Hotel- und Gaststättenverband zu setzen. Sein Plan ist, es der Stadt Troisdorf gleichzutun. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Die Freien Wähler streben nach Berlin und Brüssel. Dafür votierten mehr als 70 % bei der Landesdelegiertenversammlung im oberpfälzischen Auerbach.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Die Krise als Chance nutzen	Seite 2
Kräftiger Impuls für die Konjunktur	2
Regierungspräsidenten in der Staatskanzlei	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Konjunkturpaket II: Eine Chance für die Kommunen	3
Steigendes Interesse am Projekt 'Jedem Kind ein Instrument'	3
Kommunalpolitische Konferenz der SPD	3
GZ-Fachthemen: Umwelt · Abfallwirtschaft	5 - 7
EDV · Ausstattung für die Kommunalverwaltung	8 - 11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Regierung Seehofer/Zeil zieht 100-Tage-Bilanz:

Die Krise als Chance nutzen

Zentralproblem Arbeitsplätze - Koalition starker Partner der Kommunen

Die Regierung Seehofer/Zeil habe sich in ihren ersten 100 Tagen als starke Mannschaft positioniert, die drängenden Probleme der Krisenzeit in Bayern angepackt und sich auch auf Bundesebene als Takt- und Ideengeber in Szene gesetzt. So haben Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil, ihre erste Zwischenbilanz gezogen. Die Krise werde als Chance genutzt. Zentrales Leitmotiv sei, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Arbeitsplätze und Unternehmen zu halten. In dieser Politik werde die Staatsregierung auch starker Partner der Kommunen bleiben, aktuell in der Umsetzung des Berliner Konjunkturpakets II zur Förderung von Investitionen.

Seehofer und Zeil verwiesen auf die Leitlinien aus der Regierungserklärung (GZ 24 vom 18.12.08): Stärkung des Fundaments für Geborgenheit, Sicherheit und kulturelle Identität für die Menschen in Bayern, neue Lebenschancen durch Investitionen in Schule und Bildung schaffen, Nachhaltigkeit durch solide Finanzpolitik schaffen, mehr Freiräume für die persönliche und wirtschaftliche Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger und dies in einem verlässlichen Staat, wenn die Menschen Schutz brauchen.

Seehofer sieht Regierung und

Koalition an einer Schnittstelle, wie er u. a. vor der Presse ausführte. Was die CSU betreffe, sei die Niederlage aufgearbeitet. Jetzt gelte es neu anzufangen und als ersten Härtetest die Europa- und Bundestagswahl im Juni bzw. September zu bestehen.

Arrangement mit einem Koalitionspartner

Der Ministerpräsident räumte ein, anfangs einen ziemlichen „Bammel“ gehabt zu haben. Die in der Landtagswahl um 17,3 Prozentpunkte auf 43,4 % abge-

stürzte Partei, gehe geschlossen und im zugegebenermaßen anfangs ungewohnten Arrangement mit einem Koalitionspartner an die Arbeit. Im Landtag haben die Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid (CSU) und Thomas Hacker (FDP) sich um Überwindung erster Reibungspunkte bemüht, wie beide auf Fragen bestätigten. Seehofer habe sich tatkräftig eingeschaltet.

Reibungsschwierigkeiten

Die Opposition sieht das ganz anders. Konkret gefragt, was in diesen 100 Tagen in Bayern positiv passiert sei, laute die Antwort „gar nichts“, stellte SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget fest. Seehofer sei nur als Schauspieler super. Grünen-Fraktionschef Sepp Daxenberger sprach von einer Bilanz ohne Substanz. Auf Differenzen zwischen CSU und FDP anspielend, meinte er, Juniorpartner Zeil und die FDP gefielen sich offenbar besser darin, von München aus die Fünfte Kolonne Westerstales zu geben und den Bundestagswahlkampf anzukurbeln. Für die Freien Wähler äußerte Fraktionsvorsitzender Hubert Aiwanger zwar auch Kritik, betonte jedoch, den Freien Wählern gehe es um eine konstruktive Opposition, was durchaus in Zustimmung zu bestimmten Regierungsvorlagen zum Ausdruck kommen könne.

Als Zeichen der Reibungs-

schwierigkeiten werteten SPD und Grüne das Verhalten der FDP. Während sie in Bildungsfragen (wie der Verschmelzung von Grund- und Hauptschule) vor der CSU eingeknickt sei, versuche sie bei anderen Punkten das eigene Profil zu zeigen. Im Rechtsausschuss des Landtags hatte der einzige FDP-Abgeordnete Dr. Andreas Fischer einem SPD-Antrag zugestimmt, in dem es um Asyl für Häftlinge aus dem vom neuen US-Präsidenten Obama zur Auflösung bestimmten Lager Guantanamo in Bayern ging. Die SPD nannte konkret 17 Uiguren, die offensichtlich unschuldig gefangen gehalten würden. Fischer stimmte zu, nachdem die SPD seinem Vorschlag zufolge eine vorsichtiger Formulierung gewählt hatte. Die CSU lehnte mit Stimmgleichheit ab.

Koalitionstreue gefordert

Im Plenum stellte die SPD den geänderten Antrag zur erneuten, namentlichen Abstimmung; bei der sich Fischer enthielt, aber bei grundsätzlicher Zustimmung blieb. CSU-Fraktionsvorsitzender Schmid (CSU) und Ministerpräsident Seehofer hatten gegenüber dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Hacker die schriftlich vereinbarte Koalitionstreue eingefordert. So wurde der SPD-Antrag mit 91 CSU-FDP-Stimmen gegen 73 der Opposition abgelehnt. Zuvor hatte Innenminister Joachim Herrmann erklärt, es sei zunächst Sache der USA, über Asyl für Guantanamo-Gefangene zu entscheiden, die nach Freilassung nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. **rm**

Kräftiger Impuls für die Konjunktur

Bayerns Kommunen erhalten 880 Mio. Euro aus dem Bundespaket

Die Aufteilung der 1,9 Mrd. Euro für Bildung und Infrastruktur aus dem Bundeskonjunkturprogramm II in Bayern steht. Noch vor den endgültigen Entscheidungen durch Bundestag und Bundesrat und vor der formellen Kabinettsentscheidung in München hat Staatskanzleichef Siegfried Schneider im Haushaltsausschuss Einzelheiten zur Umsetzung bekannt gegeben. Es sei gelungen, in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden Einvernehmen über die Grundlagen der Mittelverwendung zu erzielen.

Den Städten und Gemeinden stehen demnach rund 880 Mio. Euro für Schulen und Bildung zur Verfügung, rund 500 Mio. Euro sind für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur eingeplant. Der Staat wird bis 2011 ca. 570 Mio. Euro ausgeben, die im Wesentlichen in Hochschulen, Weiterbildung und Staatsstraßen fließen.

70 % für die Kommunen

Bis zuletzt war der kommunale Anteil am Konjunkturprogramm umstritten, Städte und Gemeinden befürchteten, der Staat werde sich einen zu großen Anteil an den Mitteln reservieren. Schneider teilte mit, der bayerische Anteil am Berliner Paket werde zu 70 % den Kommunen zukommen. Er bezog sich auf Gespräche des Ministerpräsidenten mit den Spitzenverbänden und dankte der kommunalen Seite für die konstruktive Zusammenarbeit bei diesem für Bayerns Wirtschaft und Arbeitsplätze enorm wichtigen Paket. Mit den 880 Mio. Euro sollen z. B. die energetische Sanierung von Schulen sowie Maßnahmen bei Einrichtungen für Jugendliche oder Menschen mit Behinderung finanziert werden. In der kommunalen Infrastruktur geht es um Krankenhäuser, Städtebauförderung, Dorferneuerung, Tourismus und Breitbandversorgung.

Modernisierungsschub

Der Minister sprach von einem kräftigen Impuls für die Konjunktur nebst Modernisierungsschub, von dem die Bürger unmittelbar und direkt profitieren werden. Schneider sicherte zu, die Staatsregierung werde ganz besonders auf eine gerechte regionale Verteilung der Mittel auf die Regierungsbezirke achten. Die Kommunen würden unverzüglich über die Fördervor-

aussetzungen und Förderwege informiert. Dabei sollen die Regierungen zentrale Ansprechpartner sein.

Kofinanzierungsanteil

Zur Aufteilung des Geldes betonte der Minister, es dürfe kein Programm für Großstädte werden. Zu 75 % werde die Einwohnerzahl und zu 25 % die Finanzkraft des Bezirks zur Bewertung herangezogen. Jede Kommune müsse einen Kofinanzierungsanteil leisten. Dieser könne bei finanzschwachen Gemeinden bis auf 10 % begrenzt werden.

Zum Zeitplan teilte der Minister mit, man wolle sofort nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes mit einer ersten Tranche „loslegen“, voraussichtlich zum 1. April. Im Mai müsse dann für diese erste Runde feststehen, welche Projekte in welcher Kommune dabei sind. Für den Oktober plant die Staatsregierung eine zweite Vergaberunde für Projekte mit längerem Planungsvorlauf. Stichtag für das Förderprogramm war der 27. Januar 2009. Alle Investitionsvorhaben, die bis dahin in einem rechtsgültigen Etat verplant waren, kommen für die Förderung nach dem Investitionspaket nicht in Frage. Es soll jedoch möglich sein, auch solche Projekte über Nachtragshaushalte aus dem Paket zu finanzieren.

Unbürokratisches Verteilungsverfahren

SPD-Haushaltssprecherin Adelheid Rupp befürchtete „massive Tricksereien“: Bayerns Anteil am Konjunkturprogramm II müsse in volle Höhe an die Kommunen fließen, da sie der größte öffentliche Investor seien. Ihr Fraktionskollege Volkmar Halbleib forderte, die 1,9 Mrd. Euro so aufzuschlüsseln, dass auf jeden Bürger in Stadt und Gemeinde genau 106,8 Euro entfallen. Damit seien 70% der Mittel aufgeteilt. Die restlichen 30% sollten mit je 286 Mio. Euro zusätzlich auf finanzschwache Kommunen und Landkreise aufgeteilt werden; dort vorrangig für Bildungsinvestitionen. Ein unbürokratisches Verteilungsverfahren sei Voraussetzung für rasche Hilfe. Die SPD hat ihre Forderungen zum kommunalen Investitionsprogramm in einem Dringlichkeitsantrag zusammengefasst.

Ungleichbehandlung befürchtet

Grünen-Haushaltsexperte Eike Hallitzky forderte, die Mittel nur dort einzusetzen, wo sie für kommende Generationen Nutzen stiften. Manfred Pointner (Freie Wähler) sah in dem Verteilungskonzept eine Ungleichbehandlung. Gemeinden, die ihre Haushaltspläne bereits beschlossen haben, würden benachteiligt. Für die FDP verlangte die Landesvorsitzende, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in einer Stellungnahme eine schnelle, unbürokratische Pauschalüberweisung im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung. (Fortsetzung nächste Seite)

Ab in Sonne und Schnee!
Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister Hermann Floritz
86974 Apfeldorf
am 27.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG
Landrat Rudolf Handwerker
97437 Haßfurt
am 2.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Horst Wipplinger
94121 Salzweg
am 2.3.

Bürgermeister Alfons Kiendl
93107 Thalmassing
am 3.3.

Bürgermeister Stefan Kurz
83471 Schöna am Königsee
am 5.3.

Bürgermeister Peter Lerch
90587 Veitsbrunn
am 8.3.

Bürgermeisterin
Dr. Bianca Fischer
96202 Lichtenfels
am 17.2.

Bürgermeister Martin Walch
86504 Merching
am 19.2.

Bürgermeister Karl Metzger
86570 Inchenhofen
am 22.2.

Oberbürgermeister
Hans Schaidinger
93047 Regensburg
am 23.2.

Bürgermeister Norbert Schön
89447 Zöschingen
am 23.2.

Bürgermeister Hans-Peter Reis
97531 Theres
am 26.2.

Bürgermeister Ludwig Neeb
97725 Elfershausen
28.2.

Bürgermeister Manfred Kaschel
84175 Gerzen
am 28.2.

Bürgermeister Peter Braun
92283 Lauterhofen
am 28.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Heinz Dorsch
97342 Seinsheim
am 4.3.

Bürgermeister Alfons Lang
93083 Obertraubling
am 5.3.

Bürgermeister Albert Rummel
93080 Pentling
am 5.3.

Bürgermeister Walter Weiner
97906 Faulbach
am 18.2.

Bürgermeister
Michael Muther
82234 Weßling
am 26.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Rudi Jantke
83224 Grassau
am 1.3.

Bürgermeister Leopold Ritzinger
94579 Zenting
am 2.3.

Bürgermeister Josef Reindl
92253 Schnaittenbach
am 3.3.

Bürgermeister
Bernhard Sontheim
82340 Feldafing
am 19.2.

Bürgermeister
Dr. Maximilian Stumböck
86514 Ustersbach
am 19.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Gerhard Amon
91365 Weilersbach
am 8.3.

ZUM 30. GEBURTSTAG
Bürgermeister Olaf Heinrich
94078 Freyung
am 23.2.



Die Regierungspräsidenten in der Staatskanzlei: 1. Reihe (v. l.): Dr. Thomas Bauer (Mittelfranken), Karl-Michael Scheufele (Schwaben), Wilhelm Wenning (Oberfranken), Heinz Grunwald (Niederbayern), Christoph Hillenbrand (Oberbayern), 2. Reihe (v. l.): Brigitta Brunner (Oberpfalz), Staatssekretär Dr. Bernd Weiß, Dr. Paul Beinhofer (Unterfranken).

Staatssekretär Dr. Bernd Weiß traf Regierungspräsidenten:

Bezirksregierungen als moderne Dienstleistungszentren unverzichtbar

Schwerpunktaufgabe ländlicher Raum

„Die Bezirksregierungen sind moderne Kompetenz- und Dienstleistungszentren. Aus einer leistungsfähigen Verwaltung im Flächenland Bayern sind sie nicht wegzudenken.“ Das sagte Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß bei einem Treffen mit den Regierungspräsidenten im Innenministerium in München. „In vielfältigster Weise sind die Regierungen zum Beispiel bei der Entwicklung des ländlichen Raumes gefragt. Ihr Aufgabenspektrum reicht hier von der Wirtschafts- und Städtebauförderung, der Planung und Landesentwicklung, der Sicherung einer ausreichenden Verkehrsinfrastruktur bis hin zum Bildungswesen.“ Weiß: „Ich bezweifle, dass eine andere Ebene diese Aufgaben – sei es ein Ministerium oder die Landratsämter – wirkungsvoller erfüllen kann.“

Die Regierungen bündeln Programme und Maßnahmen der Fachministerien, stimmen sie bestmöglich aufeinander ab und erfüllen sie vor Ort mit Leben. „Sie geben Impulse für regionale Entwicklungen und modernisieren zwischen den staatlichen Ebenen.“ Besonders die Entwicklung des ländlichen Raumes ist nach Auffassung des Innenstaatssekretärs eine Verwaltungsaufgabe, bei der Erfahrung und Routine der Regierungen uner-

lässlich sind. „Die Regierungen können Entwicklungen überregional und auch ressortübergreifend koordinieren und steuern. Hier können sie wirksam das Ziel der ‚Verwaltung aus einer Hand‘ umsetzen.“

Breitbanderschließung

Ein Beispiel ist die Breitbanderschließung: Dass die Staatsregierung hiermit die Regierungen beauftragt hat, war ein wichtiges

Signal für die steigende Bedeutung der Koordinationsrolle unserer Regierungen.“

Staatssekretär Dr. Weiß, der Mitglied im Kabinettsausschuss Verwaltungsreform werden soll, wandte sich erneut gegen Überlegungen, die Bezirke und die Regierungen als Mittelebene der staatlichen Verwaltung zusammenzulegen: „Es ist völlig klar, dass wir unsere Verwaltung mit Blick auf neue Zukunftsherausforderungen fortlaufend anpassen und die kommunale Selbstverwaltung stärken müssen. Eine Zusammenlegung der kommunalen Bezirke mit den staatlichen Regierungen hat aber keinen Sinn. Ich halte nichts davon, die staatliche Aufsicht zu kommunalisieren oder für ganz Bayern zentral aus München auszuüben. Letzteres wäre das Gegenteil einer ortsnahen Verwaltung, die auch die Situation vor Ort genau kennen muss.“

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Werkstätten:Messe 2009 in Nürnberg:

Qualität und Vielfalt

Jahr für Jahr begeistert die Werkstätten:Messe in Nürnberg mit einem vielfältigen Angebot an Produkten, Dienstleistungen und Informationen. Auch heuer – vom 19. bis zum 22. März - stellen Werkstätten für behinderte Menschen wieder Produkte für Haus, Garten, Freizeit und vieles mehr vor. Reizvoll daran ist, dass die Kunden diese Waren sofort erwerben können. Doch nicht nur bei den Produkten und Dienstleistungen sind Werkstätten stark. Viel wichtiger ist, dass sie jenen Menschen Arbeit bieten, die sonst keine Chance dazu hätten. Neben der Arbeit wird den Werkstattbeschäftigten auch Wissen vermittelt.

Arbeit und Produktion sind jedoch nur ein Teil der Werkstattarbeit. Es ist gesetzlich gewollte Aufgabe, die Persönlichkeit der Werkstattbeschäftigten weiterzuentwickeln, ihnen eine umfassende Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder sie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ist auch auf der Werkstätten:Messe zu sehen. Sie ist Treffpunkt und Forum für alle werk-

nanzverwaltung - Gleitflug in ein Jammertal“ lautet wiederum das Thema des Vortrags von Lutz van der Boeken, Steuerberater, Solidaris Treuhand-GmbH Steuerberatungsgesellschaft, Köln. Über die Führung eines Werkstattdienstes unter Berücksichtigung des Gemeinnützigkeitsrechts wird Andreas Seeger referieren, während Rechtsanwalt Christian Mäßen sich mit aktuellen Tendenzen bei der Ver-

Koordinierungsrichtlinie ein Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts. Nach der vorgesehenen Neufassung kann der öffentliche Auftraggeber in der Leistungsbeschreibung zusätzliche Anforderungen für die Ausführung des Auftrags stellen und unter anderem die Berücksichtigung sozialer Aspekte verlangen. Gedacht wird dabei zum Beispiel an die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, schwer vermittelbaren oder behinderten Menschen. An der vorgesehenen Möglichkeit, Werkstätten für behinderte Menschen bei der Auftragsvergabe besonders zu berücksichtigen, soll zudem festgehalten werden.

Aktuelle Rechtslage

Schadingers Referat stellt die aktuelle Rechtslage vor und beleuchtet die zusätzlichen Chancen, die sich für die Werkstätten aus der vorgesehenen gesetzlichen Neuregelung ergeben. Das Verhältnis zur Auftragsbeschaffungshilfe und den Richtlinien für die Berücksichtigung von Werkstätten wird ebenso erläutert wie die verschiedenen Rechtsschutzmöglichkeiten, die aus dem vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren einerseits und dem Werkstättenrecht andererseits resultieren.

Kinofilme

Abgerundet wird das umfangreiche Messe-Programm von zwei Kinofilmen, in denen behinderte Menschen die Hauptrollen spielen. Bei dem Film „Finnischer Tango“ handelt es sich um eine herzliche Komödie über Menschlichkeit und Vertrauen, die sich auf ungewöhnliche und mutige Weise mit Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen auseinandersetzt. „Verrückt nach Paris“ ist wiederum ein etwas anderer Roadmovie mit drei Menschen mit Behinderungen in den Hauptrollen.

Auch in diesem Jahr werden wieder die exzellent-Preise in der Kategorie Produkt, Bil-

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

stattrelevanten Themenbereiche. Die Messe ist unverzichtbar - als Informations-, Kommunikations- und Austauschplatz - und als Verkaufsveranstaltung von wachsender Bedeutung.

Kontaktbörse

Ob im Ausstellerfachforum, an den Gemeinschaftsständen „Tourismus, Hotel und Gastronomie“, „Automotive“, „Chance: Bildung/Kunst/Entwicklung“ und „Dienstleistungen rund ums Büro“ oder direkt am Messestand – überall gibt es Gelegenheiten zur Präsentation und zum persönlichen Kontakt mit Kunden und Kollegen. Zudem informiert das kostenfreie Fachvortragsprogramm Aussteller und Besucher zu allen Fragen des Werkstattalltags: Wirtschaftsführung, Marketing, Vertrieb, Kooperation, Sozialpolitik und berufliche Bildung.

Fachvortragsprogramm

Der Bonner Rechtsanwalt und Steuerberater Thomas von Holt wird beispielsweise unter dem Motto „Risikomanagement – Corporate Compliance“ über den Umgang mit rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken in Werkstätten informieren. „Wohlfahrtsverbände im Focus der Fi-

Kräftiger Impuls ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH), Heinz Fischer-Heidelberger, forderte in einer Erklärung „ein gewisses Maß an Vorsicht“. Die Erfahrung zeige, dass allzu unbürokratisch verteiltes, fremdes Geld verschwendet werde.

Das Konjunkturprogramm dürfe nicht dazu missbraucht werden, die Finanzprobleme der Kommunen zu lösen. Das löste prompt Widerspruch bei den kommunalen Spitzenverbänden aus. Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger wies den Generalverdacht des ORH-Präsidenten zurück. Seine Vorwürfe seien unhaltbar. **rm**

gabe öffentlicher Aufträge im wirtschaftlichen Bereich auseinandersetzt. „Altersangemessene Betreuung von älteren Menschen mit Behinderungen am Beispiel des Erlanger Modells“ lautet schließlich das Thema eines Vortrags von Christian Schädinger, Geschäftsführer, Regnitz-Werkstätten gGmbH, Erlangen.

Modernisierung des Vergaberechts

Die Bundesregierung plant zur Umsetzung der europäischen

Zahlreiche Erfolgsmeldungen:

Steigendes Interesse am Projekt „Jedem Kind ein Instrument“

KPV-Initiative erfreut sich großer Beliebtheit

Das von der KPV im letzten Jahr gestartete Projekt „Jedem Kind ein Instrument - JeKi“ stößt auf immer mehr Interesse bei den bayerischen Städten und Gemeinden.

Neben den drei Grundschulen der Stadt Donauwörth, an denen ein Pilotprojekt gestartet wurde, und den Grundschulen der Gemeinden Mertingen, Bäumenheim, Monheim/Buchdorf, Oberndorf und Tagmersheim/Rögling (alle im Landkreis Donau-Ries) will auch die Stadt Weißenhorn vom kommenden Schuljahr an mit dem Projekt ihren Grundschulkindern den Zugang zur Musik erleichtern.

Beckstein Schirmherr, Seehofer begeistert

Ebenso haben die Städte Kaufbeuren und Buchloe das Projekt JeKi seit Herbst 2008 eingeführt. Die Stadt Erlangen bietet eine ähnliche Initiative an. Besonders erfreut zeigt sich der KPV-Landesvorsitzende Stefan Rößle, dass sich nicht nur der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, der bekanntlich ja die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen hatte, sondern auch sein Nachfolger Horst Seehofer für das Projekt begeistern ließen. So teilte der Ministerpräsident mit, dass es sich bei der Initiative um eine höchst beachtenswerte regionale Initiative handelt, um dadurch die aktive musikalische Beschäftigung von Kindern weiter zu fördern.

Sponsoren gesucht

JeKi stellt dabei einen bereichernden weiteren Baustein innerhalb der auch von der Bayerischen Staatsregierung angelegten Projekte zur Zusammenarbeit zwischen Musikschulen und allgemein bildenden Schulen dar. Seehofer hofft, dass viele weitere Landkreise, Städte und Gemeinden das Modell übernehmen und die Zusammenarbeit mit Schulältern, Schulen, Musikschulen und Sponsoren zum Wohl der Kinder und Jugendlichen vertiefen. **□**

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Das von der Bundesregierung am 14. Januar 2009 beschlossene Konjunkturpaket II - Zukunftsinvestitionsgesetz soll zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Stärkung der Wachstumskräfte und zur Modernisierung unseres Landes beitragen. Insgesamt zehn Milliarden Euro hat der Bund für neue Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand bereitgestellt. Darüber hinaus leisten die Länder einen Kofinanzierungsanteil von 3,34 Milliarden Euro. Im Mittelpunkt des Konjunkturpakets steht eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive. Hinzu kommen Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz, vor allem für



handeln, denn der Förderzeitraum soll für die Jahre 2009 bis 2011 gelten. Mindestens die Hälfte der Bundesmittel soll bis zum 31. Dezember 2009 abgerufen werden. Bereits jetzt schon besteht große Nachfrage bei den Kommunen.

Das Konjunkturpaket II wirkt aber nur dann, wenn es sich schnell und unmittelbar entfalten kann. Je rascher es gelingt, die Kommunen über die Fördervoraussetzungen und das Verfahren zu informieren, desto schneller können und müssen wir - die Kommunen - das Geld in den Wirtschaftskreislauf geben. Wir Kommunen können diese Impulse postwendend geben und sie werden sich insbesondere an den örtlichen Mittelstand und das Handwerk richten. Damit sichern wir Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze. Vor allem zu welchem Zeitpunkt bei welcher Behörde Förderanträge gestellt werden können und wann mit einer Genehmigung zu rechnen ist, ist für die Antragsteller von großer Bedeutung. Die Verteilung der Mittel übernehmen die einzelnen Bezirksregierungen als überregionale Bündelungs- und Förderbehörden. Auch hier gilt es, schnell und soweit vertretbar so wenig Bürokratie wie möglich walten zu lassen.

Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang aber auch, dass finanzschwache Kommunen in vollem Umfang am Konjunkturpaket beteiligt werden. Es darf - auch für finanzschwache Kommunen - keine Hürden geben, die wir nicht überwinden können. Gerecht und wirksam ist eine flächendeckende Verteilung der Gelder an alle bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise, weil dort ein enormer Investitionsbedarf besteht. Klarheit muss auch darüber bestehen, dass das Konjunkturpaket weder aktuell noch zukünftig auf Landeszuweisungen angerechnet wird; denn dann würde in den Folgejahren dem Handwerk und Mittelstand wieder Geld vorenthalten werden.

Konjunkturpaket II: Eine Chance für die Kommunen

die energetische Gebäudesanierung. Von dem auf Bayern entfallenden Anteil in Höhe von 1,9 Milliarden Euro sind 65 % der Zuschussmittel für den Investitionsschwerpunkt Bildung und 35% für den Investitionsschwerpunkt Modernisierung der kommunalen Infrastruktur vorgesehen.

Besonders freut es mich, dass die KPV wie auch die kommunalen Spitzenverbände in die Gespräche vorab mit eingebunden waren. Wir haben dabei erreicht, dass neben den genannten Investitionsschwerpunkten auch kommunale Baumaßnahmen in das Maßnahmenpaket mit aufgenommen werden, vorausgesetzt deren Gesamtfinanzierung ist nicht bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan gesichert (Stichtag ist hierbei der 27. Januar 2009).

Am 10. Februar 2009 wird der Ministerrat die einzelnen Maßnahmenbereiche abschließend festlegen. Von da an gilt es dann schnell zu

der energetischen Gebäudesanierung. Von dem auf Bayern entfallenden Anteil in Höhe von 1,9 Milliarden Euro sind 65 % der Zuschussmittel für den Investitionsschwerpunkt Bildung und 35% für den Investitionsschwerpunkt Modernisierung der kommunalen Infrastruktur vorgesehen.

Am 10. Februar 2009 wird der Ministerrat die einzelnen Maßnahmenbereiche abschließend festlegen. Von da an gilt es dann schnell zu

Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV

Produktpreis

Der Produktpreis wird für ein herausragendes und beispieldienstliches Produkt (oder eine Dienstleistung) verliehen. Folgende Kriterien werden dazu bewertet: Innovation, Funktionalität, Marktfähigkeit, Vertriebs- und Marketingkonzept, Präsentation, Kundennutzen und Design. 2008 überzeugten sich

Produktpreis

über 12.000 Besucher von der Leistungsvielfalt der Werkstätten. Schirmherr der Werkstätten:Messe 2009 ist der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Zudem wird die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, auf der Eröffnungsveranstaltung ein Grußwort sprechen. **DK**

Kommunalpolitische Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion:

Schlüsselrolle für Investitionen und Arbeitsplätze

Im Rahmen einer Kommunalpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin diskutierten rund 500 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte und Kandidaten für die Kommunalwahlen über die Umsetzung des kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramms. Dabei unterstrich der Vorsitzende der Bundes-SGK, Dortmunds Oberbürgermeister Gerhard Langemeyer: „Die SPD ist die Kommunalpartei!“

Laut Langemeyer befindet sich Deutschland in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Die Auswirkungen der konjunkturellen Krise auf den Arbeitsmarkt werde man in den kommenden Monaten zu spüren bekommen. Den Kommunen falle in dieser Situation eine Schlüsselrolle für Investitionen und Arbeitsplätze zu. Mehr als die Hälfte aller öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt.

Riesiger Investitionsbedarf

Tatsache sei, dass in den Städten und Gemeinden ein riesiger Investitionsbedarf in Schulen, Kitas, Sportstätten, Straßen und Wasserversorgung und -entsorgung besteht. Auch die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und die Anpassung der Infrastruktur an die demographische Entwicklung stellten drängende Aufgaben vor Ort dar.

Aufgrund der zum Teil schwierigen Finanzsituation in vielen Kommunen seien diese Investitionen allerdings nicht durchzuführen.

Programm für die Kommunen

Deshalb wies Fraktionsvorsitzender Peter Struck darauf hin, dass das Investitionsprogramm nicht für die Länder, sondern in erster Linie für die Kommunen gedacht sei. Bundesminister Frank-Walter Steinmeier machte deutlich, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Chance beinhalte, Markt und Staat wieder in eine vernünftige Balance zu bringen. Der Pakt für Beschäftigung und Stabilität sei dafür ein gelungenes Beispiel - vor allem, weil die sozialdemokratische Linie klar erkennbar sei und die Sozialdemokraten ein überzeugendes Programm vorgelegt hätten.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück erklärte wiederum, dass es für die jetzige Situation keine Blaupause gebe, auch keine wissenschaftliche Expertise. Nunmehr sei aber der Spagat zwischen einer unbürokratischen und sinnvollen Umsetzung gelungen. Auch habe man die finanzschwachen Kommunen nicht außen vorgelassen. Steinbrück appellierte an die kommunalen Vertreter, ihren Länderfinanzministern auf die Finger zu schauen, damit die Gelder auch dort ankommen, wo sie ankommen sollen.

Handwerk stärken

Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee machte schließlich deutlich, dass der Bund, insbesondere die SPD-Bundesminister, mit allen Kräften den Kommunen helfen, die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort zu ermöglichen. Er erinnerte daran, wie wichtig es im Hinblick auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sei, das örtliche Handwerk zu stärken. Dies werde durch die Mittel für die Kommunen ermöglicht. **DK**

Klotzen statt kleckern ...

(Fortsetzung von Seite 1)
die Förderung sich auf Städtebauförderungsmaßnahmen, die ländliche Infrastruktur (Dorferneuerung etc.) sowie die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und Krankenhäusern erstrecken. Auch werden Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen gefördert.

Anstoßeffekte

Bei der Förderung wird darauf geachtet, dass die Projekte konjunkturelle Anstoßeffekte bewirken und eine nachhaltige (insbesondere energetische) Verbesserung darstellen. Die einzelnen Förderbedingungen werden in den entsprechenden Richtlinien festgelegt. Voraussetzung ist, dass die Projekte in den Jahren 2009, 2010 und 2011 realisiert werden – in einem „durchaus engen Zeitfenster“, wie Brandl es formuliert. Dabei sind von der Förderung der ÖPNV, die kommunalen Straßen sowie Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ausgeschlossen.

Zusätzlichkeit

Die genauen Vergabekriterien werden Brandl zufolge in den nächsten Wochen zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Bayerischen Staatsregierung zügig festgelegt. Nach dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf des Zukunftsinvestitionsgesetzes sollen nur solche kommunalen Investitionen in den Genuss der Bundesförderung kommen, die „zusätzlich“ in den Jahren 2009 und 2010 begonnen werden. Die Zusätzlichkeit der einzelnen Maßnahmen ist gegeben, wenn die Gesamtfinanzierung der Maßnahme nicht bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan gesichert

ist. Stichtag dafür ist der 27. Januar 2009.

Hervorzuheben ist, dass es nicht auf den Zeitpunkt des Beschlusses der Haushaltssatzung ankommt, sondern auf dessen Inkraft-Treten. Eine erste Antragsfrist wird wohl erst im März/April beginnen und jedenfalls bis Ende Mai laufen. Bis Ende Juni sollen dann die Regierungen die erste Tranche der Mittel verteilen. Eine zweite Antragsfrist für Maßnahmen mit einem längeren Planungsvorlauf wird wohl im Herbst beginnen und bis etwa Ende Oktober laufen.

Nachhaltiges Konzept

Mit Blick auf den von der Bayerischen Staatsregierung angeordneten Bildungsgipfel machte Präsident Brandl deutlich, was Gemeinden und Städte im Freistaat verlangen werden: Ein nachhaltiges Konzept für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen in Bayern, das finanziell durch den Staat abgesichert ist. „Wir begrüßen die Überlegungen des Freistaats für einen flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsgrund- und Hauptschulen. Allerdings erwarten wir eine faire finanzielle Beteiligung des Freistaats an den umfangreichen Kosten“, betonte Brandl. „Der Ausbau der Ganztagschulen wird vieler Orts Umbaumaßnahmen in den bestehenden Schulgebäuden bedeuten. Hierzu sollte sich der Freistaat nach Auffassung des Gemeindetags auch der vom Bund in Aussicht gestellten Mittel im Zukunftsinvestitionsgesetz bedienen. Auch die Schülerbeförderung, gerade in den ländlichen Räumen, wird zu höheren Kosten führen.“

Das Konzept der Bayerischen Staatsregierung sieht bei den 1022 Hauptschulen in Bayern ei-

nen flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau der offenen und gebundenen Ganztagschulen an über 700 Standorten vor. Pro Schuljahr sollen ca. 100 Züge ab dem Schuljahr 2009/2010 eingerichtet werden. An weiteren 500 Grundschulen sollen offene und gebundene Ganztagszüge installiert werden, je 100 Züge jährlich ab dem Schuljahr 2009/2010. Auch an den Realschulen und an den Gymnasien ist ein Aufbau gebundener Ganztagszüge gedacht.

Flächendeckendes Breitbandnetz

Unerlässlich für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen ist nach Auffassung des Bayerischen Gemeindetags ein flächendeckendes Breitbandnetz „mit möglichst breiten Streumöglichkeiten“. Brandl forderte, „jetzt Nägel mit Köpfen zu machen“. Als sofort wirkende Maßnahme zur Konjunkturbelebung und Beschleunigung des Breitbandausbaus in ländlichen Gegenden sei ein praktikables Förderprogramm mit höheren Fördersummen erforderlich. Das laufende bayerische Programm werde kaum angenommen, da mit der Förderung meist nur Funklösungen finanziert werden könnten. Insofern wünschten sich die bayerischen Gemeinden, dass die Breitbandförderung auch durch das Zukunftsinvestitionsprogramm in Bayern umgesetzt wird.

Verlegung von Leerrohren

Sinnvoll wäre auch, wenn die Verlegung von Leerrohren im Straßengrund gefördert werden könnte, fuhr der Präsident fort. Die Anbieter von kabelgestützten Breitbandlösungen könnten

fortan ihre Glasfaserleitungen durch die Leerrohre schießen und auf diese Weise binnen weniger Jahre schnelle Internetverbindungen in ganz Deutschland schaffen. Brandl: „Eigentümer der Leerrohre würden die Städte und Gemeinden. Sie könnten die Rohrkapazität an die Deutsche Telekom und ihre Mitbewerber vermieten. So würde ein zusätzlicher Anreiz zur baldigen Umsetzung des Maßnahmenpakets geschaffen.“

Umfassende Strategie

Bundeskanzlerin Merkel hat bei der Vorstellung des Konjunkturpakets II angekündigt, bis Mitte Februar eine umfassende Breitbandstrategie vorzulegen. Die Bundesregierung will den Breitbandausbau in Deutschland massiv vorantreiben, kurzfristig

Versorgungslücken in der Fläche schließen und den Aufbau von leistungsgebundenen und funktionsgebundenen Hochleistungsnetzen forcieren. Bis spätestens Ende 2010 sollen bislang nicht versorgte Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abgedeckt sein.

Bis spätestens 2014 sollen für 75 Prozent der Haushalte, bis 2018 für alle Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen. „Damit diese Ziele keine Wunschvorstellungen bleiben, muss der Staat klotzen statt kleckern. Wir erwarten ein finanzstarkes Konjunkturprogramm zur Breitbandversorgung, das nachhaltig wirkt, also eine echte Verbesserung der Breitbandversorgung bewirkt“, so Brandl abschließend. **DK**

Kandidatur für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

den und uns zu Hause betreffen“. Als Beispiele nannte er die grüne Gentechnik, die in Brüssel erlaubt werde, obwohl sie von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird.

Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr

Selbst Förderkriterien für den Ausbau der DSL-Versorgung würden auf europäischer Ebene entworfen und seien oftmals nicht praxisgerecht, fuhr der Landesvorsitzende fort. Die Ausweitung der Milchquote durch die EU trotz Preisverfall stelle einen weiteren Problemfeld dar. Die zunehmende Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Drängen Brüssels auf eine Liberalisierung der Daseinsvorsorge sei nicht im Interesse der Bürger. „Europa muss wieder bürgernäher werden, um den Zuspruch der Bevölkerung nicht noch mehr zu verlieren. Wir wollen ein Europa der Bürger und Regionen“, machte Aiwanger deutlich.

Europa-Leitlinien

Wie sich dieses Europa nach FW-Auffassung konkret darstellen soll, wurde in den nachfolgenden Europa-Leitlinien festgeschrieben:

Regionalität

Was nicht unbedingt in Brüssel oder Straßburg entschieden werden muss, soll wieder vor Ort geregelt werden. Die Kommunen müssen als unterste Ebene des Verwaltungsaufbaus eine stärkere Rolle bekommen. Regionale Produkte und Nahrungsmittel müssen auch wieder als solche gekennzeichnet werden dürfen, irreführende Kennzeichnungen sind abzuschaffen. Regionale Wirtschaftskreisläufe bedeuten auch weniger Verkehr und Kontrollaufwand.

Sozialpolitik und Innere Sicherheit

Gewinnmaximierung darf nicht zu Sozialdumping führen. Das Wohlstandsgefälle zu Regionen, die an Europa angrenzen, ist eine Ursache für Migration und Schlepperkriminalität. Gezielte Hilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung können viel menschliches Leid verhindern. Beispiele wie gefälschte Arzneimittel und Menschenhandel in großem Stil zeigen, wie weit Europa von einer funktionierenden Ordnung noch entfernt ist. Schnellstens sollten Zeugnenschutzprogramme entwickelt werden.

Bürokratieabbau

Die Vorschriftenfülle muss dringend reduziert und der Versuch, sich europaweit in alles

einzumischen und gleich zu machen, aufgegeben werden. EU-weite Ausschreibungen sind vielfach unsinnig, aber vorgeschrieben. Bürokratie verursacht Ärger und Kosten. Mittelständische Betriebe können die bürokratischen Anforderungen nicht mehr erfüllen und werden damit zugunsten von Konzernen aus dem Markt gedrängt. Das muss geändert werden.

Wirtschaft

Die Kartellaufsicht darf die zunehmende Monopolbildung nicht mehr zulassen. Eine breit aufgestellte mittelständische Wirtschaft dient den Menschen mehr, weil sie das Marktgeschehen ausgleicht und Gewinne besser verteilt. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass regionale, dezentrale Wirtschaftsstrukturen erhalten werden oder wieder entstehen können. Der übertriebene Hang zu Normierungen und Zertifizierungen schafft vielfach Markteintrittsschranken für kleinere Anbieter. Die öffentliche Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Klärwerke, Bauhöfe, Krankenhäuser, Personennahverkehr usw. ist in öffentlicher Hand in der Regel besser aufgehoben als in den Händen gewinnorientierter Investoren. Versuche, die öffentliche Daseinsvorsorge unter dem Vorwand eines besseren Wettbewerbs zu privatisieren, sind abzulehnen. Die aktuelle Finanz- und Bankenkrise zeigt, dass der Finanzsektor europaweit noch stärker geregelt werden muss.

Subventionsabbau und Steuerpolitik

Subventionen lösen häufig ein eigentlich unwirtschaftliches Marktverhalten aus. Mitnahmeeffekte werden ausgelöst und Steuergelder verschwendet, weil Fördertöpfe für zweifelhafte Maßnahmen eingerichtet werden. Bürokratie entsteht, um die Förderkriterien zu überwachen. Das EU-Subventions- und Fördertopfwesen muss dringend überdacht und reduziert werden. Europaweit ist eine schrittweise Harmonisierung der Steuersätze anzustreben, um Standortverlagerungen, Wohnsitzwechsel usw. aufgrund steuerlicher Gründe zu reduzieren.

Verkehr

Um Verkehrsinfarkt und zusätzliche Umweltbelastungen zu vermeiden, sind maßvolle, gezielte Ausbaumaßnahmen mit Verkehrsvermeidungsstrategien zu kombinieren. Anwohnerbelästigung durch Mautausweichverkehr ist gezielt zu unterbinden. Der europäische Flugverkehr muss besser koordiniert werden, anstatt durch Konkurrenz zwischen den Flughäfen Fehlinvestitionen zu tätigen und der Umwelt zu schaden. Das System der Billigflüge und die Steuerfreiheit

für Flugbenzin sind zu hinterfragen. Sparsamere und alternative Antriebssysteme für alle Verkehrsmittel müssen gezielt eingeführt werden. Urlaub in der Region spart Verkehrsbelastung.

Agrarpolitik

Vor dem Hintergrund von Überproduktion und Preisverfall im Milchbereich muss die Erhöhung der Milchquote zurückgenommen werden. Ziel der Agrarpolitik muss eine möglichst mittelständisch geprägte Landwirtschaft sein, nicht Agrarfabriken oder Ackerflächen in den Händen von Großinvestoren. Die Produktion von erneuerbaren Energien auf Agrarflächen in Zeiten des Preisverfalls von Agrargütern ist sinnvoller als Hofaufgabe und Flächenstilllegung. Der Einsatz der grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ist aus derzeitiger Sicht abzulehnen.

Bürgerbeteiligung/ EU-Institutionen

Die EU muss demokratischer werden. Über den Vertrag von Lissabon oder andere Verfassungsverträge sowie weit reichende, die EU betreffende Entscheidungen muss es Volksabstimmungen und eine stärkere Einbeziehung der Bürger geben, auch in Deutschland. Die Bundestagsparteien werden aufgefordert, hierzu durch eine Grundgesetzänderung die Voraussetzung zu schaffen. Die Rechte des Europaparlaments gegenüber Kommission und Ministerrat sind zu stärken, die Entscheidungsprozesse müssen durchschaubarer, die Arbeitsabläufe insgesamt effektiver werden.

Der Doppelstandort Brüssel/ Straßburg ist ineffektiv und teuer, die Einigung auf einen Standort ist überfällig. Zur besseren Bürgerbeteiligung ist eine Stelle für öffentliche Petitionen ähnlich dem deutschen Petitionsrecht einzurichten. Das derzeitige System der EU-Zahlungen bedarf einer Anpassung. Der Lobbyeinfluss auf die EU-Politik ist kritisch zu hinterfragen und einzuschränken. **DK**

Georg Schmid:

Freie Wähler werden zur Partei

Inhaltliche Positionierung angemahnt

Die Freien Wähler (FW) sind auf dem Weg zur ganz normalen Partei. Zu diesem Ergebnis kommt Georg Schmid, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, nach der Entscheidung der Freien Wähler, auch bei den Europawahlen anzutreten. „Das ist nichts Verwerfliches, nur brauchen die Freien Wähler in Bayern nicht mehr zu behaupten, sie seien eine unabhängige kommunale Kraft.“

Unbeantwortete Fragen

Mit dem Antreten bei der Europa- und der Bundestagswahl müssten die FW auch beantworten, wie sie zu Afghanistan einsetzen, Türkeibeitritt und zu Fragen der Kernenergie stehen. „Man kann nicht in Parlamente streben und dann zu den dort anstehenden Fragen keine Position haben“, so der CSU-Fraktionschef. Es werde den Anliegen der Menschen nicht gerecht, wenn eine Gruppierung sich nur für kommunale Fragen in den Parlamenten interessiert und alle anderen entscheidenden Fragen wieder den Parteien überlässt. „Wenn Herr Aiwanger schon immer behauptet, die Freien Wähler seien eine Alternative zur CSU, dann muss er auch Antworten auf alle Fragen geben, mit denen sich die Volkspartei CSU zu beschäftigen hat.“

Konjunktur ankurbeln ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Mit Blick auf finanzschwache Städte betonte der Städtetagpräsident: „Die Länder sollten die Vorgabe der Verwaltungsvereinbarung sehr ernst nehmen und auch finanzschwachen Kommunen den Zugang zu den Finanzmitteln eröffnen, zum Beispiel durch sehr geringe Eigenanteile für diese Kommunen oder durch eine Finanzierung des Eigenanteils über KfW-Kredite. Denn von Investitionen sind in strukturschwachen Regionen vergleichsweise große Effekte für die Konjunktur zu erwarten. Zudem fördert eine Vergabe der Mittel auch an finanzschwache Kommunen gleichwertige Lebensverhältnisse, die nach unserer Verfassung geboten sind.“ Der Investitionsbedarf sei in Not leidenden Städten besonders hoch, weil dort viele Maßnahmen mangels Haushaltsmitteln lange nicht angepackt werden konnten.

Finanzschwache Städte nicht benachteiligen

Die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth wandte sich ihrerseits gegen vorschnelle Urteile, finanzstarke Kommunen würden bei dem Investitionsprogramm ungerecht behandelt: „Es geht nicht darum, finanzschwache Städte zu bevorzugen, sondern sie nicht zu benachteiligen. Frühere Förderprogramme für kommunale Investitionen krankten daran, dass finanzschwache Städte sie kaum in Anspruch nehmen konnten. Ihnen fehlen die Mittel für den Eigenanteil, oder ihre Defizite sind so hoch, dass sie keine Kre-

dite mehr aufnehmen dürfen.“

Petra Roth hob hervor, da in der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern eine Quote von 70 Prozent der Finanzmittel für kommunale Investitionen festgeschrieben sei, werde nun der Großteil der Mittel auch tatsächlich bei den Kommunen ankommen. Die Städte bewerteten es als positiv, dass Länder ihren Kommunen zum Teil auch einen höheren Anteil als 70 Prozent zur Verfügung stellen, wie das beispielsweise Nordrhein-Westfalen mit fast 84 Prozent und das Saarland mit 75 Prozent planen.

Einigen auf ein Umweltgesetzbuch

Beim Thema Umweltgesetzbuch forderte der Deutsche Städtetag Bund und Länder auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um sich doch noch in dieser Legislaturperiode auf ein Umweltgesetzbuch zu einigen. „Die Städte fordern schon seit langem, wesentliche Teile des Umweltrechts in einem Regelwerk zusammenzufassen. Dies würde klare und übersichtliche Regelungen für die betroffenen Unternehmen, die Bürgerinnen und Bürger sowie auch für die Städte schaffen. Deshalb stellen wir mit Befremden fest, dass das im Grundsatz von der Koalition fest verabredete Umweltgesetzbuch jetzt zu scheitern droht“, bemerkte Christian Ude.

Einheitliches Verfahren

Der Deutsche Städtetag halte ein Umweltgesetzbuch für dringend erforderlich, damit die zersplitterten Umweltregelungen einschließlich der Verwaltungsverfahren zusammengefasst wer-

den. Dabei haben die Städte mehrfach betont, dass die bestehenden Umweltstandards weder verschärft noch aufgeweicht werden. Das neue Umweltgesetzbuch sollte ermöglichen, dass alle umweltrechtlich relevanten Tatbestände in einem einheitlichen Verfahren abgearbeitet werden können. „Ein einheitliches Genehmigungsverfahren bedeutet Zeitgewinn für die Unternehmen und weniger Aufwand bei den Behörden. Wenn das Umweltgesetzbuch scheitert, bleibt es dabei, dass beispielsweise für Industrieanlagen mehrere Zulassungsverfahren parallel laufen müssen“, erläuterte der Präsident.

Planungs- und Rechtssicherheit

Im Rahmen der Föderalismusreform wurde zwischen Bund und Ländern festgelegt, dass die Länder im Wasser- und Naturschutzrecht erst ab 2010 von Bundesgesetzen abweichen dürfen. Mit dieser Regelung war die Hoffnung verknüpft, dass Bund und Länder noch in dieser Legislaturperiode ein gemeinsames und einheitliches Umweltgesetzbuch verabschieden würden. Dies würde Planungs- und Rechtssicherheit für alle Beteiligten bedeuten.

Der Deutsche Städtetag appelliert an Bund und Länder, dass zumindest die Bereiche Wasser- und Naturschutzrecht bis zum Ende dieser Legislaturperiode bundeseinheitlich geregelt werden, damit landesrechtliche Abweichungen ab dem 1. 1. 2010 verhindert werden. „Sollte das komplizierte Umweltrecht weiter zerfasern, wäre das für den Standort Deutschland ein schlechtes Signal“, so Udes Mahnung. **DK**

Mindestlohn in der Abfallwirtschaft:

Bekanntnis zur Qualität

Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft auf die Einführung eines Mindestlohns für die Entsorgungsbranche geeinigt. Die wesentlichen Eckpunkte des Mindestlohnvertrages sind ein einheitlicher Mindestlohn von 8,02 Euro/Stunde sowie keine weitere Differenzierung nach Lohngruppen. Der Vertrag tritt zum 1. Mai 2009 in Kraft, seine Mindestlaufzeit ist auf den 31. Oktober 2010 terminiert.

Wie BDE-Hauptgeschäftsführer Matthias Raith betonte, „haben wir insgesamt ein für die Mitgliedsunternehmen des BDE tragfähiges Ergebnis erzielt“. „In den Verhandlungen konnten wir all jene Positionen durchsetzen, die wir zur Voraussetzung für die Wiederaufnahme der im Dezember abgebrochenen Gespräche gemacht hatten. Mit der Einführung eines Mindestlohns bekennen wir uns zu Mindeststandards auch in der Lohnfindung.“

VBS begrüßt Einigung

Der Wettbewerb in der Entsorgungsbranche wird immer mehr über die Senkung von Vergütungs- und Sozialstandards betrieben. Diese Praxis geht zu Lasten derjenigen privaten Entsorgungsunternehmen, die qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten und ihre Beschäftigten angemessen bezahlen. Vor diesem Hintergrund begrüßt auch der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) die Einigung auf Einführung eines Mindestlohns für die Entsorgungsbranche.

Aus ordnungspolitischer Sicht sind sich die im VBS organisierten Unternehmen darüber einig, dass Tariffragen grundsätzlich von den Tarifpartnern



Containerabfall. □

selbst entschieden werden sollten. Vor dem Hintergrund einer Tendenz, den Wettbewerb vermehrt über Niedriglöhne zu gestalten, sprechen aus Sicht des VBS jedoch gute Gründe für einen allgemein verbindlichen Mindestlohn in der Entsorgungsbranche: So kann gewährleistet werden, dass die in Vollzeit tätigen Mitarbeiter für ihre harte Arbeit einen Lohn erhalten, der ihnen die Führung eines menschenwürdigen Lebens erlaubt, ohne - im Regelfall - auf zusätzliche staatliche Aufstockungsleistungen angewiesen zu sein. Gleichzeitig kann vermieden werden, dass Betriebe, die mit Niedriglöhnen arbeiten, keine ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteile erlangen.

Keine Überforderung

Entsorgungsbetriebe mit sozial inadäquaten Niedriglöhnen beschädigten darüber hinaus das Ansehen der privaten Entsorgungswirtschaft insgesamt und lieferten denjenigen Argumente, die Entsorgungsdienstleistungen rekommunalisieren wollen. Dies kann und will der VBS als Verband, der sich nach eigenem Bekunden der Markt-

dumping ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschaffen.“

„Die Einigung über einen Mindestlohn für die Abfallwirtschaft wird von unseren Mitgliedern zur Eindämmung von Lohn- und Qualitätsdumping ausdrücklich begrüßt und wird auch zu einem deutlichen Imagegewinn der gesamten Branche führen“ bewertete schließlich Dr. Rüdiger Siechau, Vorstandsvorsitzender des VKS im VKU, das Ergebnis der Verhandlungen.

Laut Siechau hatte sich der VKS im VKU während der gesamten langwierigen Verhandlungen immer wieder gegenüber allen Verhandlungspartnern für einen Mindestlohn in der Entsorgungsbranche eingesetzt.

Aufgrund der in den vergangenen Jahren zu beobachtenden Entwicklung, wonach im Rahmen von Ausschreibungen zunehmend gewerbliche Auftragnehmer aufgetreten sind, die ihre Mitarbeiter weit unter den geltenden Tariflöhnen und teilweise zu fraglichen Arbeitsbedingungen beschäftigt haben, habe bereits seit einiger Zeit grundsätzliches Einvernehmen zwischen den Vertretern der kommunalen und der privaten Abfallwirtschaft sowie deren Arbeitgeberverbänden über die Notwendigkeit eines Mindestlohnes bestanden.

„Die jetzt erzielte Einigung so kurz vor Torschluss werte ich als deutliches Signal für ein gemeinsames Bekenntnis zu Qualität und sozialverträglichen Arbeitsbedingung in unserer Branche. Den Verhandlungspartnern gebührt Respekt und Anerkennung für das erzielte Ergebnis“ bemerkte der Vorsitzende. DK

Neue Regeln zur Rücknahme von Verpackungen

Der Hightech-Verband BITKOM hat einen Leitfaden zur neuen Verpackungsverordnung veröffentlicht. Die Publikation wendet sich insbesondere an die Unternehmen im ITK-Sektor.

„Der Leitfaden erläutert vor allem die Hintergründe zur Lizenzierungspflicht bei Rücknahmesystemen, zur neu eingeführten Vollständigkeitserklärung und zur geänderten Kennzeichnungspflicht“, so BITKOM-Geschäftsführer Mario Tobias. Die Publikation soll gerade kleineren und mittleren Unternehmen helfen, die neuen gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen.

Am 1. Januar ist die 5. Novelle der Verpackungsverordnung in Kraft getreten. Die neuen Regeln betreffen vor allem die Hersteller und Vertreiber solcher Verpackungen, die bei Endkunden anfallen – also auch die Händler und Hersteller von Computern, Telefonen

oder Unterhaltungselektronik. Sie müssen einem sog. dualen Entsorgungssystem beitreten. Auch sind sie verpflichtet, gegenüber der für ihre Region zuständigen IHK eine verbindliche Erklärung über die Menge jener Verpackungen einreichen, die bei privaten Sammelstellen anfallen. Die Erklärung muss jährlich von einem Sachverständigen bestätigt und bis zum 1. Mai des Folgejahres elektronisch bei der IHK abgegeben werden. Die eingeführte Lizenzierungspflicht soll das Trittbrettfahren eindämmen: In dem alten System hatten Unternehmen zunehmend Verpackungen über Entsorgungssysteme verwerten lassen, ohne Lizenzgebühren zu zahlen. □



Gehen Sie mit uns neue Wege in der Wärmeversorgung

Wenn Sie neue Möglichkeiten für eine effektive und umweltfreundliche Wärmeversorgung suchen, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Denn wir sind auf das Errichten und Betreiben von Anlagen zur Wärmeerzeugung und -verteilung spezialisiert. Und nutzen dabei immer mehr die Vorteile regenerativer Energien. Kommunen und Fachbetrieben bieten wir eine Zusammenarbeit für die gemeinsame Entwicklung neuer Lösungen zur Wärmeversorgung.

Dass wir über fundierte Erfahrungen verfügen, zeigen auch unsere Referenz-Anlagen. Dazu gehören das Biomasseheizwerk in Markt Schwaben, die Biogas-Blockheizkraftwerke in Schwandorf und Puchheim und die Wärmepumpenanlage in Prien am Chiemsee. Auf dem Gebiet der Geothermie haben wir Erfahrungen aus Projekten in Simbach-Braunau, Poing und Garching.

Wir sind ein regionales Unternehmen und versorgen heute rund 10.000 Haushalte sowie Gewerbe- und Industriebetriebe in ganz Bayern mit Wärme. Als Tochterunternehmen der E.ON Bayern AG sind wir ein kompetenter Partner für das Planen, Bauen und Errichten von Anlagen. Auf Wunsch übernehmen wir auch das Contracting und erarbeiten Konzepte zur Finanzierung.

Wir sind für Sie da

E.ON Bayern Wärme GmbH
Leiter Vertrieb
Herr Robert Budde
Arnulfstraße 203
80634 München
T 0 89-52 08-41 11
F 0 89-52 08-41 99
info@eon-bayern-waerme.com

www.eon-bayern-waerme.com

e-on | Bayern
Wärme

Trierer Fachtagung zur Abfalltechnik:

Stilllegung und Nachsorge von Deponien

„Stilllegung und Nachsorge von Deponien - Schwerpunkt Deponiegas“ lautete das Motto einer Fachtagung an der Fachhochschule Trier. Neben Informationen über neue rechtliche Entwicklungen standen u. a. Referate über Wasserinfiltration und Deponiebehandlung im Blickpunkt des Interesses. Neue Technologien wurden präsentiert, ebenso wurden Beispiele für die Nachnutzung von Deponien gezeigt.

Wie Prof. Dr. Ing. habil. Werner Bidlingmaier von der Bauhaus-Universität Weimar eingangs betonte, stellt der Klimaschutz eine der größten Herausforderungen für die heutige Umweltpolitik dar. Der globale Klimawandel werde einschneidende Veränderungen für biologische Kreisläufe und das Alltagsleben vieler Menschen mit sich bringen. Deshalb sei in allen Sektoren die Erschließung vorhandener Potenziale zur Minderung von Treibhausgasemissionen anzustreben.

Regelungen und Maßnahmen

Seit Anfang der 90er Jahre wurden in Deutschland eine Reihe von gesetzlichen Regelungen erlassen und organisatorische Maßnahmen in die Wege geleitet, die die deponierten Abfallmengen sehr weitgehend verringerten, führte Wolfgang Butz vom Umweltbundesamt in Dessau aus. Dazu gehören die verstärkte Sammlung und Verwertung von Bioabfällen aus Haushalten und Gewerbe (Verpackungsverordnung 1991), die verstärkte Sammlung von Wertstoffen (Glas, Papier/Pappe, Metalle, Kunststoffe) und die getrennte Sammlung von Verpackungen.

Siedlungsabfälle

Die nach der getrennten Sammlung verbleibenden Restabfallmengen konnten laut Butz durch den schrittweisen Ausbau der Behandlungskapazitäten in thermischen und mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen weiter reduziert werden. Seit dem 1. Juni 2005 ist die Ablagerung von biologisch abbaubaren Abfällen nicht mehr zulässig, so dass unbehandelte Siedlungsabfälle nicht mehr auf Deponien abgelagert werden dürfen. Mit diesen Maßnahmen wurde die Menge der deponierten Siedlungsabfälle bis 2006 nahezu auf Null reduziert.

Methanemissionen

Wie Butz weiter darlegte, verlangen strenge rechtliche Anforderungen seit 1993 technische Einrichtungen zur Fassung und Behandlung des Deponiegases und gewährleisten die technisch mögliche Minderung der Methanemissionen aus Deponien. Durch das Ablagerungsverbot für biologisch abbaubare Abfälle tragen die nach 2005 depo-

nierten Abfälle nicht mehr zur Deponiegasbildung bei. Die aktuellen Methanemissionen der Deponien werden damit ausschließlich durch die Ablagerungen vor dem Jahre 2005 verursacht und werden mit dem fortschreitenden biologischen Abbau in den nächsten Jahrzehnten vollständig abklingen.

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Rettenberger, Fachhochschule Trier, wies darauf hin, dass sich interessanterweise auf dem Gebiet des Deponiegases - obwohl dieses Gebiet nunmehr seit über 25 Jahren weltweit intensiv bearbeitet wurde - erneut eine Vielzahl neuer Entwicklungen ergeben haben. Dies sei auf der einen Seite einer Reihe von gesetzlichen Veränderungen geschuldet, auf der anderen Seite aber auch einer Vielzahl von neuen Erkenntnissen, Entwicklungen und Bestrebungen zur Verminderung der Emissionen, die zum Treibhausgasbeitrag beitragen.

Beitrag zum Umweltschutz

Gerade was die Emissionen von Gasen aus Deponien und ihren Beitrag zum Treibhausgasbeitrag angeht, habe die Tatsache, dass eine Tonne deponierter Siedlungsabfall etwa zwei Tonnen CO₂-Äquivalente in die Atmosphäre abgibt, Bemühungen ausgelöst, diesen Effekt drastisch zu reduzieren, erklärte Rettenberger. Jede Art der Vorbehandlung von Abfällen vor einer Deponierung stelle somit einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz dar. Aber auch die Verbesserung der Gaserfassung und der Abbau von Restemissionen durch Methanoxidationsschichten/-filter oder die Verhinderung von Emissionen aus Deponien durch Aerobisierung oder Rückbau helfen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen.

Deponiegas

Dr.-Ing. Roland Haubrichs und Christian Schätzel (LAMBDA Gesellschaft für Gastechnik mbH) verwiesen darauf, dass das Deponiegas das Stoffwechselprodukt mikrobieller Abbauvorgänge inklusive aller Stoffe ist, die aus dem Abfall in die Gasphase übergehen.

Die Deponiegasemissionen aus Abfallablagerungen seien auf der Grundlage gesetzlicher Vorgaben möglichst weit reichend zu verhindern. Das Deponiegas müsse daher gefasst und darin enthaltenen Schadstoffe vor dem Übergang in die

Atmosphäre behandelt werden.

Fünf Regelwerke

Laut Dr.-Ing. Heribert Dernbach, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg, wird seit vielen Jahren von Fachleuten und den Bundesländern gefordert, die drei nebeneinander stehenden Deponierechtsverordnungen Abfallablagereverordnung, Deponieverordnung und Deponieverwertungsverordnung sowie die Verwaltungsvorschriften TA Siedlungsabfall und TA Abfall zu einer Verordnung zusammenzuführen, da es selbst Experten schwer falle, alle Verweise und Abhängigkeiten der fünf Regelwerke zu durchschauen. Nach intensiven Abstimmungen mit den Ländern und Wirtschaftsverbänden habe die Bundesregierung im Herbst 2008 eine Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts als Artikelverordnung beschlossen.

Freiräume eröffnen

In ihrer Begründung betone die Bundesregierung, dass es ihr nicht nur um die notwendige Umsetzung von Europäischen Richtlinien und die Kodifikation der bestehenden Regelwerke

geht, sondern dass ein wesentlicher Aspekt sei, die Regelungstiefe zu verringern, Anforderungen zu entflechten, Freiräume zu eröffnen und der Entwicklung des Stands der Technik neue Impulse zu geben. Die neue und nun allein das gesamte Deponierecht regelnde Deponieverordnung soll demnach das Deponierecht auch regulieren und flexibilisieren.

Unterscheidung

Wie Karl Drexler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt hervorhob, ist bei der Berücksichtigung der Deponiegasbildung zu unterscheiden, ob es sich bereits um eine Nutzung handelt, wie vorhandene Bebauung, oder ob eine Nutzung geplant ist, wie die Aufstellung von Bebauungsplänen oder geplante Bauvorhaben.

Breites Spektrum

Weiterhin könne es sich um eine Altablagerung oder Aldeponie handeln, oder die Deponie bzw. der Deponieabschnitt ist noch in Betrieb oder bereits in der Nachsorgephase. Die Arten der Nutzung können Drexler zufolge unterschiedlich sein. So gebe es wenige sensible Nutzungen, wie offene Lagerhallen oder befestigte Lagerflächen. Das Spektrum gehe jedoch bis zu sehr sensiblen Nutzungen, wie z. B. Wohnbebauung mit Unterkellerung oder aber Sportheimen mit Umkleide- und Sozialräumen im Untergeschoss. **DK**

Biomüll besser nutzen

Die EU-Kommission hat eine Debatte über Biomüllbewirtschaftung in der EU eröffnet. Biomüll, biologisch abbaubare Abfälle aus Gärten, Küchen und aus der Lebensmittelverarbeitung, macht rund ein Drittel der festen Siedlungsabfälle aus und hat beträchtliche Umweltauswirkungen.

Bei der Zersetzung entsteht Methan, ein aggressives Treibhausgas, das sich 23mal stärker auf den Klimawandel auswirkt als Kohlendioxid. Die Abfallbe-

und die Artenvielfalt. Alle Beteiligten müssen zusammenarbeiten, um gemeinsam auf die Bewirtschaftungsoptionen zu setzen, die für unsere Umwelt von größtem Nutzen sind.“

Wachsende Abfallberge

Die Wirtschaftsentwicklung in der EU geht mit wachsenden Abfallbergen einher, die unnötige Werkstoff- und Energieverluste und Umweltschäden verursachen. Jährlich fallen in der EU schätzungsweise 75 bis 100 Millionen Tonnen Biomüll in Form von Speiseresten und Gartenabfällen an. Die Hauptbelastung durch Biomüll stellt das Methan dar, das sich bei der Ablagerung biologisch abbaubarer Abfälle auf Deponien bildet. In den Mitgliedstaaten ist die Bioabfallbewirtschaftung derzeit sehr unterschiedlich geregelt und reicht von eher schwachen Initiativen bis hin zu ehrgeizigen politischen Maßnahmen. Insgesamt muss jedoch noch mehr unternommen werden, damit weniger Bioabfälle auf Deponien landen und ein hoher Grad an Energierückgewinnung und Recycling gewährleistet werden kann.

Grünbuch

Im Grünbuch werden die einzelnen Praktiken der Mitgliedstaaten bei der Bioabfallbewirtschaftung kurz erläutert und die Vor- und Nachteile dieser Methoden unter Berücksichtigung ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Aspekte beleuchtet. Ebenfalls eingegangen wird auf das bestehende Regelwerk und neue Rechtsvorschriften, die mehr Recycling und Energierückgewinnung aus Biomüll gewährleisten könnten. Mit dem Grünbuch soll eine Debatte unter allen interessierten Gruppierungen angestoßen werden, um der EU-Kommission nicht zuletzt die Ein-



Biomüll.

wirtschaftung in der EU ist bereits durch umfassende Vorschriften geregelt. Allerdings besteht Handlungsbedarf, etwa bei der Gewinnung von erneuerbaren Energien oder Recyclingmaterial. Im vorgestellten Grünbuch werden verschiedene Optionen für die Bioabfallbewirtschaftung in der EU vorgestellt, und es soll geklärt werden, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, und wenn ja, auf welcher Ebene.

Beitrag zum Klimaschutz

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas erklärte: „Die EU muss sich hin zu einer ressourcenschonenden Recycling-Gesellschaft entwickeln, und gerade Biomüll lässt sich noch optimaler nutzen. Ressourcen, die nach einer ersten Ausbeute zu Abfällen werden, müssen wiederverwertet und so zu neuen Ressourcen werden. Energie aus Bioabfällen in Form von Biogas oder Wärmeenergie ist ein Beitrag zum Klimaschutz, und hochwertiger Kompost unterstützt gesunde Böden

Wirtschaft und Ökologie zukunftsfest machen

bvse-Fachverband Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling warnt vor Vernichtung regionaler Arbeitsplätze

Die aktuellen turbulenten Entwicklungen auf den Sekundärrohstoffmärkten stellen die Schrott- und E-Schrottbranche nach den Worten von Ullrich Didszun, dem Vorsitzenden des bvse-Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling, vor „große Probleme“. Er könne sich nicht erinnern, so Didszun, der auch bvse-Vizepräsident ist, dass in der Vergangenheit die Preise und die Mengenströme derart schnell eingebrochen seien. Man habe es mit einer handfesten Weltwirtschaftskrise zu tun, die die Branche erreicht hätte. Jetzt sei es wichtig, gemeinsam mit den Partnern aus der Industrie vernünftige Lösungen zu finden und das Geschäft diesen vollkommen veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Es komme mehr denn je darauf an, gesetzliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Wirtschaft

EAR sei es daher „kein Wunder“, dass sich Oligopole am Markt gebildet hätten. Mehr denn je bestünde die Gefahr, dass es zur Vernichtung mittelständischer Strukturen und damit dem Wegfall regionaler Arbeitsplätze komme.



Wertstofflager Schrotthalde.

und Ökologie „stark und zukunftsfest“ gemacht würden. Die tägliche Praxis des ElektroG zeige jedoch das Gegenteil: Mittelständische Strukturen würden geschwächt, umweltbewusste Lösungen seien nicht mehr gefragt, stattdessen gebe es die Tendenz, zentralistische Strukturen zu stärken, die Ökodumping als Wettbewerbsvorteil nutzen. Auf der Grundlage des Systems einer zeitlich und örtlich bundesweit verteilten Abholkoordination durch die

stets dann nach hinten los, wenn die Vielfalt der Marktteilnehmer eingeschränkt werde und die Qualität auf der Strecke bliebe. „Das ist der falsche Weg. Wir brauchen mittelständische Strukturen, die Vielfalt garantieren und einen fairen Wettbewerb mit Regeln, die eine qualitativ hochwertige und umweltbewusste Verwertung der Altelektro(nik-)geräte sicherstellen“, betont der bvse-Fachverbandsvorsitzende Ullrich Didszun. **□**

12. Internationaler Altpapiertag in Düsseldorf:

Entwicklung der Altpapiermärkte im Fokus

Prof. Dr. Klaus Töpfer wird auf dem 12. Internationalen Altpapiertag des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., der zentralen Branchenveranstaltung in Deutschland und Europa, am 26. März 2009 in Düsseldorf sprechen. Töpfer, der die Kreislaufwirtschaft in Deutschland als Bundesumweltminister durchgesetzt und sich auch als Chef der UNO-Umweltbehörde großen Respekt erworben hat, wird eine Grundsatzrede zum Thema „Kreislaufwirtschaft - ökologisches und ökonomisches Erfolgsmodell weltweit“ halten.

Die Altpapiermärkte haben in den letzten Monaten starke Einbrüche erleiden müssen. Wie steht es um die Zukunft des Sekundärrohstoffes Altpapier? Wird aus dem Wertstoff am Ende wieder der Abfall? Darauf will der 12. Internationale Altpapiertag des bvse Antworten geben. Mehr als 500 Experten aus aller Welt werden sich dazu am 26. März 2009 im Düsseldorfer Maritim Hotel am Flughafen treffen.

EU-Abfallrahmenrichtlinie

Die Auswirkungen der EU-Abfallrahmenrichtlinie sind dabei das Thema von Dr. Helge Wendenburg, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Eine hochkarätig und

schätzung zu erleichtern, ob auf EU-Ebene weiterer Handlungsbedarf besteht. Für etwaige Rechtsvorschriften wird 2009 zunächst eine Folgenabschätzung vorgenommen. Je nach Ergebnis dieser Folgenabschätzung könnte 2010 ein entsprechender Rechtsakt verabschiedet werden. Alle Beteiligten und die Öffentlichkeit sind aufgefordert, bis 15. März 2009 (Ende der Konsultation) ihre Meinung abzugeben. **□**

international besetzte Podiumsrunde wird die Entwicklung der Altpapiermärkte bis 2015 beleuchten. Wade Schützeberg von ACN Europe, William P. Moore aus den USA, Dr. Maarten Kleiweg de Zwaan, ehemaliger ERPA-Präsident und Hubert Neuhäus, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Papierrecycling werden unter der Leitung des WDR-Journalisten Michael Brocker den Blick in die Zukunft wagen. Der provokanten Frage „Printmedien - ein Auslaufmodell?“ wird Wolfgang Fürstner, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des VDZ-Verband Deutscher Zeitungsverleger e.V. in seiner Rede nachgehen.

Dr. Hartmut Wurster, Vorstandsmitglied des international ausgerichteten Unternehmens UPM, behandelt das Thema „Altpapier als strategisches Substitut für Holz - oder umgekehrt?“ und die Zukunft der Verpackung ist Thema des Vortrages von Professor Dr. Ingo Büren, Director Science & Technology, IPI-International Packaging Institute. Den festlichen Abschluss des 12. Internationalen Altpapiertages bildet der traditionelle bvse-Altpapierabend.

Weitere Informationen unter: www.altpapiertag.bvse.de **□**

Ihr Partner in Containerfragen... **bita**

- Offene und gedeckte Absetzmulden von 2-20 cbm
- Abrollcontainer bis 52 cbm
- Minimulden, Kleincontainer
- Sonderausführungen aller Art

Ausgereifte Technik Solide Verarbeitung günstige Preise

A. Bittner GmbH & Co. KG · Behälter- und Stahlbau · Fachgroßhandel
 Kreisstr. 35 · 85410 Untermarchenbach
 Telefon: 081 67 / 69 70-0 · Telefax: 081 67 / 69 70-66
 Email: bita.container@t-online.de · Internet: www.bita-container.de

BDE-Jahrestagung:

Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz

Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft, die Nutzung neuer Technologien und die Schaffung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen sind entscheidende Voraussetzungen für die Entsorgungswirtschaft, um den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase weiter zu verringern. Das ist das Fazit einer Klimakonferenz, die im Rahmen der Jahrestagung des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) in Berlin stattfand.

Die privaten Entsorgungsunternehmen gehören zu dem Wirtschaftszweig in Deutschland, der in den vergangenen 15 Jahren am nachhaltigsten zur Verringerung des Kohlendioxidausstoßes beigetragen hat, so der Tenor. Ermöglicht habe dies vor allem die Entwicklung der Abfallwirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft mit immer höher werdenden Recyclingquoten, flankiert von zahlreichen Maßnahmen,

wie Deponieschließungen im Zuge der Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi).

Wie Peter Hoffmeyer, scheidender Präsident des BDE, darlegte, leiste die deutsche Entsorgungswirtschaft vor allem mit der Kreislaufwirtschaft und hohen Recyclingquoten in Deutschland einen Beitrag für den Schutz von Ressourcen. So verbräuche die Herstellung von Al-

uminium zehnmal mehr Energie als das Einschmelzen des fertigen Rohstoffes beim Recycling.

Seit drei Jahren dürfen nur noch vorbehandelte Abfälle ohne hohe Anteile an organischer Substanz auf Deponien abgelagert werden. Viele Mülldeponien

chender gesetzlicher Rahmen benötigt, meinte der neue BDE-Präsident Peter Kurth im Rahmen einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „Ressourcenschonung als Beitrag zur Rohstoffversorgung und Klimaschutz“. Kurth forderte ein neues Rohstoffgesetz und faire Wettbewerbsbedingungen, um diese Ziele umsetzen zu können. „Was der Politik zur Daseinsvorsorge derzeit einfällt, ist zu wenig.“ Der Präsident plädierte für die steuerliche Gleichstellung privater und kommunaler Unternehmen.

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

wurden geschlossen, allein dadurch konnte der CO₂-Ausstoß um fast 50 Millionen Tonnen reduziert werden. Hoffmeyer schätzt, dass das Potenzial durch die Recyclingwirtschaft noch höher ist. Getrenntes Sammeln und innovative Sortiertechniken mit Infrarotlicht seien Grundlage für den Ressourcenschutz. Vor allem Kunststoffe, Aluminium und Eisenschrott ersetzen durch Wiederverwertung hochwertige Primärrohstoffe. Auch die in der Kreislaufwirtschaft verwendeten Hybridfahrzeuge leisteten ihren Beitrag.

Die Entsorger sind bereit, weitere Anstrengungen für den Klimaschutz zu unternehmen. Dafür werde jedoch ein entspre-

Der Berichterstatter im nicht-ständigen Ausschuss zum Klimawandel im Europäischen Parlament, Karl-Heinz Florenz (CDU), sprach sich dafür aus, „als erstes“ ein Deponieverbot in der EU einzuführen. „Damit geben wir dem Markt Spielraum.“ Kurth ergänzte: „Wir brauchen Warenverkehrsfreiheit in der EU und eine einheitliche TASI.“

Der Generalsekretär der FDP und arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dirk Niebel, forderte eine einheitliche Mehrwertsteuerregelung für private und kommunale Entsorger. „Die unterschiedliche Handhabung ist nicht erklärbar.“ DK

Öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche:

Einsatz für mehr Qualität

Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag und VBS geben Orientierungshilfe

Der Wettbewerb in der Entsorgungsbranche wird immer mehr über die Senkung von Vergütungs- und Sozialstandards sowie der Ökostandards (z.B. Einsatz veralteter Fahrzeuge) betrieben. Häufig ist der Zuschlag für Billigstanbieter verbunden mit Klagen der Bürger über mangelhafte Leistungserbringung.

Diverse Aspekte

Vor dem Hintergrund haben der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) gemeinsam Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche entwickelt. Das Auftragsberatungszentrum Bayern hat die Arbeit unter vergaberechtlichen Aspekten fachlich begleitet.

Die gemeinsam erarbeiteten Orientierungshilfen behandeln folgende Aspekte: Personal, Technik, Betriebsorganisation, Ausschreibungsstandard und Vertragsinhalte. Sie sollen eine Hilfestellung für die kommunalen Auftraggeber sein und eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherstellen.

Trend zu Billigstanbietern

Vermeintlich „günstige“ Leistungsangebote führen immer wieder zu spürbaren Qualitätsminderungen. Die Kommunen sehen sich dann mit Beschwerden der Bürger über die Abfallqualität konfrontiert. Der Trend zu Billigstanbietern geht aber auch zu Lasten derjenigen Entsorgungsunternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen anbieten und zudem ihre Beschäftigten angemessen bezahlen.

Daher setzen sich die Unterzeichner der Orientierungshilfen dafür ein, neben dem Preisaspekt auch soziale und um-

weltbezogene Leistungsanforderungen mit in öffentliche Ausschreibungen aufzunehmen.

bifa-Studie

Entscheidend ist auch der ökologische Aspekt: Laut einer Studie des bifa Umweltinstituts trägt die bayerische Abfallwirtschaft mit einer jährlichen Einsparung von rund 13 Millionen Tonnen klimaschädlichem CO₂ ganz erheblich zum Klimaschutz bei. Die EU, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben sich zudem ehrgeizige Klimaschutzziele für die kommenden Jahre gesetzt. Der Einsatz veralteter Fahrzeugtechnik und/oder lange Anfahrtswege zum Ort der Leistungserbringung konterkarieren diese Bemühungen jedoch. DK



Licht und Schatten wechselten sich im vergangenen Jahr auf dem Altpapiermarkt ab.

Altpapiermarkt 2009:

Stürmisches Wetter statt eitel Sonnenschein

Gute Altpapiergeschäfte im ersten Halbjahr und ein Absturz in der zweiten Jahreshälfte

„Selten kann man auf ein Jahr zurückblicken, in dem Licht und Schatten so nah beieinander liegen“, machte der Vorsitzende des bvse-Fachverbandes Papierrecycling, Hubert Neuhaus, in einem Mitgliederbrief zum Jahresende deutlich. „Gute Altpapiergeschäfte im ersten Halbjahr und ein Absturz des Marktes in der zweiten Jahreshälfte, so lässt sich die Entwicklung zusammenfassen.“

Nach der Einschätzung von Neuhaus bestehe „kein Zweifel“, dass das neue Jahr eher stürmisches Wetter als eitel Sonnenschein bieten werde. Er betont jedoch gleichzeitig, dass diese schwierigen Zeiten zeigen werden, dass gerade die Altpapier-Profis in der Lage seien, „Erfahrungen und Geschick“ auszuspielen.

Professionalität unter Beweis stellen

Neuhaus: „Es wird sich zeigen, dass unser Geschäft nicht von jedermann zu beherrschen ist!“ Gegenüber der Presse machte er deutlich, dass es für die Mitglieder des bvse-Fachverbandes Papierrecycling „gerade in diesen schwierigen Zeiten“ wichtig sei, Zuverlässigkeit und Professionalität unter Beweis zu stellen. Diesem Anspruch müssten sich jedoch alle Beteiligten der Wertschöpfungskette stellen. Dazu gehören ganz selbstverständlich auch, dass Verträge einzuhalten seien.

Klare Positionierung

Mit der Arbeit seines Fachverbandes für die Altpapierbranche zeigte sich Neuhaus,

der auch Vizepräsident des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung ist, „sehr zufrieden“. Der bvse habe auch in diesem Jahr eindrucksvoll gezeigt, dass er „auf Zack“ sei. „Nicht zuletzt unsere klare und richtige Position zum Thema REACH hat das unter Beweis gestellt“, machte der Vorsitzende des bvse-Fachverbandes Papierrecycling deutlich. Kompetenz, Genauigkeit und Schnelligkeit seien nicht „beliebig kopierbar“. Das erfordere ein engagiertes Zusammenwirken von Mitgliedern, Vorstand und der bvse-Bundesgeschäftsstelle.

Wichtiger Kongress

Laut Hubert Neuhaus ist der 12. Internationale bvse-Altpapiertag am 26. März 2009 (siehe auch Seite 6) in „diesen Krisenzeiten“ noch wichtiger als sonst: „Hier werden die Weichen für die geschäftlichen Entwicklungen gestellt“. Im Anschluss an die Tagung finde als Höhepunkt des 12. Internationalen Altpapierabends der traditionelle bvse-Altpapierabend statt. Für die Frühreisenden werde es am 25. März 2009 einen Willkommensempfang geben. □

Mehrweg - eine kluge Wahl

Mehrweg-Kunststoffkisten haben sich erneut als kluge Wahl für den Transport von Obst und Gemüse in Europa erwiesen. Sie zeigen sich ökologisch als vorteilhaft und bezüglich der Wirtschaftlichkeit (geringste Kosten) und der Rate tödlicher Unfälle den anderen betrachteten Einwegsystemen deutlich überlegen.

Die Stiftung Initiative Mehrweg hat die aktualisierten Ergebnisse nach dem Stand 2009 der von ihr in Auftrag gegebenen Studie zur Nachhaltigkeit von Transportverpackungen für Obst und Gemüse in Europa vorgestellt. Fast genau zwei Jahre nach der Veröffentlichung der Grundstudie präsentiert die Abteilung für Ganzheitliche Bilanzierung des Fraunhofer Institutes für Bauphysik und des Lehrstuhls für Bauphysik an der Universität Stuttgart die Ergebnisse der „Nachprüfung“.

Verglichen wurden die Mehrwegtransportverpackungen aus Kunststoff mit den Einwegsystemen aus Holz und Karton. Betrachtet wurden fünf ökologische Wirkungskategorien und ausgewählte Aspekte der Nachhaltigkeit, darunter die Lebenszykluskosten und soziale Effekte wie Gesamtarbeitszeit, Frauenanteil, Qualifikationsniveaus und die Anzahl tödlicher und nicht-tödlicher Unfälle. Hinsichtlich der ökologischen Auswirkungen handelt es sich um eine vergleichende Ökobilanz im Sinne der DIN EN ISO 14040, für die durch externe, unabhängige Sachverständige ein Critical Review durchgeführt wird, der die Konformität der Studie mit der DIN EN ISO 14040 und 14044 prüft. Ein vorläufiger Reviewbericht liegt vor; der vollständige Bericht wird Ende Februar erwartet und zusammen mit der Studie veröffentlicht werden.

Wie schon 2007 wurde auch 2009 der europaweite Markt für Obst und Gemüse zu Grunde gelegt. Untersucht und bewertet wurden die Transportwege für Obst und Gemüse in den fünf bedeutendsten Produktionsländern (Frankreich, Spanien, Italien, Niederlande, Deutschland) und der vier größten Abnehmermärkte (Frankreich, Niederlande, Großbritannien, Deutschland). Bezüglich der Umwelteffekte wurden erneut die Eutrophierung (Überdüngung), der Ozonabbau, die Photooxidantienbildung (Sommersmog), der Treibhauseffekt (Klimaschutz) und die Versauerung betrachtet.

erneut wurde deutlich, dass das Mehrwegsystem in den Kategorien „Eutrophierung“, Photooxidantienbildung“ und „Versauerung“ am Besten abschneidet, sich den 1. Platz in der Disziplin „Treibhauseffekt“ mit dem Einwegsystem aus Holzkisten teilt und im Feld „Abbau der Ozon-

schicht“ knapp hinter den Holzkisten den zweiten Platz einnimmt – bei einer europaweit betrachtet vernachlässigbaren Belastung der Umwelt durch alle untersuchten Transportsysteme.

Demgegenüber zeigen die Kartonkisten „in allen Wirkungskategorien die höchsten Umweltauswirkungen“, so das Fazit der Studie. „Das schlechte Abschneiden des Kartons ist darauf zurückzuführen, dass die betrachteten Kisten ausschließlich aus Kraftlinern und Halbzellstoff bestehen. Kraftliner und Halbzellstoff sind sehr viel aufwändiger in der Herstellung und verursachen größere Umweltlasten als Testliner und Wellenstoff, welche in anderen Kartons verwendet werden“, so die Begründung der Autoren, die ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese anderen Kartons aber nicht für den Transport von Obst und Gemüse geeignet seien.

In der Disziplin „Wirtschaftlichkeit“ hat sich das Mehrwegsystem als das mit Abstand kostengünstigste, im Feld „Unfallsicherheit“ als das System mit der geringsten Zahl tödlicher Unfälle erwiesen.

Schonende Lösung

Der Geschäftsführer der Stiftung, Staatssekretär a. D. Clemens Stroetmann, zeigte sich mit den Ergebnissen sehr zufrieden. „Mehrweg ist eine kluge Wahl“, sagte Stroetmann. Auch beim Transport von Obst und Gemüse bestätige sich, dass die Mehrweg-Transportverpackungen eine „die Umwelt, den Geldbeutel und die Sicherheit der Arbeitnehmer schonende Lösung“ darstellten.

Der Geschäftsführer machte darauf aufmerksam, dass sich die Vorteile des Mehrwegsystems mit zunehmender Lebensdauer der Kisten weiter verbessern. „Auch wenn jedes der betrachteten Systeme spezifische Optimierungspotentiale hat, die in der Studie auch dankenswerter Weise aufgezeigt werden, muss auf absehbare Zeit damit gerechnet werden, dass die Mehrwegkisten ökologisch und ökonomisch die Nase vorn haben“, so Stroetmann. Dabei treffe der Satz, nachdem das Bessere der Feind des Guten sei ebenso zu, wie die Weisheit, dass es ein Fehler sei, im Vertrauen auf das Bessere von morgen das Gute von heute zu unterlassen. In diesem Sinne laute sein persönliches Fazit: „Mehr Mehrwert durch Mehrweg schaffen.“ □



Bayerische Landessiedlung
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Gemeinde- und Projektentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Thüngersheim, Unterfranken
Flächennutzungsplan und Landschaftsplanung

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Studie zur Zukunft der deutschen Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT):

Schlüsselindustrie für die Deutsche Wirtschaft

Handlungsempfehlungen an Politik und Wirtschaft

Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft haben die Studie „Zukunft und Zukunftsfähigkeit der deutschen Informations- und Kommunikationstechnologie“ an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) übergeben. Die Studie ist das erste Ergebnis eines Projektes, das vom Münchner Kreis, TNS Infratest, EICT und der Deutschen Telekom durchgeführt und von Siemens, VDE, SAP sowie dem BITKOM und dem BMWi unterstützt wurde.

Sie nimmt im Rahmen des Nationalen-IT-Gipfelprozesses eine Standortbestimmung der deutschen Informations- und Kommunikationstechnologie vor und formuliert acht Botschaften für ein zukunftsfähiges Deutschland und konkrete Handlungsempfehlungen an Politik und Wirtschaft. Informations- und Kommunikationstechnologien beeinflussen zunehmend unser privates und berufliches Leben. „Ich danke allen Teilnehmern an dieser Studie und bin mir sicher, dass die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen Eingang in die Gestaltung der künftigen IKT-Politik der Bundesregierung finden werden“, sagte Jochen Homann, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, bei der Übergabe der Studie in Berlin.

Umfassende Expertenbefragung

Für die Analyse des heutigen Zustands und der mittelfristigen Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien wurden teilweise unveröffentlichte Studien ausgewertet, eine Expertenbefragung

von 540 Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft durchgeführt und zahlreiche Expertengespräche geführt. Die Eckpunkte der Studie stellte Robert A. Wieland, Geschäftsführer TNS Infratest und Mitglied des Forschungsausschusses Münchner Kreis, in der Bundespressekonferenz in Berlin gemeinsam mit den weiteren Studienverfassern und Sponsoren den Journalisten vor.

Zentrale Handlungsfelder

Das rund 100-seitige Werk zeigt zentrale Handlungsfelder für die Entwicklung und den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien auf. „Diese Handlungsfelder sind zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands von größter Bedeutung“, unterstrich Prof. Dr. Arnold Picot, Vorsitzender des Vorstands Münchner Kreis, die Bedeutung der Untersuchung.

„Um unsere Chancen in der Informationsgesellschaft zu nutzen, brauchen wir modernste

und leistungsfähige Infrastrukturen für Telekommunikation und Informationstechnologie. Es muss auf dieser Grundlage gelingen, die ‚digitale Spaltung‘ der Gesellschaft zu überwinden. Die Informationsgesellschaft darf nicht ausgrenzen, sondern muss Menschen teilhaben lassen an Chancen und Entwicklung, Wachstum und Beschäftigung. Dies erfordert vor allem auch neue Kompetenzen, Wissen und damit neue Wege in der Bildung“, sagte Christopher Schläffer, Group Product&Innovation Officer, Deutsche Telekom AG.

„Ambient Assisted Living“

Prof. Dr. Jörg Eberspächer von der TU München bekräftigte „Neue Technologien eröffnen völlig neue Möglichkeiten, den demographischen Wandel in unserer Gesellschaft zu begleiten, Stichwort ‚Ambient Assisted Living‘. Damit können dank moderner ITK-Lösungen ältere Menschen länger in ihrer gewohnten Umgebung betreut werden. Wir brauchen aber auch mehr Unternehmensgründungen. Sie sind der Motor für neue Ideen und Lösungen. Wir müssen Unternehmertum fördern und Risikokapital bereitstellen. Auch und gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem sollten wir uns unserer Stärken bewusst sein und

diese ausbauen.“ Und weiter: „Ein Beispiel ist der Bereich von Embedded Systems, also von Computern für die Steuerung und Regelung von Geräten des täglichen Gebrauchs, wie Handys, Automobilen und Maschinen. In diesem Innovationsfeld ist Deutschland bereits heute führend und wir haben hier beste Aussichten auf langfristiges Wachstum.“

Neue Stufen der Wertschöpfung

„Moderne Technik ermöglicht die Mobilisierung und Flexibilisierung der Arbeit und der Arbeitsteilung. Mit ihr begehen wir neue Stufen der Wertschöpfung und sie bietet uns erhebliche Möglichkeiten der Effizienzsteigerung. Auch vor dem Hintergrund eines steigenden Fachkräftemangels kommt diesem Aspekt wachsende Bedeutung zu. Aber auch die der IKT innewohnenden Potentiale zur Energieersparnis und zur Ressourcenschonung, Stichwort ‚Green-IT‘, sind noch lange nicht ausgeschöpft“, zeigte sich Prof. Dr. Hartmut Raffler, Vice President, Siemens Corporate Technology, vom Stellenwert seiner Branche überzeugt.

Perspektiven untersuchen

Die Untersuchung soll nach Aussagen der Initiatoren und Unterstützer im nächsten Jahr weiter entwickelt werden. In einer international ausgelegten wissenschaftlichen Delphi-Studie sollen die längerfristigen Perspektiven der Informations-, Kommunikations- und Medienwelten detailliert untersucht werden.

Die Studie steht zum kostenlosen Download bereit unter: www.muenchner-kreis.de oder www.tns-infratest.com oder www.bmwi.de □

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie wird eines der großen Themen im Jahr 2009 sein. Auf bundesweiter Ebene werden bereits seit längerem Konzepte und Vorschläge zur IT-Umsetzung beispielsweise im Deutschland-Online Projekt diskutiert. Die Novellierung des Bundesverwaltungsverfahrensgesetzes gibt bereits einen konkreten Rahmen für das Verwaltungsverfahren vor. Für die Praxis werden jedoch insbesondere die landesrechtlichen Vorgaben eine große Bedeutung haben.

Informationsveranstaltung

In Zusammenarbeit mit Fraunhofer FOKUS plant der Behörden Spiegel eine Informationsveranstaltung für Behörden und andere öffentliche Einrichtungen, insbesondere für Kommunen sowie Anbieter und Industrie zum Deutschland-Online Projekt „EU-Dienstleistungsrichtlinie“ am Freitag, den 13. 2. 2009 in München, Hansastr. 27c (FraunhoferG) durchzuführen. Diese Veranstaltung soll dazu beitragen, das Thema „EU-DLR“ in Deutschland attraktiver und transparenter zu machen, die inhaltliche Qualität und Vielfalt des Projekts zu erhöhen und Lösungsmöglichkeiten für typische Problemlagen aufzuzeigen.

AKDB ist dabei

Die AKDB wird auf der Veranstaltung mit einem aktuellen Beitrag zur technischen Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Bayern vertreten sein.

Diese Veranstaltung ist gemäß Ankündigung der Veranstalter für Vertreter der öffentlichen Hand kostenfrei. □

Landkreis Bamberg:

Doppik schließt gut ab

Bei der Einführung der Doppik hat der Landkreis Bamberg einen weiteren wichtigen Schritt erfolgreich vollzogen: Im August 2008 wurde für das abgelaufene Haushaltsjahr 2007 der erste doppelte Jahresabschluss erstellt und damit das Dreikomponenten-System der Doppik mit Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung (Bilanz) komplettiert. Dieser Abschluss wurde Ende 2008 durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) überörtlich geprüft und akzeptiert.

Entsprechend zufrieden mit dem Ergebnis zeigte sich Landrat Dr. Günther Denzler: „Auch diese Herausforderung haben wir ohne externe Beratung zügig gemeistert. Ich bin wirklich stolz auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei, aber auch sehr dankbar für die tatkräftige Unterstützung durch die AKDB.“

Der erste doppelte Jahresabschluss 2007, veröffentlicht auf der Homepage des Landkreises, hebt sich schon durch sein Äußeres stark von der bisherigen kameralen Jahresrechnung ab. Er birgt nicht nur die reinen Zahlen, sondern erläutert im Anhang die einzelnen Posten des Abschlusses und die Planabweichungen. Insoweit brachte die Vorlage des Jahresabschlusses mehr Information und Transparenz, wozu in erster Linie die in der Kameralistik nicht vorhandene Bilanz wesentlich beitrug.

Wichtiges Hilfsmittel

Als positiv vermerkte Denzler, dass nun nicht nur die Verschuldung dargestellt wird, sondern insgesamt das Vermögen und dessen Finanzierung. Eine mittelfristige Betrachtung der Bilanzen und ihrer Kennzahlen stelle ein wichtiges Hilfsmittel für die künftigen politischen Entscheidungen dar.

Ein Blick auf den Vergleich der Eröffnungsbilanz 2007 zeigt die Veränderungen während des Jahres, bedingt durch das wirtschaftliche Ergebnis des Jahres 2007 und Berichtigung der Eröffnungsbilanz. So beträgt die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2007 rund 125 Mio. € und damit 7,5 Mio. € mehr als zu Jahresbeginn.

Seit 1. Januar 2008 sind überdies mit dem Zweckverband Berufsschulen und dem Regionalen Planungsverband Oberfranken-West nunmehr alle vom Landratsamt Bamberg verwalteten kommunalen Körperschaften auf die doppelte Buchführung umgestellt. Im bevorstehenden dritten Jahr seit Einführung der Doppik im Rechnungswesen des Landkreises werden sich die Umstellungseffekte Denzler zufolge weitgehend eingespielt haben, so dass Themen wie Kennzahlen und Ziele sowie die Kosten- und Leistungsrechnung vertieft behandelt werden können.

Enorme Geschwindigkeit

Im März 2007 hatte der Kreistag den ersten doppelten Haushalt verabschiedet. Die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 wurde im November des selben Jahres vom BKPV überörtlich überprüft. Der Kreistag hat sie am 17. Dezember 2007 festgestellt. „Und nun ist auch noch der Jahresabschluss in trockenen Tüchern“, freute sich der Landrat. „All das in dieser Geschwindigkeit hat meines Wissens noch keine Kommune in Bayern geschafft.“

Zudem lägen die Vorteile auf der Hand: „Das Erstellen eines doppelten Jahresabschlusses stellt höhere Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist zeitaufwändiger als die bisherigen kameralen Jahresrechnungen; der Zuegang an Transparenz wiegt dies jedoch mehr als auf. Als politischer Entscheidungsträger fühle ich mich besser informiert als vorher. Die Doppik erleichtert es uns, die Zukunft nachhaltig zu gestalten.“ DK

Bayreuther Pilotprojekt OK.KIWO:

Zum Schutz gefährdeter Kinder

Das von der AKDB entwickelte EDV-Programm OK.KIWO kommt erstmals in einem Pilotverfahren der Stadt Bayreuth zur Anwendung. Eine der Hauptaufgaben des Jugendschutzes ist der so genannte Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung. Das Jugendamt hat die Verpflichtung, unverzüglich zu handeln, wenn sich ein Kind oder ein Jugendlicher in Gefahr befinden könnte.

OK.KIWO soll das Jugendamt Bayreuth bei diesem Schutzauftrag unterstützen. Als erste Stadt in Bayern arbeitet Bayreuth im Rahmen eines Pilotprojekts mit OK.KIWO. Mussten bislang alle Gefährdungsmeldungen schriftlich oder telefonisch an das Jugendamt weitergeleitet werden, erfolgt dieser Prozess zukünftig digital.

Wird dem Jugendamt beispielsweise ein Missbrauchsfall eines Kindes gemeldet, werden Vorfälle und alle damit zusammenhängenden Daten in das OK.KIWO eingepflegt. Mit der Eingabe der Daten wird automatisch der zuständige Sozialarbeiter im Außendienst informiert, der dann alle notwendigen Schritte mit Familie oder Polizei einleitet und diese auch umgehend im OK.KIWO dokumentiert. Anhand dieser detaillierten Dokumentation ist für jeden Mitarbeiter der Stand der Bearbeitung sofort erkennbar, und damit auch, welche Maßnahmen noch getätigt werden müssen.

„Es ist eine Erleichterung und gleichzeitig auch eine Sicherheit für das Jugendamt, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, erklärt Christian Hübsch, Leiter des Stadtjugendamtes Bayreuth die Vorteile des neuen Programms. OK.KIWO sorgt für einen noch schnelleren und unbürokratischeren Arbeitsablauf, alle Mitarbeiter können jederzeit auf alle relevanten Daten zurückgreifen. Der Prozess wird sicherer, weil alle Schritte und Maßnahmen des Jugendamtes genauestens dokumentiert werden.

OK.KIWO wird sich als optimierte Verwaltungslösung im Jugendschutzbereich erweisen und seinen Beitrag zum Wohle gefährdeter Kinder leisten. □

Neue Lösungen.

Die AKDB setzt auf die Entwicklung neuer, innovativer Produkte und Dienstleistungen. Fast jeder Bürger stößt im Alltag auf bewährte Produkte der OK.Familie der AKDB: OK.EWO wickelt die in einer Meldebehörde anfallenden Aufgaben ab, OK.VORFAHRT vereinfacht die Sachbearbeitung in einer Kfz-Zulassungsstelle. OK.FIS Doppik begleitet Kommunen auf ihrem Weg in die doppelte Buchführung und OK.PWS sorgt für ein effizientes Personalmanagement. Die AKDB entwickelt Lösungen. Für alle Kernbereiche der Kommunalverwaltung.

AKDB

Sicherheit bei digitalen Geschäftsprozessen

DATEV erweitert Spektrum der angebotenen Sicherheitsdienstleistungen

Internetkriminalität ist heute auch ein professionell organisiertes und lukratives Geschäft. In gleichem Maß, wie die Vernetzung und das Internet neue Möglichkeiten für die Beschleunigung und Synchronisation von Geschäftsprozessen gebracht haben, haben sie neue Dimensionen des potenziellen Missbrauchs geschaffen. Ein jederzeit umfassender Schutz der Internet-Anwender ist daher unbedingt nötig, um den Gefahren zu begegnen. Die Nürnberger DATEV eG bietet dazu eine Reihe von Sicherheitsdienstleistungen an. Auf der CeBIT 2009 präsentiert das Unternehmen dazu unter anderem neue Funktionen wie die Möglichkeit zur automatischen zentralen E-Mail-Verschlüsselung oder den DATEV Web-Radar, der mit Schadcode präparierte Internet-Seiten ausfindig macht und blockiert.

Der Bereich der Datensicherheit umfasst vier wesentliche Aspekte. Abzusichern sind Netzwerke gegen Hacker und Schad-

software, Datenbestände vor Zerstörung und Verlust, die elektronische Kommunikation gegen unbefugtes Mitlesen und die Daten-

distribution gegen Manipulation. Über ihr modernes Dienstleistungszentrum deckt die DATEV alle diese Bereiche ab. Zentrales Element ist die Sicherheitsdienstleistung DATEVnet für den Internet-Zugang. Eine zentrale Sicherheitszone bei DATEV schützt deren Anwender zuverlässig vor Viren, Trojanern oder Phishing-Versuchen. Darin befinden sich gestaffelte und redundant ausgelegte Schutz-Systeme, wie zum Beispiel Virens Scanner oder Firewall-Systeme, die permanent von Sicherheits-Spezialisten überwacht und aktualisiert werden.

Schutz vor und hinter der Firewall

Die Mehrstufigkeit des Sicherheitssystems bedeutet auch bei neu auftretenden Schädlingen schnellstmöglichen Schutz. Sollte dennoch einmal ein bisher unbekannter bössartiger Code durch das Netz schlüpfen, sorgt das Reverse-Scan-Verfahren für seine umgehende Enttarnung. Dafür werden Kopien aller E-Mails, die den DATEVnet-Anwendern zugestellt wurden, über den Zeitraum von zwölf Stunden in einem zentralen Speicherpuffer permanent mit den stetig aktualisierten Schutzmechanismen überprüft. Im Alarmfall leitet die permanent

besetzte Rufbereitschaft sofortige zusätzliche Schutzmaßnahmen ein und informiert alle betroffenen Anwender.

Da sich Schadcode zunehmend auch über präparierte Web-Inhalte verbreitet, spielt der Schutz davor eine immer wichtigere Rolle. DATEV trägt dieser Entwicklung mit dem Web-Radar-Konzept Rechnung. Es umfasst neben dem klassischen Virenscan auch eine Reihe von Block- und Schutzfunktionen. Ein Informationssystem aktualisiert permanent die Liste der bekannten mit Viren oder Trojanern verseuchten Seiten. Der Zugriff darauf wird bei DATEV zentral geblockt, so dass der Anwender nicht Gefahr läuft, seinen Rechner oder gar sein Netzwerk zu infizieren. Analog zur Behandlung der E-Mails ist für den der Web-Radar auch ein Reverse-Scan der besuchten Webseiten geplant.

Verschlüsselung und Authentifizierung

Gegen das Ausspähen auf dem elektronischen Kommunikationsweg sind Informationen künftig durch die neue automatische E-Mail-Verschlüsselung gefeit. Sie stellt für DATEVnet-Anwender sicher, dass jede ausgehende Mail eines Unternehmens oder einer Kanzlei zentral und ohne Aufwand durch den Nutzer verschlüsselt wird. Ebenso werden ankommende verschlüsselte Nachrichten zentral entschlüsselt, ohne die Abläufe in Unternehmen oder Kanzlei zu behindern. Die zentrale Entschlüsselung hat zudem den Vorteil, dass alle Schutzmechanismen von DATEVnet

auf die verschlüsselten Mails angewendet werden können. Auch bei Datentransfers an Behörden und Institutionen, die via DATEV-Rechenzentrum abgewickelt werden, sind die Daten auf höchstem Niveau gegen unbefugte Zugriffe abgesichert. Ein Authentifizierungsverfahren verhindert zudem ungewollte oder unberechtigte Einreichungen.

„Datensicherung online“

Für den Schutz von Datenbeständen vor Verlust oder Zerstörung bietet DATEV mit der „Datensicherung online“ ein Backup im Nürnberger Rechenzentrum an. Dabei erfolgt die Sicherung softwaregestützt und automatisch über eine abgesicherte Internet-Verbindung. Übertragen

werden ausschließlich die jeweiligen Änderungen im Bestand, die vor der Übermittlung noch komprimiert werden.

Das Risiko, das bei Verlust eines mobilen Rechners droht, dämmt die spezielle Notebook-Verschlüsselung der DATEV ein. Schließlich ist neben dem wirtschaftlichen Schaden immer auch ein Imageschaden zu befürchten, falls darauf gespeicherte Daten missbraucht werden. Die vollständige Verschlüsselung der Festplatte bietet maximalen Schutz davor. Um beim Starten des Rechners Zugriff auf das System und die Daten zu bekommen, authentifiziert sich der Nutzer mittels des USB-Mediums DATEV mIdentity und der Eingabe seiner persönlichen Identifikationsnummer (PIN). □

CeBIT-Schwerpunkt Webciety

Das Internet wird zum Nervensystem der Gesellschaft - DATEV-Chef Kempf sieht Chancen insbesondere für die Organisation des Arbeitslebens

Mit dem Begriff Webciety hat die Deutsche Messe anlässlich der CeBIT 2009 ein neues Schlagwort kreiert. Es soll die starke Stellung verdeutlichen, die das Internet in der modernen Gesellschaft inzwischen besitzt und die künftig noch ausgebaut wird.

„Webciety steht für eine Gesellschaft, die sich unter dem Einfluss der Vernetzung vollkommen neu organisiert“, erläutert Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender des Softwarehauses und IT-Dienstleistungsunternehmens DATEV eG sowie Mitglied im Präsidium des Branchenverbands BITKOM. „Geografische Distanzen spielen kaum noch eine Rolle“, so Kempf weiter.

Wissen generieren

„Die virtuelle Nähe und jederzeit verfügbare Informationen erlauben den Internet-Nutzern, Chancen und Interessen wahrzunehmen sowie Wissen zu generieren.“ So sind über flexible Modelle zur Softwarenutzung beispielsweise Anwendungen und Daten jederzeit von nahezu jedem Ort verfügbar. Hinter viel zitierten Begriffen wie Software as a Service (SaaS), Application Service Providing (ASP) und Outsourcing verbergen sich abgestufte Varianten des Software-Einsatzes und Organisationsmodells, die eines gemeinsam haben: Betrieb, Wartung und Update-Management für die Programme werden in Teilen oder komplett an Spezialisten ausgelagert, die Nutzung erfolgt über vernetzte Datenleitungen.

Im Rahmen dieser Entwicklung

verschimmen auch die strikten Grenzen zwischen Privatem und dem Geschäftsleben zunehmend. „Dadurch erschließen sich dem Einzelnen zusätzliche Gestaltungsspielräume für seine Lebensplanung. Insbesondere Freiberuflern und kleineren mittelständischen Unternehmen eröffnet diese Entwicklung ungekannte Möglichkeiten bei der Teilhabe am gesamten Wirtschaftsleben“, ist der DATEV-Chef überzeugt. Das Internet sei die Triebfeder dafür und zugleich das Nervensystem der Webciety.

Datensicherheit gewährleisten

Wichtig ist dabei für Kempf, der auch den Vorstandsvorsitz der Initiative „Deutschland sicher im Netz“ innehat, allerdings der verantwortungsvolle Umgang mit den Möglichkeiten, die die Web-Welt eröffnet: „Eine der Herausforderungen für die Zukunft wird es sein, die vernetzten Systeme gegen Missbrauch abzusichern und Datenschutz und Datensicherheit jederzeit zu gewährleisten“, mahnt er. Komfort in der Nutzung bei gleichzeitig hohem Sicherheitslevel sind die beiden für den Anwender ausschlaggebenden Aspekte bei der verstärkten Nutzung Internet-basierter Dienstleistungen. □

Digitaler Städte-Atlas entwickelt

EU-Kommission und Mitgliedstaaten haben mit Hilfe der europäischen Raumfahrttechnik einen Städte-Atlas erstellt. Der aus Satellitenaufnahmen zusammengestellte „Urban Atlas“ liefert zuverlässige und vergleichbare Stadtplanungsdaten. Das neue Instrument macht detailreiche und kostengünstige digitale Karten verfügbar.

Damit garantiert der Städte-Atlas, dass für Stadtplaner genaueste Daten über Flächennutzung und Bodenbedeckung bereitstehen und Risiken und Chancen besser bewertet werden können - von Auswirkungen des Klimawandels bis hin zur Ermittlung neuen Bedarfs an Infrastruktureinrichtungen. In diesem Jahr werden 185 Städte aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten die Daten nutzen können, bis 2011 sollen alle Städte in der EU in diesem Städte-Atlas erfasst werden.

Der „Urban Atlas“ ist Teil der Durchführung der Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES). Sie wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 1 Million Euro finanziert und wird ihren Vollbetrieb voraussichtlich 2011 aufnehmen. Durch die Nutzung von Größenvorteilen sinken die Kartierungskosten je km² auf ein Zehntel der Kosten sonstiger Verfahren. Die Landkarten umfassen eine gesamteuropäische Systematik städtischer Gebiete. Somit wird die Gewinnung vergleichbarer Daten zur Siedlungsdichte in Wohn- und Industriegebieten, über Grünflächen und Überschwemmungsgebiete sowie die Überwachung der Ausbreitung der Städte ermöglicht. □

Unwetter-Warnservice für Kommunen

Ab sofort mit neuem Winterdienstservice

Die Versicherungskammer Bayern entwickelte gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Software- und Systemtechnik und dem Meteorologen Jörg Kachelmann (MeteoMedia AG) für ihre Kunden das elektronische Unwetterfrühwarnsystem WIND (Weather Information on Demand). Kommunen mit einem umfangreichen Versicherungsschutz bei der Versicherungskammer Bayern erhalten eine Grundausstattung von WIND kostenlos. Zusätzlich können weitere Abonnements gegen eine Gebühr erworben werden, beispielsweise wenn eine große Anzahl an Personen gewarnt oder mehrere „Beobachtungsposten“ in einem bestimmten Gebiet eingerichtet werden sollen.

Die Nutzer dieses Service können zum einen bestimmen, welche Wetterinformationen sie erhalten wollen, also ob Warnungen nur zur Art (z. B. Sturm, Gewitter, Schneefall etc.) oder auch zur Intensität des Unwetters (Windstärke, Schneefallmenge etc.) benötigt werden. Zum anderen können sie festlegen, zu welcher Zeit die Warnung eingehen soll, beispielsweise nur an Wochentagen. WIND liefert die Daten je nach Wunsch per E-Mail, SMS oder Fax für ein festgelegtes Gebiet auf Landkreis-, Postleitzahlen- oder Geokoordinatenebene.

Zugang zur Unwetterzentrale

Zum WIND-Service gehört außerdem der Zugang zum autorisierten Bereich der Unwetterzentrale (www.unwetterzentrale.de). Dort finden Nutzer Unwetterwarnungen für das gesamte Bundesgebiet mit aktuellen Niederschlagsradarbildern sowie Filmen und Karten mit den Niederschlagsmengen der Vergangenheit. Im Extranet der Versicherungskammer Bayern stehen zudem Informationen mit detaillierten Wetterprognosen wie Temperaturen, Windgeschwindigkeiten etc. für die nächsten fünf Tage zur Verfügung.

Die Versicherungskammer

Bayern arbeitet kontinuierlich an der Verbesserung und Erweiterung von WIND. In Zusammenarbeit mit den Meteorologen der Meteomedia AG hat der größte öffentliche Versicherer nun einen exklusiven Winterdienstservice aufgebaut. Er steht ab sofort zur Verfügung.

Der Winterdienstservice liefert Informationen über Niederschlagsintensität, Neuschneemenge, Schneefallgrenze, Temperatur, Wind, Glättegefahr, Gefahr überfrierender Nässe, möglichen Bodenfrost sowie die Aussichten für die nächsten drei Tage. Besonders im Bauhofbereich (Räum- und Streudienste) sind diese Daten äußerst wichtig. Die Winterdienstsaison läuft jährlich zwischen dem 1. November und dem 31. März. Abonnenten erhalten in diesem Zeitraum täglich gegen 4 Uhr morgens eine E-Mail bzw. ein Fax mit den aktuellen Winterdienstinformationen.

Die Anmeldung für WIND erfolgt über das Extranet der Versicherungskammer Bayern unter www.vkb-extranet.de. Der Zugang zu dieser Plattform stellt gleichzeitig die technische Voraussetzung für die Nutzung von WIND dar. Für den Winterdienstservice können sich Kommunen unter www.versicherungskammer-bayern.de > Service > Wind & Wetter anmelden. □

Es gibt einen sicheren Weg bei der Umstellung auf die

DOPPIK

führen Sie am besten mit DATEV ein. Schließlich sind wir nicht nur führend beim Rechnungswesen, sondern auch der Spezialist für ein zukunftsweisendes kommunales Finanzmanagement.

Wir begleiten Sie in allen Phasen der Umstellung auf die doppelte Buchführung: Mit leistungsstarker Software, einem umfassenden Projektmanagement und individuellen Serviceangeboten. Und auch anschließend, im laufenden Betrieb stehen wir Ihnen beratend zur Seite. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater, Ihrem Wirtschaftsprüfer oder unter der Telefonnummer 0800 0114348.

www.datev.de/kommunal

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.

CeBIT 2009 vom 3. bis 8. März in Hannover:

Treffpunkt der digitalen Welt

Vom 3. bis 8. März 2009 trifft sich die digitale Welt in Hannover auf der bedeutendsten Messe für Informations- und Telekommunikationstechnik. Die Angebotspalette reicht von der Unternehmens-Software über Navigationsgeräte bis hin zu wissenschaftlichen Zukunftsszenarien. Dabei orientieren sich zahlreiche Produkte und Dienstleistungen an den beiden Top-Themen, die im Jahr 2009 das Gesicht der CeBIT und damit der gesamten Branche prägen: Webciety und Green IT.

Die Schwerpunkte der CeBIT 2009 sind IT Infrastructure/Consumer Electronics, Business Processes, Communications, Telecommunications & Navigation, Automotive Solutions und Transport & Logistics, Internet & Mobile Solutions, Interactive Entertainment, Public Sector Parc, Public Infrastructure, TeleHealth/eHealth, future parc, CeBIT Security World, Banking & Finance sowie das Fachhandelszentrum Planet Reseller. Partnerstaat der CeBIT 2009 ist Kalifornien.

Der US-Bundesstaat Kalifornien ist im Jahr 2009 offizielles Partnerland der deutschen IT- und Telekommunikations-Branche und der CeBIT. Gouverneur Arnold Schwarzenegger wird die CeBIT gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnen.

Webciety

Unter dem Schlagwort Webciety macht die CeBIT die Internet-Gesellschaft zum Top-Thema. Denn ob „Cloud Computing“, „Open Source“, „Blogs“, „Wikis“, „Web TV“ oder „Social Networks“ - das Internet revolutioniert nahezu alle Geschäftsprozesse. An zahlreichen Beispielen und in der speziellen Webciety Area in Halle 6 zeigt die CeBIT, wie das Internet in alle Arbeits- und Lebensbereiche hineinreicht und welche neuen Lösungen die Netzwelt in Zukunft prägen.

eGovernment und Infrastruktur

Im Public Sector Parc in Halle 9 findet man zukunftsweisende ITK- und Verwaltungslösungen für den öffentlichen Bereich. Die Public Infrastructure in Halle 8 widmet sich Lösungen rund um Planung, Finanzierung, Bau, Instandhaltung und Betrieb öffentlicher Infrastrukturen und bietet einen umfassenden Überblick über aktuelle Lösungen für Entscheider aus Kommunen.

Der kommunale Investitionsbedarf für technische Infrastrukturen liegt in Deutschland bis zum Jahr 2020 bei rund 700 Milliarden Euro. Die notwendigen Investitionen in technische Infrastrukturen aber auch die zeitgemäße bürgernahe Ausstattung öffentlicher Gebäude mit ITK-

Technik sind Schwerpunkte der CeBIT.

Aktuelle Themenfelder der spezialisierten Kongressmesse Public Infrastructure sind unter anderem: demografische Entwicklung, Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum, Stadtplanung, Public Private Partnership (PPP) und private Finanzierung sowie Management und Services für öffentliche Infrastrukturen.

Sicherheit

Auch Sicherheit und Ordnung sind wesentliche Kriterien für die Standortqualität. Dieser Thematik widmet sich das Forum „Sicherheit und Ordnung“ im Rahmen der Public Infrastructure. Schwerpunkte wie Sicherheit bei der Stadtplanung, kommunale Sicherheit und Vergabe von öffentlichen Sicherheitsdienstleistungen sowie Erläuterungen zum europäischen Homeland Security-Konzept liefern Experten von Polizei, Ordnungsämtern, Institutionen des Bevölkerungsschutzes, der Katastrophenhilfe und Hilfsorganisationen sowie der privaten Sicherheitsbranche wichtige Impulse.

Effiziente Verwaltung

Auf Lösungen für effiziente Verwaltungsabläufe sowie produktivere Arbeitsbedingungen für öffentliches Management ist der Public Sector Parc spezialisiert. Themenschwerpunkte sind unter anderem die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die einheitliche Behördenrufnummer D115, die Einführung des neuen kommunalen Finanz- und Rechnungswesens sowie Effizienz im öffentlichen Beschaffungswesen.

Kommunaltage

Wie einfach, schnell und effizient die Kommunikation mit dem Staat sein kann, zeigt die neue Sonderveranstaltung „Bürger trifft Behörde“. Zudem werden in Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden der Länder auch heuer wieder die CeBIT-Kommunaltage ausgerichtet, zu denen zahlreiche kommunale Delegationen, Bürgermeister, Landräte und Amtsleiter erwartet werden.

Telematik und Navigation

Neue Lösungen rund um das Thema Telematik und Navigation werden gezeigt. Zu sehen sind u. a. intelligente Verkehrsnetze mit serviceorientierten Angeboten für den öffentlichen Verkehr und kostengünstige Verfahren zur Erfassung von Verkehrsströmen. Ganz neue Dienste verspricht „Floating Car Data“: zum Beispiel lokale Warnungen vor Baustellen, Unfällen oder Falschfahren, aber auch Hinweise auf plötzlich auftretendes Glatteis. Angeboten wird auch was im Bereich „Autonomes Fahren“ technologisch möglich ist.

Neue Netbooks und Digitalkameras mit GPS-Ortung

Zu sehen sind auch die nächste Generation der Taschen-PCs - mit neuen Features und verbesserter Ausstattung. Mal schnell im Internet surfen, in der Hotel-Lounge eine Präsentation bearbeiten oder eMails im Restaurant abrufen - die neuen Netbooks machen's möglich. Spannend dürften auch neue DigiCams sein, die mit einem GPS-Satellitennavigations-Chip und einem WLAN-Modul für den drahtlosen Internetzugang ausgestattet sind.

Sicherheit, Gesundheit und Lernen

Das Angebot der „CeBIT Security World“ reicht von Anti-Virus-Applikationen über Authentifizierungs-Tools und Kartentechnologien über Mobile Security bis zur Netzwerksicherheit. Dazu

MACH-Software:

Kunden- und Nutzenorientierung

Der Spezialist für Public Management und eGovernment baut insbesondere die Web-basierten Funktionen der integrierten ERP-Software aus

Einen nutzungsfokussierten Ausbau der Funktionen, mehr Flexibilität in der Bedienung und eine an vielen Stellen optimierte Programmlogik - das bietet die neue Version der integrierten MACH Software. Die Erweiterungen gehen Hand in Hand mit den spezifischen Anforderungen der Kunden aus dem öffentlichen Bereich.

Im Dialog mit zahlreichen Behörden ist ein Konzept zum Re-Design der F15-z-Schnittstelle entstanden. Über dieses Verfahren wickeln Bundeseinrichtungen ihren Zahlungsverkehr mit der Bundeskasse (HKR-Verfahren) und dem Zahlungsüberwachungsverfahren (ZÜV) auf elektronischem

kommen Lösungen zur Videoüberwachung und zum Gebäudeschutz. Ein Highlight ist die Abbildung eines funktionsfähigen Rechenzentrums mit all seinen sicherheitsrelevanten Aspekten.

Deutlich erweitert wird das Thema ITK in der Medizin mit der internationalen Kongressmesse TeleHealth. Unter dem Motto „Mensch - IT - Gesundheit“ werden die neuesten technologischen Lösungen und Methoden für den Gesundheitsmarkt vorgestellt.

Die Themenpalette bei eLearning und Wissensmanagement reicht von Social Software und Open Content über Personalisierung bis zu Game Based Learning. Namhafte Redner stellen die aktuellen Trendthemen auf dem Forum Learning & Knowledge Solutions vor.

Software zum Nulltarif

Den Trend hin zu quelloffenen Systemen greift die CeBIT erneut auf. Bei der „CeBIT Open Source“ findet man die neuesten lizenzfreien Software-Entwicklungen. Begleitet wird der Ausstellungsbereich von einem umfangreichen Vortragsprogramm.

IT-Business-Themen

Die führenden Hersteller von IT-Business-Lösungen präsentieren alle Facetten professioneller betriebswirtschaftlicher Lösungen. Dazu gehören zum Beispiel die neuesten Datenspeichersysteme, Lösungen und Konzepte zur digitalen Postbearbeitung, multifunktionale Drucker und Kopierer sowie Anwendungen aus den Bereichen Kundenbeziehungsmanagement, Enterprise Resource Planning, Business Intelligence und Enterprise Content Management. □

IT-Ressourcen systematisch verwalten

Kosten und Zeit sparen durch besseren Überblick über die EDV-Ausstattung

Der Zwang zu sparen und kostenbewusst mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen macht auch vor den kommunalen EDV-Abteilungen nicht Halt. Andererseits ist es nicht leicht, bei den IT-Kosten Einsparpotenziale aufzudecken, denn allzu groß ist die Gefahr, am falschen Ende zu sparen, dadurch den täglichen Betrieb zu behindern und letztlich Kosten zu verursachen.

Um bei den IT-Ausgaben richtige Entscheidungen zu treffen, ist eine umfassende und zeitnahe Verwaltung des vorhandenen Bestands an PCs und anderen IT-Ressourcen notwendig. Die Softwarelösung Quadriga-IT der Firma Quadriga Informatik aus Offenbach hilft bei dieser Aufgabe.

Nicht nur aus Kostengründen ist eine systematische Verwaltung der IT-Ressourcen zweckmäßig. Denn in den DV-Abteilungen stellen sich täglich Fragen, die einer raschen Antwort bedürfen: Wo steht welcher PC? Wie ist er mit Hard- und Software ausgestattet? Mit welcher Software haben die Anwender immer wieder Probleme? Wann läuft die Garantiefrist aus? Wie viele Lizenzen werden für ein neues Software-Update benötigt? Damit nicht unnötige Zeit bei Beantwortung dieser Fragen verloren geht, lohnt sich eine systematische Verwaltung der IT-Ressourcen.

Viele DV-Abteilungen verwalten Ihre PCs in einer Tabellenkalkulation oder einer selbst entwickelten Datenbank, die immer wieder notdürftig erweitert wird, obwohl der Alltagsbetrieb dafür eigentlich keine Zeit lässt. Quadriga-IT bietet dazu eine Alternative. Diese Lösung verwaltet in umfassender und bedienerfreundlicher Weise Hard- und Softwarekomponenten sowie die zugehörigen Anwender, Lieferanten, Räume, Verträge und Problemfälle.

Da sich Quadriga-IT durch frei definierbare Zusatzfelder an unterschiedliche Bedürfnisse anpassen lässt, eignet sich die Software auch zur Verwaltung von Gegenständen, die nicht zu den IT-Ressourcen gehören. Im Rathaus, im Bauhof, für die Schulen und sonstige kommunale Einrichtungen kann die Software als allgemeine Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und technisches Gerät genutzt werden.

Auf der CeBIT 2009 in Hannover können sich Besucher vom in Halle 6 an Stand A33 bei Quadriga Informatik einen Eindruck von der neuen Version der Software Quadriga-IT verschaffen. □

Web 2.0-Technologien für den öffentlichen Dienst

Der IBM Geschäftsbereich Öffentlicher Dienst auf der CeBIT 2009

Der globale Wettbewerb erfordert, dass sich auch der öffentliche Dienst eine moderne und auf Dialog und Wissensaustausch ausgerichtete Struktur geben muss. Um im internationalen und nationalen „Markt der Meinungen“ agieren zu können, müssen öffentliche Einrichtungen über die ganze Organisation hinweg innovativer werden und ihre internen und externen Kommunikationsprozesse fortlaufend optimieren.

Durch einen auf Web 2.0-Technologien basierenden Dialog mit den relevanten Meinungsmachern, Politikern und Journalisten können Pressestellen im öffentlichen Dienst auf deren Anforderungen im Tagesgeschäft schneller reagieren.

Just-in-time und zielgruppengerecht

Innerhalb eines Ministeriums zum Beispiel können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pressestelle Informationen einfacher finden, die entsprechenden Experten schneller identifizieren und ihre Kunden, die

präziser, zum Beispiel in der elektronischen Personalakte in Bezug auf Verträge, Vertragsversionen sowie Stellenzuordnungen. Gleichzeitig wurde der Funktionsumfang erweitert und die Praxistauglichkeit ausgebaut.

Neuer Standard

Ein effizientes Fristenmanagement gewährleistet die fristgerechte Aufgabenerledigung. Weiter investiert wurde auch in einen zukunftssicheren Standard: Für die sichere Langzeitarchivierung elektronischer Dokumente unterstützt der MACH Information Manager das ISO-zertifizierte Format PDF/A. Der besondere Pfiff dabei: Die Konvertierung in dieses universelle Format nutzt die Software gleichzeitig für die Vorschau im integrierten Viewer. □

Journalisten, nicht nur 'just-in-time' bedienen, sondern auch zielgruppengerechter antworten. Die mit Web 2.0-Technologien erweiterten Dialogmöglichkeiten und der abteilungs- bzw. referatsübergreifende Informations- und Wissensaustausch setzen das in einem Ministerium verteilte Innovations- und Kreativitätspotenzial frei und führen es zusammen. Anwendungsfelder von Web 2.0 Technologien beispielsweise in einem Ministerium sind neben der Pressestelle bzw. der Öffentlichkeitsarbeit auch die interne Kommunikation, die Weiterbildung, das Wissensmanagement und die Strategieentwicklung. Die IBM hat das tiefgreifende branchenspezifische Know-how, um Web 2.0-Lösungen einfach, sicher und zuverlässig zum Einsatz zu bringen.

Blogs und Wikis

Auf der CeBIT 2009 in Hannover zeigt der IBM Geschäftsbereich Öffentlicher Dienst im Public Sector Parc in Halle 9 auf dem Stand C67 beispielsweise das Bundeswehrportal für junge Wehrpflichtige, sowie in fünf praxisorientierten Szenarien, wie Web 2.0 eine Pressestelle im öffentlichen Dienst mit dem Einsatz von Technologien wie Blogs und Wikis für die Optimierung der Kommunikationsprozesse unterstützt. Die Lösungen werden auch auf dem IBM Stand A10 in Halle 2 gezeigt. □

Quadriga-IT

www.quadriga.de



Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- Diagramme zur Veranschaulichung von Daten aus Listen und Statistiken
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadriga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.

CeBIT 2009
03.-08.2009
Messe Hannover
Halle 6, Stand A33

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der CeBIT 2009.

Quadriga Informatik GmbH • Herrnstr. 57 • D-63065 Offenbach • Tel. 0(049)69.850030-0, Fax -99 • info@quadriga.de

sunhill technologies GmbH:

Mit allen Mobilfunk-Anbietern im Boot

Zwei namhafte Investoren mit eingestiegen – Handyparken in kompletter Fürther City möglich – Deutliche Aufstockung der Mitarbeiterzahl bis 2009

Erlangen / Fürth – Die sunhill technologies GmbH bleibt weiter auf Erfolgskurs. Zum Jahresende hat die Software- und Technologieschmiede mit Sitz in Bubenreuth und Erlangen nun auch O2 aus München als vierten und letzten Mobilfunkanbieter mit an Bord. „Wir mussten bei unseren Gesprächen nicht viel Überzeugungsarbeit leisten. Spätestens ab Sommer 2009 greift die Systempartnerschaft. Bis dahin werden von deren Seite die technischen Voraussetzungen geschaffen“, erläutert Geschäftsführer Matthias Mandelkow. Dies würde dann eine 100-prozentige Marktdeckung bedeuten.

sms&park soll nach den Vorstellungen der Erfinder von Deutschlands innovativstem und einzigem barrierefrei zertifizierten Handyparksystem, das ohne Anmeldung und Registrierung funktioniert, im kommenden Jahr bundesweit für Furore sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es laut Mandelkow „starke Partner“.

So konnten mit dem in der bayerischen Landeshauptstadt ansässigen renommierten Venture Capitalist MIG Verwaltungs AG (ausgerichtet auf Anlage- und

Fondsbeteiligungen im Bereich der Spitzentechnologie) und dem Hightech-Gründerfonds des Bundeswirtschaftsministeriums (mit namhaften Industriekonzerne und der KfW Mittelstandsbank) zwei wichtige Investoren gewonnen werden. „Sie haben unsere Aktivitäten besonders nach unserem zweiten Platz beim Businessplan-Wettbewerb des Netzwerks Nordbayern aufmerksam verfolgt. Wir sehen das als Bestätigung unserer Arbeit und weiteren Ansporn für die Zukunft“, erläutert Mit-Geschäftsführer Chri-

stopf Schwarzmichel mit berechtigtem Stolz.

„Wir möchten sunhill technologies mit seinem hohen Kreativ- und Leistungspotential dabei unterstützen, mit ihrer großartigen Erfindung den nationalen Durchbruch zu landen und innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre die Marktführerschaft auf dem Gebiet der mobilen Parkraumbewirtschaftung zu erobern“, macht MIG Verwaltungs AG-Vorstand Jürgen Kosch deutlich. „Vor allem hat uns die sehr einfache Bedienung überzeugt, welche die Grundvoraussetzung für eine breite Markteinführung ist. Wir planen, sunhill bei der weiteren Expansion nachhaltig zu begleiten“, fügte Kosch hinzu.

Technologiesprung

Hierzu ergänzt Schwarzmichel: Durch pfiffiges Know-how schaffen wir in Deutschland einen echten Technologiesprung, der sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entgegen dem allgemeinen Trend zum Wachstumsmotor entwickeln kann.“

Um diesen richtig anzukurbeln, wird schon in den kommenden Monaten personell aufgerüstet. „Wir werden bis Ende 2009 unse-

Regionalkonferenz in Augsburg:

„Breitband für Schwaben“

„Breitband“, die schnelle Datenübertragung im Internet, gewinnt ständig an Bedeutung. Bei einer von der Regierung bei allen schwäbischen Gemeinden durchgeführten Umfrage hat sich im Ergebnis gezeigt, dass in etwa 16 % der befragten Gemeinden sowohl Privathaushalte als auch Gewerbebetriebe ausreichend mit Breitband erschlossen sind. 79 % der befragten Gemeinden meldeten dagegen für ihr Gebiet bzw. einzelne Orts- oder Stadtteile Nachbesserungsbedarf.

Um den Ausbau der Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum zu unterstützen, hat der Freistaat Bayern ein Förderprogramm aufgestellt, das seit November 2008 vollständig in Kraft ist. Die ersten Förderbescheide zur anteiligen Finanzierung konkreter technischer Ausbaumaßnahmen vor Ort konnten bereits erlassen werden. Derzeit befinden sich in Schwaben knapp 45 Gemeinden im Verfahren zur Auswahl eines Breitbandversorgers mit Subventionierungsbedarf, so dass die Nachfrage nach Fördergeldern innerhalb der nächsten Wochen sicher stark ansteigen wird.

Um den Gemeinden den Umgang mit der Förderrichtlinie und den einschlägigen Fachfragen zu erleichtern und sie unmittelbar mit Breitbandversorgern in Kontakt zu bringen, hat Regierungspräsident Karl Michael Scheufele alle Bürgermeister und Landräte zur Regionalkonferenz „Breitband für Schwaben“ nach Augsburg eingeladen. Vertreter des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der vom Ministerium beauftragten Breitbandberatung, des Landesamtes für Umwelt sowie der Regierung informierten bei dieser Veranstaltung über fachliche und rechtliche Details. Vier schwäbische Gemeinden stellten zusammen mit Anbietern bereits gewählte oder angestrebte Breitbandlösungen vor.

In der Diskussion wurde auch deutlich, dass es ein „Patentrezept“, das für alle Gemeinden gerade im Hinblick auf die technischen Lösungen gleichermaßen gilt, nicht gibt. Die jeweilige Erschließung hängt von den individuellen Gegebenheiten in der Gemeinde ab.

Regierungspräsident Karl Michael Scheufele verwies wie-

re Manpower verstärken, von acht auf voraussichtlich 20 Mitarbeiter aufstocken, und unsere Räumlichkeiten im Innovations- und Gründerzentrum (IGZ) in Erlangen-Tennenlohe erweitern“, verriet Mandelkow. „Nachdem immer mehr Städte – insbesondere aus der Metropolregion – auf uns zukommen, müssen wir jetzt den Ausbau unseres Unternehmens massiv vorantreiben“, erläutert der gelernte Jurist.

Aktuell hat Fürth nach erfolgreicher Zwischenbilanz seit Einführung von sms&park im Februar mit „bis zu 25 Prozent Handyparknutzern an guten Tagen“ laut Wirtschaftsreferent Horst Müller das komplette Innenstadtbereich (Tarifzone 1, 350 Stellplätze) zur virtuellen Parkticket-Zone auserkoren. „Mein Bestreben ist, sms&park als innovative Idee aus unserer Region auf die gesamten Parkflächen von Fürth auszuweiten“, so der CSU-Kommunalpolitiker.

Erfolgreiche Zwischenbilanz

„Als Stadtverwaltung der Wissenschaftsstadt Fürth wollen wir in punkto Technologieorientierung und Innovationsfähigkeit Vorreiter sein. Aus diesem Grund haben wir uns schon sehr frühzeitig für die Pilotierung des innovativen Projekts „Handyparken“ auf einigen Parkbereichen in der Stadt festgelegt“, betont Müller.

Gute Chancen bestehen, dass sms&park in 2009 auch in Nürnberg starten kann. Ein entsprechender Stadtratsbeschluss auf Initiative von CSU-Stadtrat Marcus König hat bereits den Weg freigemacht.

„Das System sms&park kommt auch in Coburg gut an“, erklärt Oberbürgermeister Norbert Kastner. „Auch ohne viel Werbung wurden in nur wenigen Wochen mehr als 1000 Parkvorgänge mit dem Handy auf den ausgewiesenen Pilotparkflächen im Innenstadtbereich getätigt. Die Einführung des Handyparkens klappte nahezu optimal, unser Partner sunhill technologies setzte unsere individuellen Wünsche zeitnah um. Ich halte sms&park für ein sehr gutes und vor allen Dingen bürgerfreundliches Zusatzangebot und einen weiteren Schritt zur sinnvollen Nutzung neuer Technologien bzw. e-Government.“

Als zweite bayerische Kommune hat die Stadt Amberg im Sommer 2008 in der Altstadt das leicht zu handhabende Parkraumüberwachungssystem „sms&park“ eingeführt. Seither ist laut Rathauschef Wolfgang Dandorfer die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die diese Möglichkeit nutzen, kontinuierlich angestiegen. „Zwischenzeitlich lassen bereits zehn Prozent der Parkenden

ihre Gebühren mit der Handyrechnung abbuchen. Doch nicht nur mit dieser Entwicklung sind wir sehr zufrieden. Auch in puncto Zusammenarbeit mit der Firma sunhill technologies haben wir bisher ausgezeichnete Erfahrungen gemacht“, konstatierte Dandorfer.

Die beiden Unternehmenschefs Mandelkow und Schwarzmichel versichern, „dass jeder Parkvorgang, der über sms&park getätigt wird, unsere Stellung im bundesweiten Wettbewerb stärkt und somit eine Investition in Arbeitsplätze und damit nicht zuletzt in den langfristigen Ausbau des Technologie-Standorts Metropolregion Nürnberg darstellt“. Deren Fahnen hochhalten werden die Erfinder von sms&park in jedem Fall vom 3. bis 8. März 2009 bei der weltgrößten Fachmesse für Computer und Informationstechnik CeBIT in Hannover, bei der die Erlanger Start-up-Manager schon heuer erstmalig mit einem eigenen Stand vertreten waren.

Im Internet: www.sunhill-technologies.com

Neue Verkündungsplattform

Medienminister Schneider: „Bayern setzt Meilenstein bei elektronischer Verkündung amtlicher Dokumente“

Bayern baut sein eGovernment-Angebot weiter aus. Das kündigte Medienminister Siegfried Schneider in der Staatskanzlei beim Startschuss für die neue Verkündungsplattform zur elektronischen Verkündung der Amtsblätter der bayerischen Ministerien an.

Schneider: „Mit eGovernment machen wir unsere Verwaltung bürgernäher und leistungsfähiger. Gerade für unternehmerische Investitionsentscheidungen kommt es ganz entscheidend darauf an, beim Verwaltungshandeln noch schneller und effizienter zu werden. Die Chance und Möglichkeit, die das eGovernment dazu bietet, werden wir in Bayern konsequent nutzen.“

Entscheidender Standortfaktor

eGovernment bietet nach den Worten Schneiders einen entscheidenden Standortfaktor im globalen Wettbewerb, führt zu einer deutlichen Verbesserung des Leistungsangebotes der Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen rund um die Uhr und ist zugleich technische Voraussetzung für zahlreiche Maßnahmen der Verwaltungsreform. Schneider: „Staatliches Handeln muss vom Grundsatz der Subsidiarität getragen sein. Deswegen werden wir alle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung unter diesem Gesichtspunkt, aber auch im Hinblick auf Bürgerfreundlichkeit und Transparenz einer kritischen Überprüfung unterziehen.“

Die neue elektronische Verkündungsplattform unter www.verkuendung.bayern.de ist laut Schneider ein wichtiger Bestandteil der eGovernment-Initiative der Staatsregierung, die mit erfolgreichen Projekten wie der elektronischen Steuererklärung „Elster“, dem elektronischen Handelsregister „Registar“ oder der „Datenbank Bayern Recht“ bereits Maßstäbe gesetzt hat.

Freistaat als Vorreiter

Der Minister: „Nunmehr erfolgt der Rechtsakt der Verkündung für die Amtsblätter unserer Ministerien im Internet. Bayern ist mit der elektronischen Verkündung amtlicher Dokumente Vorreiter unter den Ländern in Deutschland und setzt hier einen Meilenstein.“ Die auf der Verkündungsplattform Bayern eingestellten Dokumente stehen ab dem Zeitpunkt der Verkündung jedermann kostenfrei zur Verfügung. Betrieben wird die Plattform von der Bayerischen Staatsbibliothek im Auftrag der Bayerischen Staatskanzlei. Den Rechnerbetrieb übernimmt das Leibniz-Rechenzentrum, die Anbindung an den Internetauftritt der Staatsregierung erfolgt durch das Rechenzentrum Süd.

„Virtuelle Poststelle“ im Landratsamt Kitzingen

Das Landratsamt Kitzingen hat gemeinsam mit dem Bechtle IT-Systemhaus die vorhandene E-Mail-Infrastruktur um eine so genannte virtuelle Poststelle erweitert. Bei bestimmten Absendern werden eingehende E-Mails über eine Signaturidentifikation auf Vertrauenswürdigkeit geprüft und verschlüsselte E-Mails dem Empfänger lesbar zur Verfügung gestellt.

Ausgehende E-Mail-Korrespondenz wird nach zuvor definierten hausinternen Regeln ebenso an bestimmte Empfänger versendet. Diese Policies regeln die Verwendung der Signaturen ebenso wie die elektronische Verschlüsselung anhand sensibler Informationen. Primäres Ziel der Entwicklung ist es, den praktischen Einsatz von Kryptographie im E-Government zu vereinfachen.

„BundOnline 2005“

Die virtuelle Poststelle ist Teil der E-Government-Initiative der Bundesregierung „BundOnline 2005“, deren Umsetzung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) koordiniert wird. Die virtuelle Poststelle stellt kryptographische Dienste innerhalb der Behörde zentral bereit und bündelt das Thema Datensicherheit. Das System ist damit nicht mehr von Einzelanwendungen bei den Mitarbeitern abhängig.

Ziel der Initiative ist es, eine sichere und nachvollziehbare Kommunikation auf elektronischem Weg zu gewährleisten und zwar in dem Maß, wie sie bei traditioneller Postzustellung oder bei konventionellen Behördengängen erfolgt. Gleichzeitig muss der gesamte elektronische Datenaustausch rechtsverbindlich möglich sein. Dabei kommt insbesondere der qualifizierten Signatur eine bedeutende Rolle zu. Bei den Mail-Komponenten fiel die Entscheidung auf das Produkt JULIA MailOffice der ICC GmbH.

Klare Vorteile

JULIA MailOffice ist eine serverbasierte Lösung zum Versenden und Entschlüsseln von E-Mails sowie zur zentralen Signatur und Signaturprüfung. Die virtuelle Poststelle verlagert die aufwändigen Prozesse einer Client-Verschlüsselung auf ein zentrales System. Die Vorteile liegen neben der Kostenersparnis insbesondere im wesentlich geringeren Administrationsaufwand.

Die Implementierung der Technologie erfolgte durch das Bechtle IT-Systemhaus Würzburg, einem langjährigen Partner des Landratsamtes Kitzingen. Thomas Langhoyer, Leiter des Sachgebietes EDV am Landratsamt Kitzingen, nennt ein praktisches Beispiel: „Datensicherheit spielt insbesondere bei kritischen Informationen eine große Rolle, die nicht ungesteuert in die Öffentlichkeit geraten dürfen. Das betrifft derzeit beispielsweise Mails des Katastrophenschutzes oder Rundschreiben des Bayerischen Landesamtes für Verbraucherschutz zu , die nun zentral signiert und verschlüsselt empfangen und gesendet werden können.“

Der Mitarbeiter in der Verwaltung wird damit in seiner täglichen Arbeit von diesen komplexen Sicherheitsaufgaben entlastet. Allerdings bleibt, aufgrund der fehlenden Verbreitung, eine Nutzung zunächst auf die innere Verwaltung im Bayerischen Behördennetz beschränkt, bis entsprechende Anwendungen eine Erweiterung des Einsatzes notwendig machen.

EU-Forderung erfüllt

Mit der Umsetzung des Projekts nimmt das Landratsamt Kitzingen laut Landrätin Tamara Bischof eine Vorreiterrolle in Bayern ein und erfüllt zugleich eine Forderung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR).

„Bis Ende Dezember 2009 ist die EU-DLR umzusetzen. Das stellt die Öffentliche Verwaltung und deren IT vor große Aufgaben“, erläutert Marc Bonkosch, Vertrieb Öffentliche Auftraggeber bei Bechtle in Würzburg. „Die erste von drei Umsetzungsstufen fordert vor allem die medienbruchfreie Kommunikation der Beteiligten. Dazu ist der Einsatz einer so genannten Virtuellen Poststelle, wie die Julia MailOffice Lösung des Landratsamtes Kitzingen notwendig. Sie ist ein Grundstein für den weiteren Weg hin zum E-Government im Landkreis Kitzingen.“

Neuer Kommentar zur Bayerischen Verfassung



Der neue Kommentar

bietet eine ebenso aktuelle wie praxisgerechte Erläuterung der Bayerischen Verfassung.

Das Werk:

- orientiert sich an der Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
- zeigt die Unterschiede zum Verfassungsrecht des Bundes auf

- kommentiert die Artikel entsprechend ihrer unterschiedlichen Praxisrelevanz
- setzt Schwerpunkte bei aktuellen Themen.

Geschrieben für

Rechtsanwälte, Richter, Behörden, den Landtag samt Landtagsfraktionen, für Parteien, Studierende und Rechtsreferendare.

Von Dr. Josef Franz Lindner, Prof. Dr. Markus Möstl und Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff 2009. XX, 1180 Seiten. Gebunden € 110,- ISBN 978-3-406-57595-2

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei: beck-shop.de oder Verlag C.H. Beck · 80791 München Fax: 089/38189-402 · www.beck.de



Dr. Andreas Kopton neuer „Dirigent“ der IHK Schwaben

Spitzenverantwortung für schwäbische Wirtschaft übernommen
Seehofer überreicht Hannelore Leimer das Bundesverdienstkreuz I. Klasse

Augsburg (jdt). Der prominenteste Gratulant für den neu gewählten Präsidenten der IHK Schwaben, Dr. Andreas Kopton (Harburg), war beim großen Neujahrsempfang im Haus der Industrie- und Handelskammer in Augsburg der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Er würdigte nach seinem herzlichen Glückwunsch an Kopton dessen Ankündigung, sich als engagierter Vorkämpfer, sozusagen als „Dirigent und Vorturner“, die IHK und die schwäbische Wirtschaft zu betätigen.

Die bisherige IHK-Präsidentin Hannelore Leimer, die 14 Jahre lang als einzige Frau in Deutschland das verantwortungsvolle Ehrenamt als Kammerpräsidentin innehatte, wurde von der Vollversammlung mit dem Titel „Ehrenpräsidentin“ ausgezeichnet. Eine herausragende Ehrung durch Seehofer kam dazu: Er überreichte Hannelore Leimer das Bundesverdienstkreuz I. Klasse.

Leimers Wirken

Erster Redner war nach dem stimmungsvollen Auftakt mit den Augsburger Domsingknaben der IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Saalfrank. Er würdigte mit hoher Anerkennung das Wirken von Hannelore Leimer im Namen der rund 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IHK.

In seiner Antrittsrede als IHK-Präsident betonte Dr.

Kopton, seine Vorgängerin habe vorbildhaft, effektiv in ihrem Einsatz für die Kammer und deren Mitglieder und dabei eine charmante Ausstrahlung gehabt. Dank sagte Kopton seiner Frau und seinen drei Kindern für die Zustimmung zu seiner neuen Verantwortung. Hingewiesen wurde von ihm auf seine berufliche und persönliche Entwicklung, nicht ohne Humor auf die neue Deutung von „IHK“ hinweisend: „Ich heiße Kopton“. Als Vorstand der HPC HARRESC PICKEL CONSULT AG trägt Dr. Kopton Führungsverantwortung für 350 Mitarbeiter in acht europäischen Ländern.

Zentrale Aufgaben

Als zentrale Aufgaben der IHK bezeichnete er Bildung, Beraten und Bündelung. Hervorragend sei der Einsatz der IHK in dem starken Standort

Schwaben im Bereich der Ausbildung, mit besonderem Engagement auch der ehrenamtlichen Kräfte aus den Reihen der Unternehmer.

„Blick nach vorne“

Professor Dr. Erich Greipl, Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages, äußerte in seiner Rede Hochachtung und Bewunderung für die bisherige Präsidentin Hannelore Leimer („Wir werden Sie sehr vermissen“). Ungeachtet ihres Charmes habe sie sich kämpferisch für Schwaben engagiert. Greipl äußerte seine Gewissheit, dass das Erbe von Frau Leimer bei Dr. Kopton in besten Händen sei, mit dem „Blick nach vorne“.

Pioniergeist gewürdigt

In seiner Festrede bezeichnete Ministerpräsident Seehofer die bisherige Präsidentin als „eine Ausnahmeerscheinung mit Pioniergeist“. Sie habe bleibende Spuren hinterlassen, bei der Ausrichtung der Kammer auf viele Herausforderungen und für die in anderen Bundesländern als beispielhaft empfundene Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft. Herausgestellt wurden von Seehofer u. a. die Technologieoffensive Schwaben, die regionale Verankerung der IHK und das „Bildungshaus“. Im hohen Maße verdient gemacht habe sich Hannelore Leimer um die schwäbische und bayerische Wirtschaft. Dafür gebühre ihr ein besonderes „Vergelt's Gott“.

Dank für „Verzicht auf Jammern“

Den Repräsentanten der IHK und Schwabens versicherte der Ministerpräsident unter starkem Beifall, er werde dem ganz hervorragenden Wirtschaftsraum



„Schwaben wird gestärkt“ versicherte Ministerpräsident Horst Seehofer, der nach der Vollversammlung der IHK in Augsburg beim folgenden Neujahrsempfang die Festansprache hielt (von links): Europaabgeordneter Markus Ferber, der neue IHK-Präsident Dr. Andreas Kopton, Ehrenpräsidentin Hannelore Leimer, Landrat Stefan Rößle, Ministerpräsident Seehofer, der Fraktionsvorsitzende der CSU im Landtag, Georg Schmid.

zwischen Ries, Augsburg und Allgäu die ihm zustehende Aufmerksamkeit und auch zugesagte Förderung von Zukunftsprojekten zuteil werden lassen. Dem neuen Präsidenten Dr. Kopton gratulierte Horst Seehofer zu seiner sehr ehrenvollen Berufung und ausdrücklich dankend dafür, dass der Harburger Unternehmer in seiner Rede ausdrücklich den „Verzicht auf Jammern“ angekündigt habe.

Frauen verändern die Welt...

In ihrer Dankesrede betonte Hannelore Leimer den besonderen Rang der Selbstverwaltung der Wirtschaft, zugleich die Frauen auffordernd, sich noch stärker im öffentlichen Leben zu engagieren: „Frauen verändern die Welt zum Guten“.

Ehrengäste

Unter den Ehrengästen beim Neujahrsempfang der IHK waren, u. a. Justizministerin Beate Merk, Bischof Dr. Walter Mixa, der neue evangelische Regionalbischof Michael Grabow, der Fraktionsvorsitzende der CSU im Landtag, Georg Schmid, der Europaabgeordnete Markus Ferber, Bezirkstagspräsident

Jürgen Reichert, Handwerkskammerpräsident Manfred Rudel, Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, der Augsburger Oberbürgermeister Kurt Gribl und zahlreiche Kommunalpolitiker aus ganz Schwaben.

83 von 84 Stimmen

Vor dem Neujahrsempfang trat erstmals die neugewählte Vollversammlung der IHK zusammen. Bei seiner Wahl erhielt Dr. Kopton als neuer Präsident einen großen Vertrauensbeweis mit 83 von 84 Stimmen. In den Präsidiumsentscheidungen wurden die drei Augs-

burger Christian Dierig, Professor Gerd Finkbeiner und Dr. Sebastian Priller sowie Wolfgang E. Schultz (Memmingen) gewählt. Hinzu kam die Berufung von 11 regionalen Vizepräsidenten.

Die Ehrenmitgliedschaft der IHK wurde zwei verdienten Unternehmern verliehen, dem Präsidenten des Bayerischen Genossenschaftsverbandes, Leonhard Dunstheimer aus Nördlingen (gewürdigt als hervorragender „Vor- und Querdenker“) und Walter Ernst, Geschäftsführer der Grünbeck Wasseraufbereitung GmbH in Höchstädt (als verdienter Umweltbotschafter). □

Augsburger Klimaschutzbericht:

Neun Punkte für die Klimaoffensive

Den bisherigen Fortschritt der Klimaschutzbemühungen in Augsburg bilanziert der soeben vorgelegte Klimaschutzbericht 2008. Die 36-seitige Kurzfassung ist kostenlos in der Bürgerinformation im Rathaus, im Umweltamt sowie in den Bürgerbüros Haunstetten und Lechhausen erhältlich.

Mit dem Beitritt zum Klimaschutzbündnis hat sich die Stadt Augsburg anderen Kommunen mit dem Ziel angeschlossen, eine Minderung der CO₂-Emissionen zu erreichen. Um für die einzelnen Sektoren in Augsburg konkrete CO₂-Minderungsziele aufzustellen und die dazu notwendigen Maßnahmen ableiten zu können, wurde ein CO₂-Minderungskonzept in Auftrag gegeben und 2004 fertig gestellt.

Erster Bericht 2006

Der erste Klimaschutzbericht 2006 schloss sich an und beleuchtet das Vorgehen, den notwendigen Netzwerkaufbau und erste wichtige Projekte für die langfristige und komplexe Aufgabe Klimaschutz in Augsburg. Der Bericht 2008 setzt die Berichterstattung von 2006 fort, bilanziert den bisherigen Fortschritt der Klimaschutzbemühungen und legt einen 9-Punkte-Plan vor.

Synergieeffekte

Kapitel 1 der vorliegenden Kurzfassung des Klimaschutzberichtes bringt zentrale Beispiele aus der Maßnahmenbilanz. Die Abteilung Klimaschutz des Umweltamtes Augsburg begleitet die Umsetzung dieser Maßnahmen und nutzt dabei die Synergieeffekte aus der Agenda-21-Arbeit in Augsburg und die Erfahrungen anderer Klimaschutzkommunen.

Im Bilanzierungszeitraum 2001 bis 2006 konnten in Augsburg die leitungsgebundenen CO₂-Emissionen (einschließlich der

CO₂-Äquivalenten) pro Einwohner um rund 6 % reduziert werden. Das ist das wichtigste Ergebnis des Bilanzierungskapitels 2. Das Fünfjahresziel der CO₂-Reduzierung um 10 % wurde allerdings nicht erreicht. Um die Klimaziele der nächsten Jahre zu erreichen, müssen die Klimaschutzaktivitäten erfolgreich ausgebaut und verstärkt werden.

Klimapakt der Wirtschaft

Als Konsequenz aus den Ergebnissen der Bilanzierung legt das Umweltamt Augsburg in Absprache mit der Fachkommission CO₂-Minderung einen 9-Punkte-Plan zur Klimaoffensive Augsburg vor:

- Gemeinsam für den Klimaschutz in Augsburg
- Der Augsburger Energiestandard
- Energie und Geld sparen in jedem Haushalt
- Klimapakt der Augsburger Wirtschaft
- Energieeffizienz in Gewerbe, Handwerk, Handel, Dienstleistung
- Große Gebäude - energetisch optimiert
- Energieversorger als Energiedienstleister
- Ein Netzwerk für erneuerbare Energien
- Zukunftsfähige Mobilität für alle.

Mit diesen neun Punkten werden Ziele und Maßnahmenvorschläge aus dem CO₂-Minderungskonzept von 2004 zusammengefasst und Prioritäten gesetzt. Umsetzungszeitraum sollen die Jahre 2008 bis 2013 sein. **DK**

Eintreten für den Erhalt der Bezirksregierung

Bad Staffelstein. Der Bezirksverband Oberfranken des Bayerischen Landkreistages, dem alle oberfränkischen Landräte angehören, fasste in seiner ersten Sitzung im Jahr 2009 eine Resolution zum Erhalt der Bezirksregierungen. Das Konjunkturpaket II muss aus Sicht der Landräte noch korrigiert und konkretisiert werden.

Eine umfangreiche Tagesordnung hatte der Bezirksverband Oberfranken des Bayerischen Landkreistages in der vergangenen Woche zu bearbeiten. Land-

bezeichneten die oberfränkischen Landräte die Bezirksregierungen als mittlere Verwaltungsebene und Bündelungsbehörde. „Die Bezirksregierungen sollten deshalb, auch unter dem Aspekt einer Stärkung des ländlichen Raumes und einer ortsnahe Verwaltung, bei der Reformdiskussion nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden“, so der Resolutionstext abschließend.

Konjunkturpaket II

Weiterer Tagesordnungspunkt waren die zu erwartenden Auswirkungen des Konjunkturpaketes II auf die Landkreise. Dabei wurden eine Reihe von Forderungen erhoben, die der Bayerische Landkreistag in die zuständigen Gremien tragen soll. Insbesondere muss eine Regelung gefunden werden, wie vor allem auch finanzschwache Kommunen von dem Förderprogramm profitieren können.

Verkehrsinfrastruktur

Auf Einladung des Vorsitzenden, Landrat Reinhard Leutner, gab Ministerialdirigent Karl Wiebel von der Obersten Baubehörde (Innenministerium) aktuelle Informationen zur Verkehrsinfrastruktur in Oberfranken. Dabei ging er insbesondere auf die Finanzierung von Straßenbauprojekten im staatlichen und kommunalen Bereich ein. Laut Wiebel stehen oberfrankenweit im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 59 Projekte mit Gesamtkosten in Höhe von 2.280 Mio. Euro. Im Ausbauplan für die Staatsstraßen sind 96 Projekte mit Kosten von rund 266 Mio. Euro genannt. □



Reinhard Leutner. □

rat Reinhard Leutner hatte als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberfranken die oberfränkischen Landräte zu einer Arbeitstagung nach Bad Staffelstein eingeladen. Im Beisein von Regierungspräsident Wilhelm Wenning und dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied Johannes Reile vom Bayerischen Landkreistag forderten die Kreischefs erneut eine moderne und schlanke Verwaltung, einfachere und schnellere Verwaltungsverfahren sowie eine Konzentration der Zuständigkeiten. Dabei begrüßen sie die Bestrebungen der Bayerische Staatsregierung, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und dazu weitere Aufgaben aus der Staatsverwaltung auf die Landratsämter zu übertragen. Als unverzichtbar

Einstimmiger Stadtratsbeschluss:

Ingolstadt führt Freiwilligen-Pass ein

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig die Einführung eines städtischen Freiwilligen-Passes beschlossen. Der Freiwilligen-Pass dient als Nachweis ehrenamtlich erbrachter Tätigkeiten und der dabei erworbenen Kompetenzen. Der Freiwilligen-Pass belegt und würdigt somit das ehrenamtliche Engagement.

Er gibt Auskunft, welche Erfahrungen durch bestimmte Tätigkeiten erworben und welche Verantwortung übernommen wurde. Dieser Nachweis kann für den Berufseinstieg, das berufliche Fortkommen oder den Wiedereinstieg in das Berufsleben von Nutzen sein.

Der Ingolstädter Freiwilligen-Pass wird kostenlos von der Stadt Ingolstadt ausgegeben und steht allen in Ingolstadt ehrenamtlich Tätigen zur Verfügung.

Im Freiwilligen-Pass kann ein Vertreter der jeweiligen Einrichtung, bei der das Engagement erbracht wird, die ehrenamtliche Tätigkeit bestätigen. Für den Inhalt und die Richtigkeit der Angaben ist somit die jeweilige Einrichtung selbst verantwortlich. Zusätzlich zur Tätigkeitsbeschreibung werden auch der Zeitraum der ausgeübten Tätigkeiten und die Stundenzahl (Stunden pro Woche oder Jahr bzw. des Gesamtprojektes) erfasst.

Die zu bestätigende Tätigkeit soll folgende Kriterien erfüllen: Sie wurde ehrenamtlich und in der Freizeit ausgeübt. Und sie hat einen positiven Effekt für Dritte und ist dem Gemeinwohl förderlich. Der Freiwilligenpass ist nicht zu verwechseln mit einer Ehrenamtskarte. Der Freiwilligen-Pass dient als Nachweis ehrenamtlich erbrachter Tätigkeiten und dabei erworbener Kompetenzen, während die Ehrenamtskarte Vergünstigungen für ehrenamtlich Tätige ermöglicht.

Die neue Staatsregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung die Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte angekündigt. Die Einführung einer Ehrenamtskarte wird im Zusammenhang mit einer landesweiten Karte behandelt werden. □

Kommunale Umweltpolitik in Ingolstadt:

Hoher Stellenwert

Regionale ‚Biodiversitätsstrategie‘ im Visier

In seiner Haushaltsrede hat Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann die Bedeutung kommunaler Umweltpolitik hervorgehoben. „Der Schutz des Klimas und die Reinhaltung der Luft bildeten neben dem Naturschutz in den letzten Jahren die Schwerpunkte unserer umweltpolitischen Arbeit in Ingolstadt. Die Stadt ist bereits seit 1992 Mitglied im ‚Klimabündnis der europäischen Städte‘. 1996 hat der Stadtrat das ‚Ingolstädter Programm zur CO₂-Minderung‘ auf den Weg gebracht. Vieles wurde seit dem umgesetzt“, stellte der Rathauschef fest.

Beispielhaft nannte Lehmann das Energiemanagement des Hochbauamtes, die ökologische Liegenschaftspolitik, die Förderung von Solarkollektoranlagen sowie die Erhöhung des Fernwärmeanteils bei den Gebäudeheizungen. Die Fernwärmeabgabe der MVA konnte so gesteigert werden, dass man damit rund 60.000 Tonnen CO₂ jährlich einsparen kann.

Einen großen Beitrag leistet auch die energetische Gebäudesanierung an Schulen. An vier Schulen und einer Turnhalle

wurde sie bereits 2007 umgesetzt, drei Schulen kamen 2008 dazu. Die Verbrauchsauswertungen der Schulen, die bereits im vergangenen Jahr saniert wurden zeigen, dass die prognostizierte Energieeinsparung von ca. 30 Prozent erreicht werden konnte.

Vier Bausteine

Vor dem Hintergrund aktueller Klimadiskussionen wurde im Juni 2007 laut Lehmann der städtische Klimaschutz durch

das ‚Ingolstädter 20-Punkte-Klimaschutzprogramm‘ fortgeschrieben und neu aufgelegt. Die städtische Klimapolitik setzt vorrangig auf folgende vier Bausteine, denen alle Maßnahmen des 20-Punkte-Programms zugeordnet werden können: 1. Energie nicht verschwenden, 2. Rationelle Energienutzung und Energieumwandlung, 3. Einsatz regenerativer Energieträger, 4. Substitution kohlenstoffreicher durch kohlenstoffärmere Energieträger.

Maßnahmen

Wie der OB weiter berichtete, „konnten erfreulicherweise bereits jetzt eineinhalb Jahre nach Beschluss des Programms viele Maßnahmen eingeleitet und auch umgesetzt werden“. Dazu zählen:

- Für Passivhaus- und Energiesparhauserrichtung wurde ein Förderprogramm beschlossen.
- Für die bereits erwähnten energetischen Maßnahmen an Schulen werden insgesamt Mittel in Höhe von 17 Millionen Euro eingesetzt.
- Für Photovoltaikanlagen werden städtische Dachflächen genutzt.

Verkehrsbetriebe

Auch bei den städtischen Verkehrsbetrieben nimmt der Umwelt- und Klimaschutz einen hohen Stellenwert ein. So hat die Ingolstädter Verkehrsgesellschaft INVG seit 2007 insgesamt elf Busse mit dem strengen Abgasreinigungsstandard EURO 5 beschafft, obwohl diese Vorschrift erst Ende 2009 in Kraft treten wird. Die EURO 5 Busse sind nicht nur abgasreduziert, sondern auch deutlich leiser als ihre Vorgänger und verbrauchen auch noch weniger Kraftstoff. Es ist geplant, in den nächsten Jahren die gesamte Busflotte der INVG auf den EURO 5 Standard umzurüsten.

Stadtwerke

Mit der Errichtung einer Biogasanlage bzw. einer Anlage zur anaeroben Vergärung biogener Abfälle wollen zudem die Stadtwerke und die Ingolstädter Kommunalbetriebe ihren Beitrag zu den lokalen Klimaschutzinitiativen leisten. Allein die Verwertung des Biomülls über eine Vergärungsstufe kann mittelfristig den Bedarf an fossiler Energie von 250 Einfamilienhäusern ersetzen.

Ein anderes wichtiges Umweltthema ist der Feinstaub in Ingolstadt. Im Oktober 2007 hat das Bayerische Umweltministerium für die oberbayerische Stadt einen Luftreinhalte-Aktionsplan erlassen. Der Plan beinhaltet 12 bereits eingeleitete oder konkret geplante Maßnahmen. Auch hier konnte Lehmann berichten, dass bereits eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt worden ist.

Naturschutz

Stichwort Naturschutz: Der Bayerische Ministerrat hat am 1. April 2008 eine Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Bayern, die ‚Bayerische Biodiversitätsstrategie‘, beschlossen, zu deren Umsetzung Ingolstadt auch auf lokaler Ebene mittels einer ‚Ingolstädter Biodiversitätsstrategie‘ beitragen will.

Biologische Vielfalt

Zum Erhalt der biologischen Vielfalt hat Ingolstadt laut OB Lehmann in den vergangenen Jahren bzw. Jahrzehnten umfangreiche Grundlagenarbeit geleistet, zum Beispiel die 2005 aktualisierte Stadtbiotopkartierung, den Landschaftsplan, das Lohenprogramm, das Schuttermoosprogramm und nicht zuletzt das Projekt ‚Dynamisierung der Donauauen‘.

„Wir haben auch ohne hierzu gesetzlich verpflichtet zu sein, schon sehr frühzeitig und zunächst freiwillig in großem Umfang, nämlich auf 340 Hektar, einen Ausgleich für unvermeidbare Eingriffe geschaffen.“ Sehen lassen könne sich auch das städtische Erstaufforstungsprogramm. Seit 1997 konnten 43 Grundstücke mit einer Fläche von rund 25 Hektar aufgeforstet werden.

Abfallbeseitigung

Ein wichtiges Thema zur Nachhaltigkeit ist auch die Abfallbeseitigung. Ingolstadt ist mit der geringsten Restmüllmenge je Einwohner im Vergleich mit den anderen großen Städten Bayerns sehr gut positioniert, wie der Rathauschef mitteilte. Derzeit werden im Gebiet des Zweckverbands Müllverwertungsanlage Ingolstadt ca. 66 Prozent aller Hausmüllabfälle stofflich verwertet, der Rest geht in die MVA Ingolstadt zur weiteren energetischen Nutzung.

Durch die Verbrennung von Abfällen werden beachtliche Mengen an Strom und Wärme produziert. Mit der von der MVA bereitgestellten Strommenge können alle privaten Haushalte in Ingolstadt versorgt werden, mit der Wärme mindestens 30.000 Einfamilienhaushalte. **DO**

Jahresgespräch der Stadt Fürth:

Stärken weiter ausbauen

Einen neuen Rekordbesuch hatte das diesjährige Jahresgespräch der Stadt Fürth zu verzeichnen: Über 1000 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Gesellschaft waren der Einladung in die Stadthalle gefolgt.

Im Mittelpunkt der Rede von Oberbürgermeister Thomas Jung und der anschließenden Gespräche standen die Vorhaben Fürths für 2009 sowie mögliche Auswirkungen der Finanz- und Konjunkturkrise. Jung betonte, dass die Stadt ihre Stärken als Denkmalstadt, Solarstadt, sicherste Großstadt und Wissenschaftsstadt weiter ausbauen wird. „Wir sind eine Stadt mit herausragender Lebensperspektive und wirtschaftlich vielfältig und breit aufgestellt“, so der OB.

Hartnäckige Vorurteile

Manche Vorurteile über Fürth, führte das Stadtoberhaupt weiter aus, hielten sich aber nach wie vor „äußerst hartnäckig“. Bestes Beispiel hierfür sei die Kaufkraft. Obwohl die Kleeblattstadt bundesweit den hervorragenden Platz 67 von 439 Städten und Landkreisen (die große Nachbarstadt steht auf Platz 100) in Sachen Kaufkraftpotenzial einnimmt, herrsche der Eindruck vor, in Fürth lebten vor allem arme Menschen.

Erfreuliche Kaufkraftentwicklung

In diesem Zusammenhang machte Jung aber auch deutlich, dass trotz der sehr erfreulichen Kaufkraftentwicklung derzeit et-

Forderung nach Mindestlohn

Großen Applaus erhielt der Rathauschef für seine vehemente Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn und der Versicherung, dass die Stadt im Gegensatz zur Bundesregierung die Beihilfe für Schulmaterialien für bedürftige Kinder bis zum Abitur gewährt.

Notwendige Projekte

Im Ausblick auf die kommenden Monate erläuterte Thomas Jung die wichtigsten Projekte der Stadtpolitik mit Schwerpunkten im Bereich Kinder, Jugend und Schule. Zudem stünden die Aufwertung innerstädtischer Brachflächen, insbesondere das verwaiste Bahngelände an der Gebhardtstraße auf dem Programm sowie die Fortsetzung der Sanierung von Innenstadtsstraßen. Mit dem Bau der neuen Dreifachturnhalle am Schiefanger werde 2009 ebenso begonnen wie mit der wirtschaftlichen Entwicklung des 15 Hektar großen ehemaligen Quelle-Areals am Kieselbühl. **DK**

Umweltamt Rosenheim informiert:

Wohin mit der Asche?

Kaminöfen, Kachelöfen oder Schwedenöfen verbreiten derzeit bei zahlreichen Bürgern eine behagliche Wärme. Doch wohin mit der anfallenden Asche? Wie das Umweltamt Rosenheim mitteilt, ist der einzig richtige Entsorgungsweg die Restmülltonne, früher deswegen auch so treffend „Aschentonne“ genannt.

Wegen der Luftverschmutzung gibt es in der Umwelt viele Schadstoffe, z. B. Schwermetalle wie Blei und Cadmium, die die Bäume aufnehmen. Die Schwermetallkonzentration im Holz ist noch relativ unbedenklich, aber nach der Verbrennung des organischen Materials konzentrieren sich diese Schadstoffe in der Asche. Wird die Asche dann auf den Kompost oder auf dem Rasen in den eigenen Garten verteilt, werden die Schadstoffe in den Kreislauf des Gartens gebracht und schaden Obst, Gemüse, Pflanzen und letztlich auch dem Menschen.

Deshalb gehört Asche nicht in den Garten oder auf den Kompost, auch nicht in die Container für kompostierbare Stoffe an den Wertstoffinseln, sondern in die

Restmülltonne. Selbst naturbelassenes Holz ist bereits mit einer hohen Konzentration an Schadstoffen angereichert und so sollte auch diese Asche nur in der Restmülltonne landen.

Warnung

Das Umweltamt warnt davor, heiße Asche in die Restmülltonne zu füllen. Vielmehr sollte die Asche in einem Behälter aus Metall, verschlossen mit einem Deckel, vor dem Einfüllen in die Restmülltonne zum Erkalten gebracht werden. Auch sollte sie mehrere Tage unter Luftabschluss in einem Metallbehälter zwischengelagert werden. Nach dem Erkalten ist die Asche in die Restmülltonne zu entleeren. **KI**

Wo Qualität mitten ins Herz trifft

Ein vielfältiges Angebot für gewerbliche Einkäufer, umrahmt von einem ganz besonderen Flair – das ist die Werkstätten:Messe vom 19. bis 22.3.2009 in Nürnberg.

Mit Know-how, Kreativität und Engagement schaffen es Werkstätten für behinderte Menschen, ein breites Leistungsspektrum anzubieten: flexibel und termingerecht, nach zertifizierten Qualitätsstandards. Und das alles zu marktgerechten Konditionen mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz und Abschreibungsmöglichkeiten.

Besuchen Sie die Werkstätten:Messe 2009 – wir freuen uns auf Sie!

Auszüge aus dem Fachangebot

- Papier- und Bürobedarf
- Tourismus
- Kunst und Accessoires
- Möbel und Textilien
- Industrielle Fertigung
- Garten- und Haushaltsbedarf
- Spielwaren
- Druck und Konfektionierung

Infos zum Messebesuch

NürnbergMesse
Tel +49 (0) 9 11.86 06 – 49 22

www.werkstaettenmesse.de

Fachbesuchertage

19. – 20.3.2009, 9.00 – 18.00 Uhr



Von der Großen Kreisstadt Dillingen wurden geehrt (von rechts): Stadtrat Albrecht Witte, Oberst Georg Schrenk, Oberbürgermeister Frank Kunz, Margareta Philipp, Stadtrat Dieter Schinhammer, 3. Bürgermeister Walter Fuchsluger und Richard Mayrshofer.

Text und Bild: -jdt-

OB Frank Kunz als „Mutmacher“

Fortschritte bei der Gestaltung der „familienfreundlichen Stadt Dillingen“

Dillingen. Als engagierter Mutmacher betätigte sich der Dillingener Oberbürgermeister Frank Kunz (CSU) bei seiner ersten Rede während der traditionellen Festveranstaltung der Kreisstadt Dillingen. Vor zahlreichen Ehrengästen aus Stadt und Landkreis hob Kunz hervor, durch eine da und dort spürbare Neigung zur „Panikmache und Schwarzmalerei“ dürfe man sich die Handlungsfähigkeit nicht verbauen lassen.

Das Motto des Festabends im Stadtsaal hieß „Gemeinsam Dillingens Zukunft gestalten“. Mit Zuversicht registrierte der Oberbürgermeister, in der Stadt gebe es viele engagierte Bürgerinnen und Bürger, auch in den über 200 Vereinen, die bereit seien, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu meistern. Hinzu komme die leistungsfähige heimische Wirtschaft.

Der regionale Vizepräsident der IHK Schwaben, der Unternehmer Walter Berchtenbreiter, stellte in seiner Ansprache die hervorragende Bedeutung des heimischen Mittelstandes und der Familienbetriebe heraus. Gerade hier gebe es besonders vorzeigbare Betriebe, die den Zukunftsaufgaben nach wie vor gewachsen seien.

Ziehen an einem Strang

Kunz betonte: „Lassen Sie uns alle mehr denn je an einem Strang ziehen... Haben wir einfach den Mut, den Optimismus und das Selbstvertrauen, dass wir mit gemeinsamen Kräften stark sind.“ Gute Fortschritte stellte Kunz fest, Dillingen als „familienfreundliche Stadt zu positionieren“.

Kirchen als Unterstützer

Für große Unterstützung dankte Frank Kunz den Kirchen, allen voran Regionaldekan Gottfried Fellner, dem Pfarrershepaar Manuel und Sabine Kleiner von der evangelischen Gemeinde und Generaloberin Sr. Ann-Marie Friedrichs von den Dillinger Franziskanerinnen. In guter Zusammenarbeit könne viel Gutes für die Bürger erreicht werden.

Verdient um das Gemeinwohl

In Würdigung besonderer Verdienste für das Gemeinwohl wurden sechs Persönlichkeiten geehrt, darunter drei Mitglieder des Stadtrates, die auch dem Ältestenrat angehören. Dritter Bürgermeister Walter Fuchsluger und Stadtrat Dieter Schinhammer, die seit 1984 im Stadtparlament mitwirken, bekamen die Goldene Bürgermedaille, Albrecht Witte (seit 1990 Stadtrat) erhielt den Bürgerbrief. Mit dem Bürgerbrief ausgezeichnet wurden auch Margareta Philipp (vielseitig aktiv im sozialen und kirchlichen Bereich), Oberst Georg Schrenk, der Kommandeur des in Dillingen stationierten Führungsunterstützungsregiments I 29, und der im Sport auch überregional sehr aktive Richard Mayrshofer. **□**



Nürnberg 19. – 22.3.2009

Werkstätten:Messe 2009

Ideeller Träger

Veranstalter

BAG
WfbM

NÜRNBERG MESSE

Historischer Pistenspaß am „Grünen Dach Europas“:

St. Englmar lässt Skigeschichte lebendig werden

110 Jahre auf den Brettern, die die Welt bedeuten

Sankt Englmar (obx) – Am 24. Februar soll in Sankt Englmar im Bayerischen Wald Skigeschichte lebendig werden. Bei Deutschlands größtem Nostalgie-Skirennen sind moderne Carving-Ski, stabile Bindungen und warme Thermo-Anzüge strengstens verboten. Stattdessen müssen die Teilnehmer auf originalgetreuen Holzbrettern aus Urgroßvaters Zeiten und mit nur einem Skistock dem Ziel entgegen bibbern. Mit einem groß angelegten Spektakel will Sankt Englmar an die ersten Skipioniere erinnern, die sich vor genau 110 Jahren zwei Holzbretter unter die Schuhe schnallten und beinahe todesmutig die steilen Hänge zu Füßen der Gipfel bezwangen.

Dass die Bewohner im Bayerischen Wald die Welt auf zwei Brettern entdecken konnten, hatten sie dem 26-jährigen Kirchenkaplan Hermann Plass zu verdanken. Der wurde 1899 von der Großstadt Regensburg nach Sankt Englmar versetzt – und hatte zwei „Holzbrettern“ im Gepäck, mit denen er sich auf die Berge wagte. Plass wurde als Skipionier des Bayerwalds zum Vorbild für viele Sportbegeisterte in der Region. Die Begeisterung für das neue Wintervergnügen war so groß, dass der damalige Bürgermeister und spätere Reichstagsabgeordnete Josef Echinger bereits 1902 ein erstes mit attraktiven Preisen ausgelobtes Skirennen in Predigtstuhl veranstaltete.

Bestens präparierte Panorama-Pisten

Die Zeiten haben sich gewandelt, die Pistenbegeisterung ist geblieben. Heute gehört Sankt Englmar mit 13 Schleppliften, fünf Flutlichtanlagen und mehr als 12 Kilometer bestens präparierten Panorama-Pisten zu Deutschlands beliebtesten Skiorten.

Für einen Tag wollen jetzt die Skifahrer in St. Englmar die alten Zeiten aufleben lassen – und

sich in historischer Ausrüstung die Hänge hinabstürzen. Für die Kleidung gelten genaue Vorschriften: So sollten die Herren Hose, Jacke und Hut, die Damen einen langen Rock, Jacke und Schultuch tragen – ganz wie vor 110 Jahren. Die Ski sind im Idealfall aus Holz, nicht verleimt und ohne Stahlkanten, die Bindung ist eine Backenbindung ohne Fersenfixierung und zum Lenken und Bremsen ist nur ein Stock erlaubt.

Authentischer Rahmen

Damit auch der Rahmen authentisch ist, wünschen sich die Veranstalter, dass auch die Zuschauer historisch gewandert sind. Auch das Bayerische Fernsehen hat sich schon angekündigt. Moderatorin Uschi Dämmrich von Lutitz will sogar selbst beim Damen-Rennen auf historischen „Brettern“ an den Start gehen. Das Rennen soll, ganz wie ein echter Ski-Weltcup, in Ausschnitten live im Fernsehen übertragen werden. Anmeldungen sind noch möglich.

Mehr Informationen: Tourist-Information/Kurverwaltung Sankt Englmar, Tel.: 09965/840320, Mail: tourist-info@sankt-englmar.de oder unter: www.sankt-englmar.de. □

Geplante Dachmarke:

„Umweltbildung Chiemgau-Chiemsee“

Die Zukunft der Naturführungen in der Region Chiemsee – Achenal stand im Mittelpunkt eines ganztägigen Arbeitstreffens in Grabenstätt unter der Leitung der Gebietsbetreuerin Achenal, Claudia Irlacher, und dem für den Chiemsee zuständigen Gebietsbetreuer Hannes Krauss. Vorrangiges Ziel der beiden ist es, das hervorragende Potential der Naturführungen in der Region weiter auszubauen, aufeinander abzustimmen und effektiver zu nutzen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf einer breiten Einbindung der Schulen.

Die seit Jahren im Achenal und in der Chiemseeregion tätigen Personen und Einrichtungen in der Umweltbildung wie das Ökomodell Achenal, die Chiemsee-Naturführer, der Naturpavillon Übersee, die Jugendherberge Prien mit ihrem Umweltstudienplatz oder die Bäuerinnen im Priental saßen erstmals gemeinsam an einem Tisch.

Aktivitäten stärker bündeln

Sie verbindet das gemeinsame Anliegen, den Mitmenschen die Werte von Natur, Kultur und Landschaft näherzubringen. Entsprechend dem Motto „Nur was ich kenne, schätze ich und nur was ich schätze, schütze ich“ sollen vor allem die Kinder, als Entscheidungsträger von morgen, für die Schönheit und Besonderheit der Landschaft begeistert werden. Auf dem Arbeitstreffen wurde der Entschluss gefasst, die eigenen Aktivitäten stärker zu bündeln und weiterzuentwickeln.

Ausführlich wurde darüber gesprochen, welche Zielgruppen zukünftig anzusprechen sind. Man einigte sich darauf, unter anderem Familien mit Kindern, Großeltern mit Enkelkindern, Kultur- und naturinter-

sierte Senioren oder Behinderten und in der Chiemseeregion tätigen Personen und Einrichtungen in der Umweltbildung wie das Ökomodell Achenal, die Chiemsee-Naturführer, der Naturpavillon Übersee, die Jugendherberge Prien mit ihrem Umweltstudienplatz oder die Bäuerinnen im Priental saßen erstmals gemeinsam an einem Tisch.

Individualität erhalten

Als Arbeitstitel wurde „Umweltbildung Chiemgau-Chiemsee“ ausgewählt. Unter diesem gemeinsamen Dach soll ein Netzwerk entstehen, in dessen Rahmen alle relevanten Gruppierungen zusammenarbeiten. Wichtiges Ziel ist dabei, das gesamte Angebot übersichtlich darzustellen und aufeinander abzustimmen. Die Eigenständigkeit und Individualität der einzelnen Gruppierungen sollen dabei erhalten bleiben. Irlacher und Krauss wollen die in Grabenstätt begonnene Diskussion fortführen und in den kommenden Monaten weitere gemeinsame Treffen und Fortbildungen organisieren.

Zudem kündigten die beiden an, auf politische Entscheidungsträger der Landkreise Traunstein und Rosenheim zuzugehen, um Fragen wie beispielsweise nach dem Stellenwert der Naturführungen im Rahmen des regionalen Tourismusangebotes zu klären. **DO**



Staatsministerin Emilia Müller mit Dr. Henning Arp, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, Dr. Josef Dachs, Präsident der IHK Niederbayern sowie Walter Keillbart, Hauptgeschäftsführer der IHK Niederbayern (von rechts). □

Niederbayern nachhaltig stärken

Unternehmensgespräch bei der IHK Niederbayern zum Thema „Europa“

Niederbayern hat als Region von der Grenzöffnung 1989 nach wirtschaftlichen Kennzahlen stark profitiert und mit den Nachbarn in Südböhmen und Oberösterreich gute Partner an die Seite bekommen. Doch wie gestaltet sich die Europäische Union konkret für die Unternehmer aus und wo gibt es in den täglichen Abläufen noch Defizite in der praktischen Umsetzung? Die IHK Niederbayern brachte in einem Round-Table-Gespräch rund 50 Unternehmer mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung zusammen.

In den zahlreichen Wortmeldungen wurde deutlich, wo nach Ansicht der Betriebe für Niederbayern noch nachgelegt werden muss. So wurden Themen von der mangelnden Umsetzung im Bereich der Breitbandversorgung für den ländlichen Raum über die Stärkung des Mittelstandes im Rahmen einer verantwortungsvollen Finanzierung durch das dreigliedrige Bankensystem bis hin zum Plädoyer für die Installation von Instituten der Grundlagenforschung in der Region diskutiert.

Tägliche Problematik

Die täglichen Problemstellungen der Unternehmensvertreter in der Handhabung mit Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union oder wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen

der Mitgliedsstaaten wurden zum Großteil auch erst durch die umfangreichen Redebeiträge deutlich.

Stärkung nur durch nachhaltige Ansätze

Europaministerin Emilia Müller wie auch der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, Dr. Henning Arp, sicherten den Unternehmern zu, sich der individuellen Problemstellungen anzunehmen oder ganz konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erörtern. Dass in Summe Niederbayern nur durch nachhaltige Ansätze gestärkt und nicht aufgrund einer reinen Subventionsabhängigkeit vorangebracht werden kann, war einhellige Erkenntnis nach dem Unternehmensgespräch. □



Grüne Woche:

Minister Brunner am Stand des Tourismusverbands Steigerwald

Bad Windsheim (wefa) – Die „Grüne Woche“ gehört zu den angenehmen Pflichtterminen eines bayerischen Landwirtschaftsministers. Helmut Brunner, der neue Fachminister, nahm dort am Stand der Tourismusverbands Steigerwald an Weinverkostung regionaler Produkte teil. Die Region wirbt nicht nur mit der beliebten „Aischgründer Bierstraße“, sondern vor allem mit der Franken-Therme Bad Windsheims sowie dem neuen Steigerwald-Panoramaweg.

„Die Nachfragen belegen, dass Wohlfühlurlaub in Franken nach wie vor eine große Magnetwirkung entfaltet, nicht zuletzt wegen des hervorragenden gastronomischen Angebots in Verbindung mit seinen gesundheitstherapeutischen Einrichtungen für Körper und Geist“, so Ismene Dingfelder vom Tourismusverband Steigerwald, die sich überdies sehr über die Nachricht auf der CMT in Stuttgart repräsentierte, über die Verleihung des vom DWV zertifizierten Prüfsiegels für den Panoramaweg erfreut zeigte.

Unser Foto zeigt von links: Helmut Brunner, Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Ismene Dingfelder vom Tourismusverband Steigerwald, Herbert und Ruth Düll vom Weingut Düll in Ipsheim. □

Vergabe der Euregio-Preise:

Europäischen Gedanken gelebt

Zum vierten Mal wurden heuer die Euregio Preise vergeben. Der Vorstand der Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal würdigt damit eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Der Präsident, Bruckmühls Bürgermeister Franz Xaver Heinritzi, meinte dazu, wenn man mit dem Nachbarn rede, habe man ein gutes Auskommen und so sei es auch in der Euregio.

Ein Verein, zwei Feuerwehren und drei Personen wurden in Bruckmühl mit dem Euregio Inntal Preis 2009 ausgezeichnet. Sie alle hätten sich für die Verwirklichung des europäischen Gedankens eingesetzt, betonte Heinritzi.

Feuerwehren Kiefersfelden und Kufstein

Für ihre seit Jahren funktionierende Zusammenarbeit wurden die beiden Freiwilligen Feuerwehren Kiefersfelden und Kufstein geehrt. In seiner Laudatio erklärte Rosenheims Landrat Josef Neiderhell, es sei selbstverständlich, dass die Wehren im Inntal zusammenhielten. Der Landkreischef erinnerte in diesem Zusammenhang an ein schweres Busunglück auf der Inntalautobahn. Bei der Versorgung der vielen Verletzten leistete die Feuerwehr aus Kufstein einen erheblichen Beitrag. Als Bürgermeister sei ihm die Feuerwehr am liebsten gewesen, da er die Bürger in guten Händen wüste, so Neiderhell.

ROSIK e.V.

An vielen grenzüberschreitenden Projekten ist der Verein Rosenheimer Initiative zur Förderung von Informations- und Kommunikationstechnik, ROSIK e.V., beteiligt. Der vor zehn Jahren gegründete Verein habe von Anfang an die Grenzen zu Tirol und Salzburg weitgehend ignoriert, hob Laudator Professor Dr. Roland Feindor von der Hochschule Rosenheim hervor. Die gesamte Region sei als gemeinsamer Wirtschaftsraum gesehen worden. Als konkrete Beispiele nannte Feindor die Initiative NetIT sowie IT-Foren, in denen sich mittelständische Unternehmer über Möglichkeiten und Lösungen informieren können.

Theatervorstand

Der Vorsitzende des Rosenheimer Theatervereins Horst Rankl suchte schon vor mehr als zwei Jahrzehnten den Kontakt zur Kufsteiner Theaterszene. 1986 wurde ein bayerisch-tirolerisches Stück sowohl in Kufstein als auch in Rosenheim aufgeführt. Die Obfrau des Kufsteiner Stadttheaters, Laudatorin Hildegard Reitberger, wünschte sich von Rankl, wieder einmal eine gemeinsame Produktion zu machen.

Ausgezeichneter Alt-Bürgermeister

Großes Lob zollte der Traunsteiner Landrat Hermann Steinmassl dem von der Euregio ausgezeichneten Alt-Bürgermeister von Schleching, Fritz Irlacher. Das Zusammenwachsen über Grenzen hinweg beginne mit Menschen, die dies besonders förderten und dazu gehöre Irlacher, betonte Steinmassl. Er sei eine Persönlichkeit, die anpacke und große Verantwortung übernehme. Irlacher habe mit den Nachbarn in Tirol zusammengearbeitet und sich für den Naturraum Achenal eingesetzt. Der ehemalige Bürgermeister ist einer der Gründerväter des Ökomodells Achenal.

Der Leiter des Volksmusikar-

chivs des Bezirks Oberbayern Ernst Schusser hielt schließlich die Laudatio für Sepp Landmann, den Gründer des Tiroler Volksmusikvereins.

Pflege der Volksmusik

Wenn man nicht an die Kriege zwischen Bayern und Tirol, sondern an Handel, Wandel und Menschsein, also an die friedliche Volkskultur denke, dann treffe man unweigerlich auf den Namen Sepp Landmann, meinte Schusser. In über 1.000 Veranstaltungen setzte er sich für die Pflege der Volksmusik in Tirol und Bayern ein. 1966 gründete er den Tiroler Volksmusikverband mit und übernahm als Obmann auch Verantwortung. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugpreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bezirkstag von Niederbayern:

Verabschiedung des Haushaltsplans 2009

Mit 14:3 Stimmen haben die Mitglieder des Bezirkstags von Niederbayern unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein den Bezirkshaushalt 2009 samt Anlagen verabschiedet. Während die CSU- und SPD-Fraktion sowie die Vertreter von FDP, Bündnis 90/die Grünen und ödp dem Entwurf zustimmten, lehnte die Fraktion der Freien Wähler diesen ab, wobei dies ausschließlich mit dem Neubau des Bezirkskrankenhauses Passau begründet wurde. Ebenfalls genehmigt wurde der Haushalt der Kulturstiftung, und zwar mit einer Gegenstimme aus der FW-Fraktion.

Das Gesamthaushaltsvolumen beträgt 436,4 Millionen Euro – 2008 waren es 418 Millionen Euro. Der Kameralhaushalt weist ein Volumen von 308 Millionen Euro aus, wovon 287,6 Millionen Euro auf den Verwaltungs- und 20,4 Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt entfallen. Der Verwaltungshaushalt steigt gegen-

stiegene Ausgaben gegenüberstehen und der Bezirk Niederbayern mit 787,79 Euro unter den sieben bayerischen Bezirken nach wie vor die schwächste Umlagekraft je Einwohner aufweist. Auf dem Spitzenplatz liegt der Bezirk Oberbayern mit 1.166,24 Euro pro Einwohner.

Im Jahr 2009 erhöhen sich die Sozialhilfeausgaben (Einzel-

vorhaben, den mit insgesamt 35 Millionen Euro veranschlagten und bereits größtenteils finanzierten Neubau des Instituts für Hörgeschädigte in Straubing, sind 7,8 Millionen Euro für 2009 eingeplant, weitere 7 Millionen Euro für den bevorstehenden Neubau des Internatsgebäudes am Agrarbildungszentrum Schönbrunn. Hinzu kommen 1,1 Millionen Euro für Grunderwerbskosten für die Bezirkskrankenhäuser Passau und Landshut.

Eine Million für ISPR

Eine weitere Million Euro ist eingeplant für das an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie entstehende Institut für schulische und psychosoziale Rehabilitation (ISPR). Dabei handelt es sich um eine in Bayern einmalige Einrichtung, die der Betreuung und Behandlung schwer beschulbarer Kinder und Jugendlicher dient. Außerdem werden 1,1 Millionen Euro zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen der freien Wohlfahrtspflege bereitgestellt. Finanziert werden diese Ausgaben im Wesentlichen durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 10 Millionen Euro sowie Finanzmarktmittel.

Der Haushalt der Kulturstiftung beläuft sich auf 3,3 Millionen Euro. 2009 werden daraus 2,5 Millionen Euro in überregional bedeutsame Kulturprojekte fließen.

Stellenplan

Der Stellenplan weist mit insgesamt rund 2.266 Planstellen 9 Stellen mehr aus als 2008. Dieser Personalmehrbedarf betrifft hauptsächlich die Sozialverwaltung, was beispielsweise durch die gestiegenen Fallzahlen in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen bedingt ist. Auch die Übernahme von bisher noch von den Landkreisen und kreisfreien Städten wahrgenommenen Aufgaben durch den Bezirk als überörtlicher Sozialhilfeträger erhöht sich der Personalbedarf.

Bezirkskrankenhäuser

Aus den Wirtschaftsplänen der Bezirkskrankenhäuser Mainkofen, Landshut einschließlich Passau, Straubing sowie des Pflegeheims und des Gutshofs Mainkofen ergeben sich Umsätze von insgesamt 125 Millionen Euro. Die Zahlen im Einzelnen: Bezirkskrankenhaus Mainkofen 73,5 Millionen Euro, Bezirkskrankenhaus Landshut 25,9 Millionen Euro, Bezirkskrankenhaus Straubing 21 Millionen Euro, Pflegeheim Mainkofen 3,9 Millionen Euro, Gutshof Mainkofen 700.000 Euro.

Der gut einstündigen Haushaltsrede von Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein folgten die Ausführungen der Bezirkstagsfraktionsvorsitzenden von CSU, Dr. Franz Lichtnecker, SPD, Rita Röhr, und der Freien Wähler, Johannes Weinzierl, gefolgt von Toni Deller (FDP), Markus Scheuermann (B90/GR) und Maria Birkeneder (ödp).

Abschließend hob Regierungspräsident Heinz Grunwald in seiner Würdigung die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Regierung von Niederbayern und den Mitgliedern des Bezirkstags zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Niederbayerns hervor. □



Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein (vorne rechts stehend) bei seinen Ausführungen zum Haushaltsplan 2009. □

über dem Vorjahr um 7,1 %.

Auf Vorjahresniveau

Der Bezirksumlagenhebesatz bleibt 2009 mit 16,6 % auf dem Vorjahresniveau. Durch die Steigerung der Umlagekraft in Niederbayern um 14 % erhöhen sich die Einnahmen aus der Bezirksumlage 2009 um etwa 19 Millionen Euro auf 156 Millionen Euro. Bezirkstagspräsident Hölzlein hob in seinen Ausführungen hervor, dass den höheren Einnahmen aus der Bezirksumlage entsprechend ge-

plan 4) um 8,1 % beziehungsweise um etwa 20 Millionen Euro auf insgesamt 257 Millionen Euro. Seit Jahren steigt die Zahl der Personen, die einer Unterstützung durch den Bezirk Niederbayern bedürfen. Die höheren Ausgaben sind auch bedingt durch die 2008 zusätzlich übergegangene Zuständigkeit für die ambulante Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Aktuelle Bauvorhaben

Für das größte aktuelle Bau-

Fränkische Mundart-Theaterbewegung:

Wunsch nach bewusster Nachwuchsförderung

Dehnberg/Forchheim (fpo) - Die Fränkische Mundart-Theaterbewegung will ganz bewusst den Nachwuchs fördern. Dies wurde bei der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft Mundart-Theater Franken im Dehnberger Hoftheater bei Lauf beschlossen.

Zu diesem Zweck sollen für jeden Bezirk - Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Hohenlohe-Franken und den fränkischen Sprachraum in Südtüringen - Jugendbeauftragte bestellt werden. Diese wiederum können für den ganzen fränkischen Sprachraum einen Sprecher bestellen, der die Mundart-Theaterbewegung auf Bundesebene in Berlin präsentieren soll.

Hoffnungssignal

In Dehnberg machte die fränkische Mundart-Theater-Szene deutlich, dass die Gefahr gegeben ist, die eigene Ursprache verdunsten zu lassen. Als ein Hoffnungssignal sehen die mittelfränkischen Theaterleute Ehrenmitglied Günther Weber und Alfred Vogt aus Rückersdorf den ersten gesamtfränkischen Jugend-Mundart-Theatertag im vergangenen Herbst in Rückersdorf. Dieser soll im zweijährigen Turnus wiederholt werden. Erstmals wurde ein Theater-Wanderpreis für die Jugend - das „Theater-Fränkzla“ - ausgelobt, gestiftet vom Gründer der Fränkischen Theaterbewegung Franz Och. Vorsitzender Manfred Zirkelbach, aus der fränkischen Rhön, kann sich auch Theaterferien für die Jugend vorstellen.

In Dehnberg wurde deutlich gemacht, dass Mundart im Amateur-Theater auch ein Beitrag bleiben kann, die Muttersprache zu erhalten. Dies wird auch im Elsass mit Erfolg praktiziert.

Die Vorstandschaft der Mundart-Theater Bewegung bittet geeignete Interessenten an einer lebendigen Jugend-Theaterarbeit, sich bei Günther Weber in Marloffstein (Telefon 09131/52 639) oder Manfred Zirkelbach (09775/458) in Schönau zu melden. fpo

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ideen muss man haben, dann kann man auch unlösbare Aufgaben lösen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, zeigte sich angetan von dem Plan der Stadt Troisdorf im Rheinland, den örtlichen Wirten im Monat 50 Euro zu zahlen, damit diese den Besuchern der City ihre Gasthaus-Toilette frei benutzen lassen, auch wenn diese nichts verzehren oder dem Unterhalter der rettenden Stätte keinen sonstigen Obolus zukommen lassen.

Wohl wahr, die Gaststättenbetreiber sind eigentlich verpflichtet, jedem von einer dringenden Notdurft Gequälten Zuflucht zu gewähren. Aber man kann schon verstehen, wenn Gastronomen der Hals schwillt, ob einer wachsenden Schar von Toilettengästen, die nichts hinterlassen als verstopfte Urinale, leere Seifenspender und volle Papierkörbe. Schließlich macht der Unterhalt einer Gasthaustoilette ziemlich viel

zer auch auf Akzeptanz stößt. Dabei ist die Notwendigkeit einer funktionierenden Toiletteninfrastruktur nicht zu leugnen. Wir waren doch alle schon ein- oder mehrmals in der Zwangslage, in einer fremden Stadt nach dem besagten Ort Ausschau zu halten. Was sich einem dann präsentiert, ist zumindest ein nicht unbedeutender Eindruck von der Gastlichkeit und dem Service

der Kommune, die uns als Besucher anzulocken verstand.

Da kann man immer wieder positive Überraschungen erleben, wie in Limassol auf Zypern, wo den Besucher am Rande der Altstadt eine gepflegte Toilettenanlage erwartet, obwohl man als Mitteleuropäer so etwas im Süden gerade nicht erwarten würde. Nachgerade berühmt sind die vollautomatischen Pariser Toiletten, integriert in Liftfasssäulen. Gut für Männer, frustrierend für Frauen: Jugendstil-Pissoiren, die man in der Amsterdamer Altstadt findet. Konsequenz sind die Wirte in Bern, die sich ihr Abort-Monopol mit einem Franken vom Laufpublikum vergüten lassen, dafür aber Tipp-Top-Sauberkeit bieten. Und dann ist da noch die endlose Liste der Städte, in denen man nicht nur einen Franken, sondern sogar einen „Stutz“ springen lassen würde, wenn bloß etwas zu finden wäre.

Mein Chef, der Bürgermeister, hält es mit der alten Faustregel, wonach man die Güte einer Idee daran messen kann, wie oft sie geklaut wird. Also setzt er das Thema Toilettenbenutzung auf die Agenda seines Jahresgesprächs mit dem örtlichen Hotel- und Gaststättenverband. Mal sehen, ob er die Gastwirte der Stadt durch einen Fünfziger motivieren kann, uns das Häusl-Problem abzunehmen. Rentieren würde es sich allemal, bedenkt man, wie viel die Stadt an Bau-, Unterhalts- und Reinigungskosten sparen könnte, wenn wir die öffentlichen Bedürfnisanstalten schließen und dafür auf die Gastronomie verweisen könnten. Somit handelt der Bürgermeister getreu dem Motto des amerikanischen Staatsmannes George C. Marshall auf dem heutigen Kalenderblatt: „Kleine Taten, die man ausführt, sind besser als große, die man plant.“

Problemzone Toilettenanlage

Arbeit und die Kosten summieren sich auch ganz hübsch, wenn man den Gästen ein gepflegtes Ambiente bieten will. Und wer ist schuld an der Misere? Natürlich die Kommune, die ihrer verdammten Pflicht und Schuldigkeit zum Unterhalt einer ausreichenden Zahl öffentlicher Bedürfnisanstalten nicht nachkommt.

Jaja, auch unser Städtchen gehört in die lange Liste der Häusl-Sünder, also der Gemeinden, in denen es weniger öffentlich zugängliche, kommunal betriebene Abtritte gibt, als dies gemessen an der Zahl der Besucher der Innenstadt angezeigt wäre. Und die, die wir haben, sind aufs Jahr gerechnet mehr geschlossen als geöffnet. Mutwillige Zerstörung und unerträgliche Verschmutzung sind die Stichworte.

Zudem ist die öffentliche Bedürfnisanstalt immer eine innerstädtische Problemzone. Ob am Bahnhof, am Parkhaus, am Rande des Parks - im Umkreis eines solchen Hygienetempels finden sich immer Gruppen von Menschen, die man als „sozial auffällig“ bezeichnen könnte: Stadstreicher, Punks, Gothics. Sie alle werden von diesen prominenten Orten fast magisch angezogen. Es ist also gar nicht so einfach, eine öffentliche Toilettenanlage funktionierend und ansehnlich zu halten, so dass sie bei dem Benut-

ihre Sabriula

Bayerns Kurorte wollen gesund bleiben

Forderung nach „Chef-Behandlung“ und „Investitionsspritzen“

München/Bad Füssing (obx) - Bayerns Heilbäder wollen auch in Krisenzeiten ein Motor für den bayerischen Tourismus bleiben: „Dazu müssen das Kur- und Gesundheitswesen in Bayern Chefsache innerhalb der Staatsregierung werden“, sagte Heilbäderverbandspräsident Klaus Holetschek bei Gesprächen in der Staatskanzlei.

Sie gehören auch in Krisenzeiten zu einem der wichtigsten Wirtschaftsmotoren und Arbeitsplatzgaranten im Freistaat: Bayerns Heil- und Kurorte. Auch in diesem Jahr erwarten die mehr als 47 Gemeinden mit Gesundheitsprädiat wieder einen Gesamtjahresumsatz von drei Milliarden Euro. Mehr als 100.000 Menschen bieten die bayerischen Heilbäder krisensichere Arbeitsplätze jenseits der Rezession. Damit das aber so bleibe, müsse die Politik mehr tun und den Interessen der Kurorte mehr Gehör schenken, fordert der Bayerische Heilbäderverband.

Spitzenvertreter der Organisation übergaben dem neuen Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Siegfried Schneider, jetzt einen Katalog mit neun klaren Forderungen. Hauptziele: Die Kurorte wollen „Chef-Behandlung“ in der Staatsregierung und Investitionsspritzen, um auch in Zukunft gesund zu bleiben.

„Bayerns Heilbäder sind gesund, damit sie aber auch in Zukunft gesund bleiben, muss die Politik jetzt handeln“, sagte Alois Brundobler, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Heilbäderverbandes und Bürgermeister

Ganz konkret fordern die Heilbäder mehr Geld für die Arbeit der Bayern Tourismus Marketing GmbH insbesondere für gezieltes Marketing, ein eigenes Referat im Bayerischen Wirtschaftsministerium und mehr Zuschüsse für den Heilbäderverband. Auch müssten die Heilbäder in den Publikationen der bayerischen Staatsregierung mehr Platz finden. Weitere Forderungen: mehr Fördermittel für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, sowie ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie. Staatskanzleichef Schneider sagte bei dem Gespräch in der Staatskanzlei: „Die professionelle Vermarktung der bayerischen Heilbäder hat große Bedeutung.“ □

Paula Volkholz gestorben

Bayerns erste Landrätin Paula Volkholz ist im Alter von 87 Jahren gestorben. 1970 wurde die Kommunalpolitikerin an die Spitze der Kreisbehörde im niederbayerischen Landkreis Kötzing gewählt. Im Rahmen der Landkreise reform verlor Paula Volkholz dieses Amt wieder. Nach ihrer Zeit als Landrätin war die Verstorbenen, deren Karriere eng mit der ihres Mannes Ludwig verknüpft war, in den 80er Jahren Bürgermeisterin in Rimbach, Oberpfalz. □

Further Drachenstich:

High-Tech-Reptil statt Holzdrache

Deutschlands ältestes Volksschauspiel in Ostbayern bekommt heuer für mehr als 1,6 Millionen Euro einen neuen Hauptdarsteller

Furth im Wald (obx) - Deutschlands dienstältester Drache geht in den Ruhestand: Mehr als zwei Jahrzehnte spukte das hölzerne Fabelwesen feuerspeidend durch die Aufführungen des Further Drachenstichs, dem ältesten Volksschauspiel in der Bundesrepublik. In diesem Jahr soll das Ungetüm durch einen Nachfolger ersetzt werden. Der neue Further Drache soll ein echtes High-Tech-Reptil werden, das sich ferngesteuert durch die Arena bewegen soll. Gesehen hat den neuen Hauptdarsteller für den Further Drachenstich noch keiner. Bisher gibt es nur Computerzeichnungen, die erahnen lassen, welches Gesicht das Ungetüm haben soll.

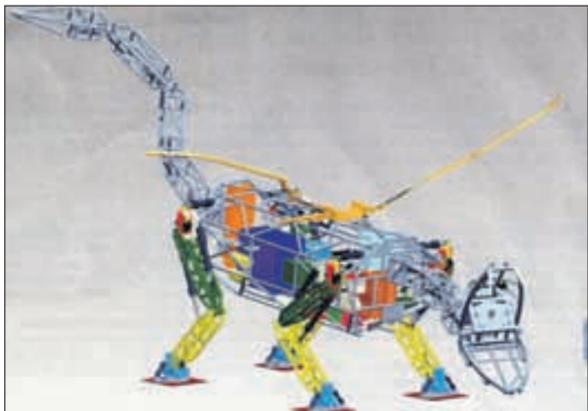
Die Drachengeburt steht allerdings kurz bevor: In diesem Jahr soll das Reptil bei den Further Festspielen vom 8. bis 16. August zum ersten Mal zum Einsatz kommen.

Ein Team aus mehr als zehn Technik-Spezialisten arbeitet bei dem ostbayerischen Elektronikunternehmen Zollner in Zandt (Landkreis Cham) hinter verschlossenen Türen seit mittlerweile mehr als zwei Jahren daran, den High-Tech-Drachen für Deutschlands ältestes Volksschauspiel zum Leben zu erwecken. Einzig die Computer-Simulation ist bisher bekannt: Das Bild zeigt ein Skelett ohne Außenhaut – mit jeder Menge Technik im Innern. Das High-Tech-Fabeltier soll nicht mehr auf Rädern daherrollen, sondern richtig laufen können. Erstmals soll er auch mit seinen Flügeln schlagen, mit den Augen rollen mit seinen Hals in alle Richtungen recken können – Funktionen, an die bisher nicht im Traum zu denken war: Denn bisher war es ein ein-

zelner Mensch, der sich im Innern des Drachen versteckte, ihn dabei lenken und steuern musste.

dem Ungeheuer die Fortbewegung ermöglichen, die anderen steuern jeweils einzelne Körperteile.

Für die Organisatoren des Further Drachenstichs, der jedes Jahr mehr als 20.000 Besucher in die Grenzstadt lockt, ist der neue Hauptdarsteller ein lang ersehntes Geschenk: Jahrelang wurde in Furth diskutiert, wie man dem seit Jahren an Altersbeschwerden leidenden Holzdrache einer



Acht Tonnen soll der neue High-Tech-Drache auf die Waage bringen. Gesehen hat ihn bisher noch niemand. Nur Computerzeichnungen der Firma Zollner gibt es bisher. Foto: obx-news.de/Zollner

Künftig wird das Reptil von außen ferngesteuert. Vier bis fünf „Drachendompteure“ werden dafür notwendig sein. Einer wird

Frischzellenkur unterziehen könnte. Zum einen fehlte es am Geld, zum anderen entfachte der Drache aber auch einen leidenschaftlichen Kampf unter seinen Anhängern: Sollte man den alten Drachen tatsächlich in den Ruhestand schicken oder ihn nur „verjüngen“? Schließlich gewannen die Befürworter eines neuen Drachens.

Seit zwei Jahren werkeln Ingenieure nun hinter verschlossenen Türen. Alle warten gespannt auf das neue Ungeheuer. Es soll 16

Meter lang sein und vom Kopf bis zum Fuß mehr als fünf Meter hoch. Der Drache wird ein echtes Schwergewicht: Acht Tonnen soll er auf die Waage bringen: sieben Tonnen für das Gerippe aus Stahl und Aluminium, dazu die Elektronik und eine Tonne für die Außenhaut – die voraussichtlich schuppig sein wird und aus Gummi und Silikon besteht.

Für die Zollner-Ingenieure ist das Reptil eine besondere Herausforderung: nicht nur wegen der Masse des Gewichts, sondern auch wegen der graziösen Bewegungen und der Zusatzfunktion „Feuerspucken“. Möglich wird das durch Antriebsaggregate im Rumpf, die bis zu 70 Grad warm werden können. In hochpräzisen Simulationen planen die Techniker, wie sich der Drache später „verhalten“ könnte. Im April 2009 soll der Drache technisch fertig sein. Dann muss das Tier noch die TÜV-Prüfung überstehen.

Ein echter Europäer

Auch finanziell ist der Drache nicht von Pappe: Rund 1,6 Millionen Euro soll das neue High-Tech-Fabelwesen kosten. Auch deshalb wird der neue Drache ein echter Europäer. Denn die Hälfte der Projektkosten kommt aus Brüsseler Fördertöpfen. Eine Viertelmillion Euro zahlt der Freistaat Bayern. Der Rest wird über Sponsoren und Spendengelder finanziert. Der Drache fasziniert die gesamte Region: Die Außenhaut des Drachens wurde öffentlich diskutiert, das Rathaus sammelte Vorschläge. Diplomanden widmeten ihre Abschlussarbeiten reihenweise dem Feuer spuckenden Ungetüm.

Pünktlich zum Beginn der Drachenfestspiele am 8. August dieses Jahres soll das Monster Premiere haben. Sein Vorgänger, der mehr als zwei Jahrzehnte seinen Dienst tat, soll seine letzte Ruhestätte dann im Further Drachenmuseum finden. Wenn das neue Ungeheuer seine Feuertaufe im Sommer besteht, spätestens dann ereilt ihn dasselbe Schicksal wie all seine Vorgänger seit mehr als 500 Jahren: „Furth lebt, solange der Drache stirbt.“



Leuchtende Kinderaugen am Teich-Wald-Tag.

Der Kindergarten - ein Entwicklungsort

Infoabend für angehende Kindergarteneltern in der „Blumenwiese“ in Hendingen

Im Kindergarten der Freien Aktiven Landschule „Blumenwiese“ in Hendingen fand ein Informationsabend für angehende Kindergarteneltern, engagierte Erzieher, sowie die interessierte Öffentlichkeit statt. Kindergartenleiterin Isolde Hüther führte durch die Räumlichkeiten und erläuterte das innovative Entwicklungskonzept.

„In der öffentlichen Diskussion werden Kinder immer stärker als Problemfälle dargestellt, denen mit Förderprogrammen begegnet wird,“ so Hüther. „Die Blumenwiese bietet eine Alternative zu diesem defizitorientierten Förderansatz. Sie ist ein Ort, an dem Kinder die Möglichkeit haben, sich gemäß ihrer individuellen Persönlichkeit, in ihrem eigenen Tempo und unter liebevoller Begleitung der Betreuer zu entwickeln.“

„sammeln und Geschichten erzählen. Im Kindergarten selbst wartet eine vorbereitete Umgebung mit Förderprogrammen und Naturmaterialien auf die Kleinen. Hier können sie sich, in aller Ruhe und frei von Bewertungen und Beurteilung Erwachsener, im kreativen Tun erleben. „Hilf mit es selbst zu tun,“ der Leitspruch Maria Montessoris, wird hier von allen gelebt. Nicht zuletzt spielen Rituale im Kindergartenalltag eine wichtige Rolle.

Wöchentlicher Waldtag

Ausgehend von dem Wissen, dass die Natur selbst alle Erfahrungen ermöglicht und daher für die Entwicklung von Kindern von grundlegender Bedeutung ist, gibt es allwöchentlich einen Waldtag. Mit leuchtenden Augen machen sich die Kinder ans Kräfte messen, „rumsauen“, klettern, hangeln, experimentieren und beobachten, ans „Schät-

Verlässlicher Rahmen

Die Arbeit mit dem Jahreskreis, dem Geburtstagskreis und dem Morgenkreis gibt den Kindern einen verlässlichen Rahmen innerhalb dessen Sie die Welt, ihr eigenes Leben und ihre persönlichen Fähigkeiten begreifen und sich darüber austauschen können. Mehr Infos zum Kindergartenkonzept unter www.landschule-blumenwiese.de.

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 5. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge • Städtereinigung
- Kommunale Museen
- Handwerk

LIEFERANTEN- **GZ** NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen



Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK • Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de



Sportgeräte

BENZ
Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69050 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrrometer.de